

maurerische Überlieferung war nicht mehr zugänglich, verschiedene Archive im heutigen sowjetischen Machtbereich blieben dem Vf. verschlossen. Diese Lage skizziert er nur knapp im zweiten Teil des Buches: Hippel-Bibliographie, S. 249ff. Das Verzeichnis erhaltener Manuskripte nennt lediglich 16 Schriftstücke, zumeist Briefe, darunter vier in Weimar und drei in der Universitätsbibliothek Dorpat. Erheblich günstiger sieht es mit den gedruckten Werken aus, bei deren Verzeichnung Erstaussagen, andere Ausgaben sowie Anthologien und Übersetzungen gesondert werden. Die Bibliographie zu Hippels Leben und schriftstellerischem Werk füllt über 40 Seiten.

Vieles hiervon findet sich unter den Nachweisen zur eigentlichen Biographie, die in 15 Abschnitten das in mancher Hinsicht zwiespältige „Phänomen Hippel“ (so die Überschrift des Einleitungsabschnittes) in chronologischer Folge von den Vorfahren bis zu den Auseinandersetzungen um sein Andenken unmittelbar nach seinem Tode schildert, wobei schließlich das Wort Kants wesentlich zur Ehrenrettung des Freundes beiträgt. Schwerpunkt der Arbeit sind die Darlegungen über das von Hippel verbreitete „Schriftstellergeheimnis“, also seine an sich zeittypische Neigung, anonym zu veröffentlichen, dann seine Zeit in höchsten Stellungen der Königsberger Justiz und Verwaltung, insbesondere als Dirigierender Bürgermeister. Den Beziehungen zu Hamann und Kant wird ein eigener Abschnitt gewidmet. Die Darstellung bietet vor allem eine Wirkungs- und Beziehungsgeschichte einer Persönlichkeit, die in verschiedenen Bereichen literarisch erfolgreich gewesen ist. Die Texte selbst werden nicht untersucht. Da Hippel im späten 18. Jahrhundert auch durch seine amtlichen Stellungen im Zentrum des öffentlichen Lebens der Pregelmetropole gestanden hat, wird zugleich ein lebendiges Bild des gesellschaftlichen Lebens dieser Stadt entworfen.

Bernhart Jähnig

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 28/1990

ISSN 0032-7972

Nr. 1

INHALT

Jarosław Wenta, Zur Verfasserschaft der sog. Chronik des Johann von Posilge, S. 1 – Klaus Bürger, Ernst August Hartmann, S. 10 – Buchbesprechungen S. 12 – Nachrichten S. 16.

Zur Verfasserschaft der sog. Chronik des Johann von Posilge

Von Jarosław Wenta

Die in ihrem ersten Teil dem Johann von Posilge, Offizial von Riesenburg, zugeschriebene Chronik wurde bisher zweimal ediert. Zum ersten Mal haben sie Johannes Voigt und Friedrich Schubert im Jahre 1823 veröffentlicht. Beide Gelehrte haben zugleich die erste Analyse des Inhalts, der inneren Struktur sowie der Abhängigkeiten der Chronik von anderen, vorwiegend annalistischen Quellen durchgeführt. Ihnen verdanken wir auch die bis in die Gegenwart geltenden wissenschaftlichen Auffassungen über die Verfasserschaft¹.

Voigt und Schubert haben den Text grundsätzlich in zwei hinsichtlich der Autorschaft zu unterscheidende Teile gegliedert. Nach ihnen soll der erste Teil von Johann von Posilge und der zweite Teil durch spätere, unbekannte Fortsetzer verfaßt worden sein. Ihre Auffassung beruhte darauf, daß die Chronik nach der Art ihrer Darstellung annähernd zeitgleich mit den dargestellten Ereignissen niedergeschrieben worden sein muß und

Kommissionsverlag: Elwertsche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 3550 Marburg (Lahn)

Einsendung von Manuskripten erbeten an
Dr. Stefan Hartmann oder Dr. Klaus Neumann
Archivstr. 12–14, 1000 Berlin 33

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 3557 Ebsdorfergrund 6

¹ Jahrbücher Johannes Lindenblatts oder Chronik Johannes von der Pusilie Officials zu Riesenburg, hg. v. J. Voigt, F. W. Schubert, Königsberg 1823. – Über Johann von Posilge vgl. K. Lohmeyer, Johannes von Posilge, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 26, Berlin 1888, S. 458–459; Z. Ivinskis, Posilge, in: Lietuviu Enciklopedija, Bd. 23, Boston 1963, S. 338–339. – Die Auffassungen Voigts und Schuberts wurden von M. Toepfen übernommen und wiederholt in seinem Werk: Geschichte der preussischen Historiographie von Peter von Dusburg bis auf K. Schütz, Berlin 1853, S. 35–36. Vgl. U. Arnold, Studien zur preussischen Historiographie des 16. Jahrhunderts, Bonn 1967, S. 20–23, 88, 108.

daß nach dem Titel des Werkes² Johann, der Official von Riesenburg, sein Autor gewesen ist. Es muß hier daran erinnert werden, daß die Chronik die Jahre von 1360 bis 1419 umfaßt. Zu dieser Zeit haben zwei Johanns das Amt des pomesanischen Offizials ausgeübt, Johann von Posilge und Johann de Redden. Voigt und Schubert hielten die Verfasserschaft des letzteren für ausgeschlossen, denn Johann von Posilge wird zum ersten Mal am 4. Februar 1376 in den Quellen erwähnt, während Johann de Redden erst im Jahre 1411 als Official erscheint. Daß die Chronik Lücken in den Jahren 1413, 1417 und 1418 aufweist, sollte ebenfalls gegen die Verfasserschaft des Johann de Redden sprechen und auch als Beleg für das Vorhandensein mehrerer Fortsetzungen gelten³.

Die Auffassungen von Voigt und Schubert wurden ohne größere Änderungen durch Ernst Strehlke, den nächsten Herausgeber der Chronik, übernommen. Seine Edition, obwohl auch bereits wieder veraltet, liegt den in dieser Arbeit durchgeführten Analysen zugrunde⁴. Strehlkes Ergebnisse sind bislang in der Forschung nicht in Frage gestellt worden⁵.

Die vollständige und möglichst genaue Charakteristik der sog. Chronik des Johann von Posilge gehört zu den wichtigsten Aufgaben aller künftigen Untersuchungen über die Annalistik im Deutschordensstaat. An dieser Stelle soll vor allem die Frage beantwortet werden, ob die Chronik eine untrennbare Einheit bildet oder ob sie, wie es die zuerst erwähnten beiden Gelehrten und ihre Nachfolger gemeint hatten, als zusammengesetztes Werk eines namentlich bekannten Verfassers und mehrerer unbekannter Fortsetzer zu betrachten ist. Dieses Problem kann durch die Feststellung der Autorschaft gelöst werden.

Am Anfang unserer Überlegungen soll die Möglichkeit einer Verfasserschaft Johanns von Posilge ausgeschlossen werden. Als Hauptbeweis muß hier die Widersprüchlichkeit zwischen den Behauptungen Strehlkes und den grundsätzlichen Merkmalen der Chronik herangezogen werden. Einerseits hat Strehlke festgestellt, daß Johann von Posilge

² Diese cronike des landes von Pruszyn unde ouch ander lande gescheffe, dy zcugleiche sint geschen, hat her Johannes, officialis von Resinburg, beschrebin zcu Latino, unde wurdin gewandelt dornoch yn das Dutsche unde vortan beschrebin noch syme tode. *Scriptores rerum Prussicarum*, hg. v. Th. Hirsch, M. Toeppen, E. Strehlke, Bd. III, Leipzig 1866, Ndr. Frankfurt a.M. 1965, S. 79 (im folgenden: SRP III).

³ Jahrbücher Johannes Lindenblatts (wie Anm. 1), S. 1–23.

⁴ Johanns von Posilge, Officials von Pomesanien, Chronik des Landes Preußen (von 1360 an, fortgesetzt bis 1419), hg. v. E. Strehlke, in: SRP III, S. 79–388. Die Chronik wurde zusammen mit den Thorner Annalen und den auf Preußen bezüglichen Abschnitten der Chronik des Dittmar von Lübeck herausgegeben. Die Einleitung, S. 13–57 (im folgenden: Strehlke, Einleitung), wiederholt die Feststellungen Voigts und Schuberts.

⁵ Strehlkes Auffassungen wurden durch die gesamte Fachliteratur akzeptiert. Vgl. M. Perlbach, Die ältere Chronik in Oliva, Göttingen 1871, S. 73; O. Lorenz, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter, Bd. 2, Berlin 1887, S. 212–215; E. Maschke, Quellen und Darstellungen in der Geschichtsschreibung des Preußenlandes, in: Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, Königsberg 1931, S. 24–25; H. Bauer, Peter von Dusburg und die Geschichtsschreibung des Deutschen Ordens im 14. Jahrhundert in Preußen, Berlin 1935, S. 79–97; E. Maschke, Die ältere Geschichtsschreibung des Preußenlandes, in: SRP VI, Frankfurt a.M. 1968, S. 10–11.

höchstwahrscheinlich am 14. Juni *spätestens* des Jahres 1406 gestorben ist, da im Pelpliner Totenbuch der Tod Johanns von Posilge unter dem 14. Juni notiert wurde und der neue pomesanische Official Nikolaus seit dem Jahre 1406 auftaucht⁶. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß die Chronik vor dem Jahre 1410 *nicht entstehen konnte*.

Bereits Helmut Bauer hat den annalistischen Charakter der das 14. und den Anfang des 15. Jahrhunderts betreffenden Passagen der Chronik bemerkt⁷. Es ist vollkommen klar, daß sich der Autor hierbei eines Textes annalistischer Herkunft bedient hat. Die mögliche Verarbeitung einer annalistischen Vorlage hat Strehlke in seiner Analyse nicht erwogen. Diese Quelle muß deutliche Ähnlichkeiten mit den Thorner Annalen aufgewiesen und einen ähnlichen chronologischen Umfang wie diese besessen haben. Die Ähnlichkeiten der Chronik und der Thorner Annalen in den Jahren 1409–1410 sind u. a. in den Beschreibungen der Ereignisse vom 15. und 16. August 1409 deutlich⁸. Gleiches gilt für den Zug König Władysławs II. Jagiełło mit seiner Armee durch Masowien⁹ sowie für die Verluste des Deutschen Ordens in der Schlacht bei Tannenberg¹⁰. Die Konvergenzen der Chronik mit den Thorner Annalen enden mit dem 25. Juli 1410¹¹. Angesichts dieser Beobachtungen fällt die Hypothese einer Autorschaft des Johann von Posilge in sich zusammen. Weil die Zusammenhänge zwischen der Chronik und den Thorner Annalen für die Jahre 1360–1410 durchgängig zum Vorschein kommen, kann mitten in diesem Zeitraum ein Wechsel in der Verfasserschaft der Chronik, der ja nach Strehlke spätestens für 1406 anzusetzen wäre, nicht angenommen werden. Auf Grund dieser Feststellung wird der Gebrauch der ersten Person Singular im Vermerk unter dem 8. Januar 1407 zum zusätzlichen Argument¹².

Nimmt man die Glaubwürdigkeit der im Titel der Chronik enthaltenen Informationen an, muß jetzt bemerkt werden, daß als einzig möglicher Autor der Chronik Johann de Redden, seit 1411 Official von Riesenburg, übrig geblieben ist. In seinen Forschungen über die Verfasserschaft der Chronik hat Ernst Strehlke festgestellt, daß dieser in den Quellen als pomesanischer Official wiederholt im Zeitraum von 26. Mai 1411 bis zum 9. August 1419 auftaucht und nochmals mit dem Titel des pomesanischen Offizials am 19. Juni 1430 erscheint. Strehlke hat die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß hier zwei verschiedene Personen zu unterscheiden sind. Den Grund zu einer solchen Vermutung bildete die Tatsache, daß Nikolaus von Hohenstein urkundlich belegt zwischen 1421 und 1425 das Amt des pomesanischen Offizials ausübte¹³. Demgegenüber soll hier festgehalten werden, daß es sich nur um eine Person handelt. Dafür spricht das Auftreten des Johannes Tylo von Ditterichsdorf in der Zeugenliste der Urkunde vom 19. Juni 1430 neben Johann van Reddin, denn als Schreiber war er schon in früheren Urkunden des

⁶ Strehlke, Einleitung, S. 37–38.

⁷ Bauer (wie Anm. 5), S. 83.

⁸ Franciscani Thorunensis Annales Prusici (941–1410), hg. v. E. Strehlke, in: SRP III, S. 301.

⁹ Ebd., S. 312.

¹⁰ Ebd., S. 314, 317.

¹¹ Ebd., S. 316.

¹² Ebd., S. 284.

¹³ Strehlke, Einleitung, S. 34.

Johann de Redden aufgetaucht; später ist er als Notar in Dokumenten aus den Jahren 1438 und 1441 genannt¹⁴.

Zum Ausgangspunkt aller Feststellungen über den Lebensweg des Johann de Redden muß die von Bischof Arnold von Kulm am 10. Juni 1410 ausgestellte Urkunde gemacht werden. Hier erscheint Johann als kulmischer Offizial¹⁵. Den Beweis für seine Identifikation mit dem pomesanischen Offizial Johann liefert die durch den pomesanischen Bischof Johann Ryman am 7. Dezember 1411 ausgefertigte Urkunde. Johann de Redden wird dort als Bevollmächtigter des kulmischen Bischofs Arnold sowie als pomesanischer Offizial und Rektor der Pfarrkirche in Pitschen (Diözese Breslau) erwähnt¹⁶. Die Anführung des schlesischen Benefiziums Johanns lenkt die Aufmerksamkeit sowohl auf die Frage seiner Herkunft als auch auf die Anfänge seiner Karriere. In seiner den Domherren des Kollegiatstifts zu Brieg gewidmeten Monographie hat ihn Georg Bernhofen zu dem schlesischen Adelsgeschlecht von Redirn gezählt und als Sohn des Petsche von Reddern wahrscheinlich gemacht¹⁷. Bernhofen weist, indem er dem Einfluß von Familienverbindungen auf die Besetzung der kirchlichen Ämter nachgeht, zwei Domherren als Angehörige des uns interessierenden Geschlechts nach¹⁸, Peter von Reddin, der seit den 1370er Jahren an der Universität Prag als Magister gewirkt hat und zwischen 1403 und 1408 als Domherr von Brieg nachweisbar ist¹⁹, und Johann von Reddin, der als Domherr in den Jahren 1414–1433 erwähnt wird²⁰. Auf Grund der in den Dokumenten des Kollegiatstifts zu Brieg gebrauchten Titulatur hat Bernhofen den Johann de Reddin, Domherrn zu Brieg, mit Johann de Redden, Offizial von Pomesanien, identifiziert²¹. Er hat auch festgestellt, daß Johann als Vikar des Breslauer Domes hervorgetreten ist²² und daß er im Jahre 1396 an der Prager Universität immatrikuliert worden war²³. Dort hat er den Magistertitel erworben. Wir wissen auch, daß er über ein Einkommen aus dem Altar der Hl. Barbara im Prager Dom verfügte; die Rechte daran erwarb er 1402²⁴.

¹⁴ Urkundenbuch zur Geschichte des ehemaligen Bisthums Pomesanien, hg. v. H. Cramer, Marienwerder 1887, Nr. 124, 137. Vgl. noch unten Anm. 44.

¹⁵ Urkundenbuch des Bisthums Culm, bearb. v. C. P. Woelky, Th. 1, Danzig 1885, Nr. 466.

¹⁶ Ebd., Nr. 477. Vgl. *Regesta historico-diplomatica ordinis s. Mariae Theutonicorum 1198–1525*, Pars II, bearb. v. E. Joachim, hg. v. W. Hubatsch, Göttingen 1948, Nr. 1717 (im folgenden: *Regesta*).

¹⁷ G. Bernhofen, *Das Kollegiatstift zu Brieg in seiner persönlichen Zusammensetzung von den Anfängen (1369) bis zur Säkularisation (1534)* (*Historische Studien*, Heft 356), Berlin 1939, S. 20, 92.

¹⁸ Ebd., S. 37. Über die Familie Redern vgl. E. Wernicke, *Geschichte der Adelsfamilien in den Kreisen Bunzlau, Löwenberg*, Berlin 1886, S. 86 ff.; S. Kozirowski, *Obce rycerstwo w Wielkopolsce w 13.–16. wieku* [Die fremde Ritterschaft in Großpolen im 13.–16. Jh.], Posen 1929, S. 86.

¹⁹ Bernhofen (wie Anm. 17), S. 24, 27–30, 92, Anm. 363.

²⁰ Ebd., S. 42.

²¹ Ebd., S. 112.

²² Ebd., S. 92, Anm. 367.

²³ Ebd., S. 24.

²⁴ *Repertorium Germanicum*, Bd. 2: 1378–1415, bearb. v. G. Tellenbach, Berlin 1933, Sp. 724. Vgl. *Monumenta Vaticana res gestas Bohemias illustrantia*, Bd. 5, ed. C. Krofta, Prag 1903, Nr. 1956. Über Johanns Magisterarbeit: *Acta summorum pontificum res gestas Bohemias aevi praehusitici et husitici illustrantia*, Pars I, ed. J. Eršil, Prag 1980, Nr. 197.

Höchstwahrscheinlich war dies sein erstes Benefizium. Aus dem Jahre 1403 stammt die Mitteilung über seinen Besitz eines Kanonikates im Glogauer Kollegiatstift²⁵. Die Anfänge seiner Karriere weisen demnach auf das Königreich Böhmen und Schlesien.

Daß Johann de Redden in den Quellen als Geistlicher der Diözese Kulm bezeichnet wird, veranlaßt verständlicherweise die Frage, ob nicht die Anfänge seines Lebensweges und sein Herkunftsort im Kulmerland gesucht werden könnten. Der Beiname de Redden würde in diesem Fall auf Rehden als Johanns Herkunftsort hinweisen. Als zusätzlicher Beleg kann eine Urkunde Bischof Johanns von Pomesanien vom Jahre 1413 herangezogen werden, in der von Johann „de Reddino“ gesprochen wird²⁶. Angesichts der Feststellungen Bernhofens muß dieses Problem vorerst jedoch noch offen bleiben. Die Existenz eines gleichfalls so zubenannten Peters im Brieger Kollegiatstift und mögliche Familienverbindungen mit den von Redern veranlassen jedenfalls dazu, sich ohne genauere genealogische Untersuchungen vor weiteren Schlußfolgerungen zu hüten. Wenn auch die Herkunft Johanns aus Rehden wahrscheinlicher erscheint, so kann doch hier keine endgültige Lösung dieser Frage angeboten werden, und so wollen wir hier vorsichtshalber weiterhin von Johann von Redden sprechen.

Einen weiteren Beleg für Johanns Autorschaft der Chronik des Preußenlandes bildet sein Itinerar. Dieses kann durchaus als Argument im Hinblick auf die Autopsie beigezogen werden, wenn man die Abfassung eines historiographischen Werkes diskutiert. Bereits Ottokar Lorenz hat bemerkt, daß sich die bislang dem Johann von Posilge zugeschriebene Chronik einerseits durch einen breiten, Preußen, Böhmen, Ungarn und Livland umfassenden Gesichtskreis auszeichnet, daß andererseits ihre lokalen Nachrichten auf die Umgebung des pomesanischen Bischofs Johann Ryman (1409–1417) als Entstehungsort hindeuten. Lorenz hat diese Tendenzen einem der Fortsetzer Posilges zugeschrieben²⁷. Nachdem die Autorschaft Johanns von Posilge nicht mehr in Betracht gezogen werden kann, lassen sich seine Beobachtungen durchaus als zusätzliche Bestätigung der hier vorgetragenen These verwenden.

Von Bedeutung sind auch die Ergebnisse von Strehlkes Analyse der inneren Struktur der Chronik. Indem er Voigts und Schuberts These von mehreren Fortsetzungen aufrechterhielt, hat Strehlke die Aufmerksamkeit auf die Jahre 1410, 1413 und 1419 gelenkt. Seines Erachtens bilden sie Wendepunkte, welche die Arbeitsgebiete einzelner, aufeinanderfolgender Fortsetzer-Chronisten voneinander trennen²⁸. Das Itinerar Johanns von Redden wird hier zum weiteren Beweis für seine Autorschaft als auch zum Schlüssel für das Problem der inneren Teilung der Chronik. Das erste der Strehlkeschen Daten,

²⁵ *Monumenta Vaticana* (wie Anm. 24), Nr. 2055; er wird hier als Geistlicher der kulmischen Diözese bezeichnet. Diese Benennung könnte, allerdings sehr hypothetisch, damit erklärt werden, daß Johann schon während seiner Prager Studienzeit für den Deutschen Orden gewonnen worden wäre. Identisch ebd., Nr. 2189. Vgl. auch J. Týřka, *Životopisy slovník předhustitské pražské univerzity 1348–1409*, Prag 1981.

²⁶ *Liv-, est- und kurländisches Urkundenbuch*, Bd. IV, hg. v. F. G. v. Bunge, Reval 1859, Ndr. Aalen 1971, Nr. 2327.

²⁷ Lorenz (wie Anm. 5), S. 214–215.

²⁸ Strehlke, Einleitung, S. 41.

1410, fällt mit dem chronologischen Ende der annalistischen Quelle der Chronik zusammen. Das zweite Datum, 1413, weist einen deutlichen Zusammenhang mit dem Verlauf von Johanns Karriere auf. Wir wissen, daß er im Jahre 1412 in Riesenburg weilte, denn dort bezeugte er zwei am 18. September und am 5. Oktober ausgestellte Urkunden²⁹. Spätestens ab Februar 1413 hat er sich in Marienburg aufgehalten, da er als Zeuge in einer Urkunde des Hochmeisters Heinrich von Plauen vom 24. Februar 1413 zu finden ist³⁰. Wir verfügen über Anhaltspunkte, daß Johann in der Marienburger Hochmeisterkanzlei mindestens bis Ende August 1413 verblieben ist³¹. Die Zeit seiner Tätigkeit in Marienburg spiegelt sich deutlich im Text seiner Chronik wider. In ihm ist für den Zeitraum vom Ende des Jahres 1412 bis etwa zur Mitte des Jahres 1413 spürbar, daß der Autor seine Aufmerksamkeit auf die politischen Probleme des Deutschordensstaates konzentriert hat³². Wir können hier zur Erklärung an die dominierende Rolle der Autopsie als einer Informationsquelle des Chronisten denken. Seit Anfang 1414 finden wir Johann von Redden in Brieg, wo er als Brieger Domherr in den Urkunden des Kollegiatstiftes bis Anfang 1416 nachweisbar ist³³. Johanns mehrfache Erwähnung als Zeuge in den Urkunden des Hochmeisters Heinrich von Plauen in der ersten Jahreshälfte 1413 sowie sein Verschwinden aus den preußischen Quellen und sein Erscheinen in Brieg Anfang 1414 läßt Zusammenhänge zwischen dem Niedergang und der Absetzung Heinrichs von Plauen am 14. Oktober 1413 und Johanns Weggang aus Preußen vermuten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Johann wegen seines Notariats in der Kanzlei Plauens wirkte. Dafür spricht auch die allgemeine Beobachtung, daß sich die Kanzleikräfte des Hochmeisters vor allem aus der Diözese Pomesanien, zu welcher Marienburg gehörte, rekrutierten³⁴. Johanns Verbindung zur Hochmeisterkanzlei wird auch durch das in der Chronik enthaltene Urkundenmaterial bestätigt.

²⁹ Regesta, II, Nr. 1751. UB Pomesanien (wie Anm. 14), Nr. 124.

³⁰ Codex diplomaticus Warmiënsis, hg. v. C. P. Woelky, Bd. IV, Braunsberg, Leipzig 1874, Nr. 479; Regesta, II, Nr. 1769. Johann von Redden erscheint als Zeuge in der Erklärung Heinrichs von Plauen, in welcher dieser die Annahme der Urkunde verweigerte, welche Jagiello und Witold am 25. Januar 1413 in Kowno über den Rückfall Schamaitens an den Deutschen Orden nach ihrem Tode ausgestellt hatten. Lites ac res gestae inter Polonos Ordinemque Cruciferorum, Bd. II, hg. v. Z. Celichowski, Posen 1892, Nr. 30. Vgl. Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, Bd. I: 1398–1437, hg. v. E. Weise, Marburg 1970, Nr. 99.

³¹ Vgl. die durch Heinrich von Plauen veranlaßten Transsumpte vom 27. August 1413, Transsumpte der Bulle Innozenz' IV. von 1243 und der Urkunde Kaiser Ludwigs IV. von 1338, Codex diplomaticus Warmiënsis IV (wie Anm. 30), Nr. 483, Regesta II, Nr. 1783. Johann von Redden tritt in diesen Transsumpten als Zeuge auf. Vgl. auch Lites II (wie Anm. 30), S. 168–169, vom 16. März 1413.

³² SRP III, S. 332–334.

³³ Codex diplomaticus Silesiae, Bd. IX: Urkunden der Stadt Brieg, hg. v. C. Grünhagen, Breslau 1870, Nr. 740, 749–750, 752, 755, 761.

³⁴ K. Górski, Problemy chrystianizacji w Prusach, Inflantach i na Litwie, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1982, Nr. 3, S. 160–161, dt. u. d. T.: Probleme der Christianisierung in Preußen, Livland und Litauen, in: Die Rolle der Ritterorden in der Christianisierung und Kolonisierung des Ostseegebietes, hg. v. Z. H. Nowak (Universitas Nicolai Copernici, I), Thorn 1983, S. 23–24. Unter Umständen versorgte man die Kanzleiangehörigen mit geistlichen Stellen in diese Diözese.

In der Brieger Periode können wir in der Chronik solche Elemente finden, welche auf die Beobachtung der Geschehnisse in Schlesien hindeuten³⁵. Johann von Redden erscheint, wie man aus den überlieferten Quellen schlußfolgern kann, im August 1416 erneut in Preußen³⁶. Anfang 1417 muß er nach Brieg zurückgekehrt sein, weil er in einer dort ausgestellten Urkunde auftritt³⁷. Am 6. September 1417 war er Zeuge im Protokoll der Testamentseröffnung des pomesanischen Bischof Johann Ryman³⁸, und am 4. Dezember 1417 beglaubigte er das Transsumpt zweier Urkunden Papst Alexanders IV. für das Erzbistum Riga und die preußischen Bischöfe³⁹. Da dieses Transsumpt durch das Wirken des Deutschen Ordens auf der internationalen Bühne veranlaßt war, ist es selbstverständlich, daß es in der Kanzlei des Hochmeisters ausgefertigt worden ist. Man wird daraus schlußfolgern dürfen, daß Johann in sein früheres Amt zurückgekehrt ist. Am 9. August 1419 erscheint er als Zeuge in zwei Vidimus des pomesanischen Bischofs Gerhard für die Herren von Ost. Dabei wird er als Geistlicher der Breslauer Diözese bezeichnet, was auf seine zu diesem Zeitpunkt stärkeren Verbindungen mit Schlesien als mit dem Deutschen Orden hinweisen mag⁴⁰. Seit Anfang 1420 ist Johann in keinen uns bekannten preußischen Quellen mehr zu finden⁴¹. Das kann für Johanns Rückkehr nach Schlesien für längere Zeit sprechen, eventuell kann es das endgültige Ende seiner preußischen Karriere bedeuten. Bernhofen hat festgestellt, daß Johann von Redden gegen 1430 den Titel des Vikars des Breslauer Doms trug⁴². Man wird jedoch die Richtigkeit dieser Identifikation bezweifeln dürfen. Zum letzten Mal finden wir Johann mit dem Titel des pomesanischen Offizials in einer Urkunde des pomesanischen Bischofs Johann III. vom 19. Juli 1430⁴³. Es ist also durchaus möglich, daß Johann von Redden, wie die Dresdner Handschrift der Chronik angibt, im Jahre 1442 gestorben ist⁴⁴.

³⁵ SRP III, S. 340–341.

³⁶ UB Kulm (wie Anm. 15), Nr. 494, 495, vom 10. August bzw. 1. September 1416. In diesen in Marienwerder ausgestellten Urkunden trägt Johann von Redden den Titel des pomesanischen Offizials.

³⁷ Codex diplomaticus Silesiae IX (wie Anm. 33), Nr. 785.

³⁸ Aufzeichnungen zur Geschichte des Bisthums Pomesanien, hg. v. M. Toeppen, in: SRP V, Leipzig 1874, Ndr. Frankfurt a.M. 1965, S. 403.

³⁹ Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie, Bd. II, bearb. v. H. Koeppen, Göttingen 1960, S. 434, Anm. 7. Danach verfügte der Offizial über eine eigene Kanzlei. Dafür findet sich noch eine Bestätigung, vgl. Anm. 44.

⁴⁰ Codex diplomaticus Brandenburgensis, hg. v. A. F. J. Riedel, Bd. A XVIII, Berlin 1859, S. 312, 319.

⁴¹ Regesta II, Nr. 1930, 1972, 1974, 1994, 1997–2000, 2020, 2022.

⁴² Vgl. Anm. 22.

⁴³ UB Pomesanien (wie Anm. 14), Nr. 130. In dieser Urkunde erscheint auch Johannes Tylo von Ditterichsdorf, Kanzler des Offizials, der später auch als öffentlicher Notar hervortritt; ebd., Nr. 137, vom 13. Juli 1438. Demnach scheint der Offizial über eine eigene Kanzlei verfügt zu haben. M. Grzegorz, Rez. v.: M. Pollakówna, Kronika Piotra z Dusburga, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie 1970, Nr. 9, S. 607–609, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Zusammenhänge zwischen der historiographischen Arbeit und der Kanzlei als dem Ort, an dem das diplomatische Material von hochqualifiziertem Personal gesammelt wurde.

⁴⁴ Strehlke, Einleitung, S. 53–54.

Strehlke hat darauf aufmerksam gemacht, daß dem Chronisten in seiner Bemerkung über den Tod des aragonischen Papstes ein chronologischer Irrtum unterlaufen sei, da die betreffende Stelle in die Darstellung des Jahres 1419 fällt, Papst Benedikt XIII. aber tatsächlich erst 1424 gestorben ist. Strehlke hat hier zur Erklärung ein bloßes Versehen angenommen⁴⁵, es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß auf Grund dessen die Niederschrift erst nach 1424 anzusetzen ist. Das würde in Verbindung mit den vorstehenden Ergebnissen bedeuten, daß damit der Entstehungszeitpunkt des ganzen Werkes bestimmt wäre. Vielleicht hat Johann von Redden, um seine preußische Karriere zu retten, die gesamte Chronik nach dem Jahre 1424 verfaßt⁴⁶.

Die bisherigen Untersuchungen lassen uns im Gegensatz zu den Analysen Strehlkes vermuten, daß die Quellen der Chronik eine entscheidende Rolle für die Gestaltung ihrer inneren Struktur gespielt haben. Obwohl man die Möglichkeit einer fortlaufenden Abfassung durch den Autor nicht ausschließen darf, scheint sie doch kaum wahrscheinlich zu sein. Es steht außer Frage, daß für die Perioden, in denen sich Johann in Preußen aufhielt, die Autopsie zu einer sehr bedeutenden Quelle für ihn geworden ist. Für seine Zeit in Schlesien müssen sowohl die geschriebenen Quellen als auch die mündlichen Überlieferungen maßgeblich gewesen sein. Es ist von großer Wahrscheinlichkeit, daß gerade die Änderung des Quellentyps entscheidend die Gestalt der Chronik beeinflusst hat. Der Wechsel der Quellen sowie die Änderungen ihres Typus verursachten wohl die Störungen in der Konstruktion der Chronik, die Voigt und Schubert durch ihre Interpretation der Entstehungsumstände zu erklären suchten.

Wir können annehmen, daß sich Johann von Redden seit dem Jahre 1404 im Kulmerland aufhielt. Darauf deutet die Tatsache hin, daß er noch 1403 versuchte, das Einkommen aus dem Altar der Hl. Barbara am Prager Dom zu erwerben. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Datum 1402, für welches Strehlke die Abfassung eines ersten Teils der Chronik ansetzt, an Aussagekraft⁴⁷. Einen weiteren Beweis für die Autorschaft des Johann von Redden bildet seine proluxemburgische politische Orientierung, welche in der Chronik deutlich zu erkennen ist. Besonders große Aufmerksamkeit hat der Chronist Böhmen geschenkt⁴⁸. Die Erwähnung der Vorgänge an der Prager Universität 1409 kann als zusätzlicher Beleg für den Autor Johann von Redden herangezogen werden⁴⁹. Die lakonische Bemerkung über die preußische Mystikerin Dorothea von Montau⁵⁰ muß sowohl den Autor Johann von Posilge als auch die Niederschrift der Chronik um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert als Hypothesen ausschließen. Man kann nämlich nicht annehmen, daß in der Zeit des Kampfes zwischen Hochmeister Konrad von Wallenrode und der gegen ihn auftretenden Opposition, unter der das Bistum Pomesanien ein bedeutendes Element war, die Frage Dorotheas so knapp abgehandelt worden

⁴⁵ Ebd., S. 41. Vgl. SRP III, S. 385.

⁴⁶ Der Verf. beabsichtigt, die Laufbahn und Tätigkeit des Johann von Redden in einer gesonderten Abhandlung eingehend darzustellen.

⁴⁷ Strehlke, Einleitung, S. 38–39.

⁴⁸ SRP III, S. 187, 195–197, 200, 202 ff.

⁴⁹ Ebd., S. 297.

⁵⁰ Ebd., S. 193.

wäre. Ihre Prophezeiungen und Visionen haben während dieser Auseinandersetzung eine beträchtliche Rolle gespielt, und das pomesanische Domkapitel hat sich sehr um ihre Heiligsprechung bemüht. Es muß hier daran erinnert werden, daß gerade in dem für diese Frage aktuellen Zeitraum Johann von Posilge das Amt des pomesanischen Offizials bekleidete⁵¹. In Verbindung mit den anderen vorgetragenen Argumenten hat auch diese Beobachtung einen zusätzlichen Beweiswert.

Ein gesondertes Problem werfen die Anklänge an lateinische Spracheigentümlichkeiten im Text auf, die schon Strehlke bemerkt und zu ergründen gesucht hat. Im ersten Teil der Chronik sah er darin die Nachwirkung der ursprünglichen lateinischen Fassung, und die späteren Latinismen erklärte er als Einfluß der lateinischen Prosa auf die sich damals erst entwickelnde und an ihr orientierende deutsche⁵². Die hier vorgetragene Argumentation geht ebenso wie Strehlke davon aus, daß die im Titel der Chronik enthaltenen Informationen der Wirklichkeit entsprechen, d. h. daß sie ursprünglich in der lateinischen Sprache niedergeschrieben worden ist. Es scheint natürlich zu sein, daß die Latinismen mehr im ersten Teil der Chronik als am Ende, wo sie allmählich verschwinden, auftauchen. Es ist schwer vorzustellen, daß der Autor während der Übersetzung aus dem Lateinischen ins Deutsche, wobei er mit Sicherheit seine Gedanken ursprünglich in der deutschen Sprache formulierte, unter dem Druck der lateinischen Sprache gestanden haben soll. Es kann auch nicht die teilweise Redigierung der ursprünglichen Version im Laufe der Übersetzung ausgeschlossen werden, was die Spuren der lateinischen Urfassung noch mehr verwischen mußte.

Die Chronik des Johann von Redden erscheint uns als eine untrennbare Einheit, als Werk eines Autors, das wahrscheinlich nach dem Jahre 1424 verfaßt wurde. Die breiten politischen Horizonte, die die Chronik zeigt, entsprechen dem gesellschaftlichen Milieu des Verfassers. Dadurch, daß er in der Nähe des pomesanischen Bischofs Johann Ryman weilt, während seiner Tätigkeit in der Marienburger Kanzlei des Hochmeisters mit führenden Persönlichkeiten des Deutschordensstaates in Kontakt kam und viel umherreiste, gehörte Johann von Redden zu den Personen, welche in die politischen Probleme sowohl des Deutschen Ordens als auch die Mitteleuropas tief eingeweiht waren⁵³.

⁵¹ Zu Konrad von Wallenrode vgl. J. Łęgowski, Der Hochmeister des Deutschen Ordens Konrad von Wallenrod, in: Altpreußische Monatsschrift 17, 1880, S. 1–32; Th. Krzesiński, Konrad von Wallenrod, Hochmeister des Deutschen Ritterordens 1391–1393, in: Deutsche Adelsblätter 27, 1909, S. 463–465; letzters A. Triller, Konrad von Wallenrod, Hochmeister des Deutschen Ordens (1391–1393), in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 34, 1970, S. 23–41.

⁵² Strehlke, Einleitung, S. 38–43, bes. 41–42.

⁵³ Auf die Auffassungen des Chronisten, seine Horizonte, Mentalität und Konzeption der Chronik beziehen sich die Bemerkungen von M. Toeppen (wie Anm. 1), S. 36–39; H. Bauer (wie Anm. 5), S. 80; O. Engels, Zur Historiographie des Deutschen Ordens im Mittelalter, in: Archiv für Kulturgeschichte 48, 1966, S. 350–355; U. Arnold (wie Anm. 1), S. 22–23, vgl. dazu die Rez. v. W. Mertineit, in: Zeitschrift für Ostforschung 19, 1970, S. 106–107; U. Arnold, Geschichtsschreibung im Preußenland bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19, 1970, S. 84–87.

Ernst August Hartmann

* Königsberg/Pr. 27. Juli 1901

† Bad Brückenau 26. Oktober 1988

Am 26. Oktober 1988 verstarb in Bad Brückenau der Realschullehrer a. D. Ernst Hartmann. Seine Eltern waren der Tischler August Hartmann und seine Frau Bertha geb. Bluhm. Nach dem Besuch von drei verschiedenen Volksschulen in Königsberg (1907–1915) kam er zur Ausbildung zum Volksschullehrer in die Königsberger Präparandenanstalt (1915–1918). Anschließend bereitete er sich im Seminar Waldau bei Königsberg auf die erste Lehrerprüfung vor, diente aber von Januar bis August 1919 bei ostpreussischen Freiwilligen-Corps und wechselte dann für den Rest seiner Ausbildung an das Lehrerseminar in Osterode über. Nach der ersten Lehrerprüfung (März 1921) erhielt er wie viele andere Junglehrer jener Jahre keine Anstellung, sondern mußte seinen Unterhalt an verschiedenen Orten in Ostpreußen und in Dresden als Hauslehrer verdienen. Zum 1. 11. 1924 erhielt er an der Schule in Gilgenau im Kreis Osterode seine erste Anstellung als 2. Lehrer, von wo er im Jahre 1927 als 2. Lehrer nach Mühlen im Kreis Osterode versetzt wurde. Vor seiner Versetzung heiratete er am 28. 7. 1927 in Hohenstein Gertrud Botsch (1903–1985), die Tochter des 1. Lehrers in Gilgenau; die Ehe blieb kinderlos. Nach der zweiten Lehrerprüfung im Jahre 1926 bereitete er sich auf die Prüfung zum Mittelschullehrer vor, die er im Oktober 1929 in Königsberg ablegte, wo er ab April 1932 an der Fichte-Mittelschule unterrichtete.

Während des 2. Weltkrieges diente er in Flakregimentern, zuletzt als Leutnant und Batterieführer. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft bei den Amerikanern arbeitete er bis zum Juli 1947 als Waldarbeiter in Hessen und danach an verschiedenen Realschulen, ab 1951 in Frankfurt am Main. Nach seiner Pensionierung im Jahre 1964 verzog er 1966 nach Steinau an der Straße im Main-Kinzig-Kreis, bis ihn die zunehmende Hilfsbedürftigkeit seiner Frau im Jahre 1983 zum Umzug in ein Wohnheim in Bad Brückenau zwang.

Schon früh begann der Verstorbene sich näher mit seiner Heimat zu befassen. Nach einem Aufruf von Professor Walther Ziesemer half er ab 1921 mit bei der Materialsammlung zur Volkskunde von Ostpreußen. Für die Prüfungsarbeit für die zweite Lehrerprüfung sammelte er im Staatsarchiv Königsberg Material für ein ungedruckt gebliebenes und heute verlorenes „Heimatbuch von Gilgenau“. Auch über die Geschichte von Mühlen legte er 1933 eine Arbeit zur 600-Jahrfeier vor. Inzwischen war man in der Kreisstadt Osterode und in Königsberg auf den interessierten Lehrer aufmerksam geworden, der in den Jahren 1928–1931 drei Kurse für wissenschaftliche Heimatkunde an der Universität Königsberg besuchen durfte. In den Jahren 1929–1932 wirkte er im Auftrage des Staatsarchivs Königsberg als Archivpfleger für den Kreis Osterode und leitete von 1930–1932 die Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in Hohenstein.

Ab etwa 1930 veröffentlichte er in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen zahlreiche meist kulturkundliche Beiträge. Daneben sammelte er aus heute zum Teil verlorenen Beständen des Staatsarchivs Königsberg und der Literatur Material zu einer geplanten Geschichte des Kreises Osterode. Durch glückliche Umstände konnte seine Frau die

Materialsammlung ihres Mannes im Jahre 1945 retten, der schon bald wieder mit der Sammlung weiteren Materials im Staatlichen Archivlager in Göttingen begann, zahlreiche Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichte und auch Vorträge hielt. Ferner stellte er aus den Meßtischblättern von Ost- und Westpreußen eine Sammlung von rund 5.000 Flurnamen zusammen und arbeitete als Gewährsmann am „Preussischen Wörterbuch“ von Professor Erhard Riemann mit. In rascher Folge veröffentlichte er als selbständige Werke „Der Kreis Osterode in Ostpreußen. Daten zur Geschichte seiner Ortschaften“ (1958), „Geschichte der Stadt Hohenstein in Ostpreußen“ (1959), „Die Geschichte des Dorfes Ponarth bei Königsberg i. Pr.“ (1963), „Geschichte der Stadt Liebenmühl“ (1964), „Groß Wolfsdorf und Dönhoffstädt. Ostpreussische Herrensitze im Kreise Rastenburg“ (1966) und „Das Kirchspiel Locken, Kreis Osterode i. Ostpr.“ (1967). Seine über 10.000 handgeschriebenen DIN A 4-Seiten Quellen- und Literaturauszüge zu Ost- und Westpreußen und seine Flurnamensammlung übergab er schon vor seinem Tode dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem.

Durch seine Tätigkeit in Hessen wurde Hartmanns Interesse auch an der Geschichte dieses Landes angeregt. Im Staatsarchiv Marburg trug er eine Sammlung von rund 10.000 Blatt Auszügen zusammen. Nach seinem Umzug nach Steinau sichtetete und ordnete er das dortige Stadtarchiv und erarbeitete daraus eine dreibändige „Geschichte der Stadt und des Amtes Steinau an der Straße“ (1971–1977), worin er u. a. auch neue Tatsachen über Großvater und Vater der Brüder Grimm vorstellte. Auch über andere Orte seiner näheren hessischen Umgebung hat er umfangreiches Material gesammelt, zahlreiche Aufsätze und Artikel veröffentlicht und Vorträge gehalten. In Würdigung seiner Verdienste um die Geschichtsforschung wurde er Ehrenbürger von Steinau (1975), erhielt den Ehrenbrief des Landes Hessen (1976), wurde Träger des Kulturpreises des Main-Kinzig-Kreises (1981) und erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande (1982). Auch die Kreisgemeinschaft Osterode und die Landsmannschaft Ostpreußen ehrten ihn wiederholt.

Hartmanns Arbeiten sind bei Wermke nur teilweise erfaßt. Sie zeichnen sich durch große Liebe zum Detail aus, doch ist wegen der heute schlechteren Quellenlage die Zeit ab 1800 in den Ortsgeschichten meist sehr knapp behandelt, während er in seinen Arbeiten über Hessen auch die neuere Zeit ausführlich dargestellt hat. Als Kuriosum sei erwähnt, daß er all seine umfangreichen Sammlungen sowie Buch- und Aufsatzmanuskripte handschriftlich abfaßte, da er die Benutzung einer Schreibmaschine ablehnte. Hartmann gehörte zu der Generation von Volksschullehrern, die sich wie selbstverständlich der Heimatkunde ihrer meist dörflichen Umgebung annahm. Doch wuchs er – auch durch die Förderung an der Universität Königsberg – über den engen örtlichen Bereich hinaus und hat durch unermüdliche Quellenarbeit viele Tatsachen aus der Vergangenheit vieler Ortschaften festgehalten.

Klaus Bürger

Buchbesprechungen

Maria Bogucka: Das alte Danzig, Alltagsleben vom 15. bis 17. Jahrhundert. C. H. Beck, München 1987, 247 S., eine Faltkarte, zahlreiche Abb.

Das zuerst in Warschau 1967 erschienene Buch der Warschauer Historikerin Prof. Maria Bogucka „*Życie codzienne w Gdańsku, Wiek XVI–XVII*“ wurde 1980 für die DDR in einer übersetzten, gekürzten und überarbeiteten Lizenzausgabe vom Verlag Koehler und Amelung in Leipzig herausgebracht – mit einem Vorwort von Johannes Kalisch. Für die Bundesrepublik, die Schweiz und Österreich hat nun der Beck-Verlag eine Ausgabe besorgt, die weitgehend der DDR-Publikation von 1980 entspricht. Geblieben ist dabei auch das Vorwort des DDR-Historikers Kalisch, in dem er einen knappen Gesamtabriss der Geschichte Danzigs zu geben versucht.

Schon hier stutzt man. Wäre für die bundesdeutsche Ausgabe nicht ein neues Vorwort eines hiesigen Historikers das Angemessene gewesen? Gewiß, beim Vergleich der Texte der Ausgabe von 1980 und 1987 stellt man rasch fest, daß etliches geändert, d. h. viele der massiv antipreußischen oder ganz der sozialistischen DDR-Ideologie gemäßen Worte, Sätze oder sogar Abschnitte weggelassen oder abgeändert worden sind, dazu auch solche, die die Entwicklung Danzigs ganz aus polnischer Sichtweise darstellen. Dennoch ist ein historischer Abriss stehen geblieben, der im Ganzen wie im Detail den geschichtlichen Realitäten nicht gerecht wird, sie vielmehr oft verzerrt und daher als gänzlich einseitig zu bezeichnen ist. Gut scheint Kalisch mit den Fakten der Geschichte Danzigs auch nicht vertraut zu sein, wenn er etwa die Einwohnerzahl der Stadt um 1650 mit „80.000–100.000“ angibt, eine fast doppelt erhöhte Zahl, hat doch Simson diese annähernd zutreffend mit etwas mehr als 50.000 berechnet (für ca. 1630)¹ und Jerzy Stankiewicz schon die Zahl von 70.000 zu Recht als völlig unreal abgewiesen und eine ähnliche Einwohnerschaft wie Simson angenommen². Gravierend sind die Irrtümer von Kalisch, daß im Schwedisch-Polnischen Krieg 1654–1660 die Stadt Danzig „der schwedischen Belagerung standhielt und dem polnischen König Jan Kazimierz Zuflucht gewährte“ (S. 9). Beides trifft nicht zu, eine Belagerung Danzigs hat es in keinem der drei schwedisch-polnischen Kriege gegeben, nur begrenzte Seeblockaden und Besetzung des Danziger Haupts durch die Schweden. Die weitere Schilderung bei Kalisch, daß sich seit der Mitte des 18. Jhdts. „ein neuer Aufschwung in Polen abzuzeichnen begann“ – mit „erhöhter agrarischer Produktion“, „Gründung zahlreicher Manufakturen“ sowie einer „Belebung des Handels“ und „kultureller Blüte“, was den „Hintergrund für politische und soziale Reformen bildete“ und schließlich „in die Annahme der Verfassung vom 3. Mai 1791 einmündete“ – eine „auch für Danzig hoffnungsvolle Entwicklung“, die „durch die drei Teilungen Polens zwischen Preußen, Rußland und Österreich jäh unterbrochen“ wurde, bedarf in dieser Einseitigkeit, die alle Negativerscheinungen der innerstaatlichen Entwicklung Polens nach 1750 ausblendet, keiner ausführlichen Widerlegung, die wirtschaftliche Regression Danzigs in dieser Zeit spricht auch eine ganz andere Sprache. Angesichts solcher Irrtümer, Einseitigkeiten und Blickverengungen ist es zu bedauern, daß der Beck Verlag das Buch ohne eine neue bundesdeutsche Einleitung herausgebracht hat.

Prof. Maria Bogucka ist als kompetente Historikerin auch in bezug auf die Geschichte Danzigs durch ihre breite Mitarbeit am 2. Band der „*Historia Gdańska*“ und etliche weitere Arbeiten zur Stadtentwicklung ausgewiesen³. Die lebendige Schilderung des innerstädtischen Lebens und Treibens in Danzig vom 15. bis zum 17. Jahrhundert verrät deutlich die Vertrautheit der Autorin sowohl mit den allgemeinen Bedingungen, wie sie in den Hansestädten jener Zeit gegeben waren, als auch mit den speziellen Verhältnissen und Ereignissen der Stadtgeschichte und ihren Besonderheiten. So hat sie ein anschauliches Bild dessen entworfen, was sie „das tägliche Leben“ nennt, und gibt dem Leser einen interessanten Einblick in die vielfältigen Komponenten des städtischen Daseins

¹ Paul Simson, *Geschichte der Stadt Danzig*, Bd. II, Danzig 1918, S. 463.

² Jerzy Stankiewicz in: *Historia Gdańska*, Tom. II: 1454–1655, Gdańsk 1982, S. 444.

³ Zu ihren weiteren Arbeiten vgl. *Historia Gdańska*, Tom. II, S. 789 f.

mit seinen Eigenheiten, den Sorgen und Mühen, den großen und kleinen Freuden, der Last und Lust des Tages. Natürlich steht im Vordergrund das Leben der bessergestellten Leute, der Wohlhabenden und Reichen, der Patrizier, Kaufherren, Händler, Handwerker und Gewerbetreibenden. Da werden die Ratsherren geschildert, der Betrieb im Geschäftskontor eines Kaufmanns, das Gebaren in dem Gericht und selbstverständlich in dem bekannten Artushof, der Versammlungsstätte der Kaufmannschaft und des politisch führenden Bürgertums mit ihren „Banken“. Auch die Eß- und Trinkgewohnheiten, die Vergnügungen, das Theater, die oft seltsame Mode, die Gelehrsamkeit, die Medizin und Kunst kommen nicht zu kurz und lassen so ein recht farbiges, den Leser packendes Gemälde des Alltagslebens entstehen. Es ist freilich nur in dieser Zusammenstellung ganz neu, viele Einzelheiten des Bildes finden sich schon in einigem Umfang in der älteren einschlägigen Fachliteratur.

Maria Bogucka hat, wie es teilweise von der Sache her geboten war, in die Darstellung des innerstädtischen Lebens nicht selten die großen Ereignisse der Politik hineingeflochten und so zugleich ein gutes Stück der Geschichte Danzigs in ihrer Arbeit wiedergegeben. Natürlich schrieb sie dabei zunächst für ihre polnische Leserschaft. Immerhin handelte es sich aber schon bei der deutschen DDR-Ausgabe um eine überarbeitete Fassung, die doch wohl auf die deutschen Leser abgestimmt war. Bei beiden Ausgaben stand M. Bogucka zugleich unter den Ansprüchen der von ihr vertretenen Wissenschaft. Von daher ist ihre Arbeit dann auch zu messen. Sehr bald werden dabei – neben den genannten Unzulänglichkeiten des Vorworts – auch die Mängel der Abhandlung selber erkennbar.

Zwar wird den Realitäten nach beiden Seiten noch Rechnung getragen, wenn B. zu 1526 den König Sigismund I. erst den städtischen Gesandten versichern läßt, niemandem in Danzig drohe Gefahr, um dann fortzufahren: „Nach dem feierlichen Einzug (in die Stadt) ließ der Monarch die Maske der Güte fallen. Schon am 21. April wurden ... strenge Untersuchungen in Sachen des Aufruhrs in die Wege geleitet. Es folgten Verhaftungen und Exekutionen“ (S. 59). Nur ist auch hier die Notiz über die zahlreichen Verhaftungen und 14 Hinrichtungen – viele hatten sich dem Gericht durch die Flucht entzogen – recht knapp ausgefallen, zumal sich unter den Exekutierten der Bürgermeister Johann Wendland und zwei Ratsherren befanden⁴. Im übrigen hört der Leser lediglich stets von „Provokationen“ oder „viel Verschulden“ der Städter (S. 89, 93), nicht aber von irgendwelchem Fehlverhalten des polnischen Monarchen gegenüber der Stadt und ihren Rechten.

Der Anlaß zum Konflikt Danzigs mit König Sigismund II. August 1568 war nach B. eine „unerhörte Provokation“ der Danziger: „Unter dem Vorwand des Diebstahls von Hühnern verhaftete der Danziger Rat elf Seeleute der königlichen Flotte und verurteilte sie zum Tode durch Enthauptung“ (S. 64). Keine Rede davon, daß es sich um Kaperangriffe handelte, gegen die die Stadt drastisch vorgehen wollte, und es einen zweiten Überfall mit mehreren Toten auf Seiten der Danziger Bauern gegeben hatte. Keine Rede aber auch davon, daß es wahrlich um mehr ging als nur um Hühnerraub, nämlich um den Versuch des Königs, durch die von ihm berufene Marinekommission, in der nur ein Danziger, aber mehrere Gegner der Stadt saßen, altverbriefte Rechte Danzigs seit 1457 – Hoheit über Schifffahrt und Handel in den Gewässern vor Danzig – zu schmälern oder ganz zu beseitigen. Außerdem war die zweite königliche Kommission unter Leitung des Bischofs Karnkowski von Leslau, der die Stadt die Tore verschloß, keineswegs nur „zur Untersuchung des Vorfalles nach Danzig entsandt“, wie B. schreibt, sondern erneut mit rechtswidrigen Vollmachten ausgestattet, die später – nach dem Lubliner Dekret, das die Sonderstellung des Königlichen Preußen gleichsam mit einem Federstrich beseitigte – die „*Statuta Carnkoviciana*“ erarbeitete, eine neue Stadtverfassung mit einschneidenden Rechtsminderungen für die Stadt und Stärkung der Position des Königs in ihr – deren förmliche Aufhebung Danzig erst 1585 erreichte. B. weiß das Verhalten der Danziger nur zu kommentieren: „Durch eine solche Arroganz war die Geduld des Königs und seiner Ratgeber erschöpft“. In all diesen Punkten ist sogar die Darstellung der „*Historia Gdańska*“⁵ wesentlich sachgerechter und weniger einseitig.

⁴ Dazu: Simson, *Geschichte* ... S. 91.

⁵ *Historia Gdańska*, Tom. II, S. 298 ff.

Zu den teilweise noch aus diesem Konflikt resultierenden Auseinandersetzungen der Stadt mit König Stefan Bathory 1576/77 zitiert B. dann die königliche Instruktion an die Provinziallandtage: „Die Danziger, dem Gehorsam des Königs unterstellt, wurden reich, haben sich wie die Schweine an den Gütern der Krone gemästet, sind groß geworden, uns aber haben sie getäuscht; durch ihre Taten und Praktiken haben sie bewiesen, daß sie Herren über uns waren“ (S. 64) und macht sich wieder mit ihren Worten von der „Danziger Sklaverei“ den stadtfreundlichen Standpunkt zu eigen. Kein Wunder dann, daß sie von der Belagerung Danzigs durch Stefan Bathory, deren Scheitern und seinem erfolglosen Rückzug nichts berichtet und nur notiert, daß nicht etwa der König, sondern „das Patriziat (Danzigs) erneut mit dem König einen Vergleich suchte“ (S. 65).

Noch stärker werden die Realitäten verschoben bei den Bemerkungen zum ethnischen Charakter Danzigs. So liest man (S. 15): „In den nahegelegenen Wirtschaften (an der Mottlau) sah man sowohl den polnischen Edelmann, der sein Getreide in die Stadt brachte, als auch den gebürtigen Danziger, den englischen Kaufmann und den holländischen Schiffer bei einem Krug Bier. Allenthalben hörte man neben dem Polnischen auch die deutsche, holländische, portugiesische und französische Sprache“. Hier werden die Gegebenheiten wahrlich auf den Kopf gestellt, wenn das Polnische als erste – also wohl dominierende – Sprache in Danzig herausgestellt und das Deutsche nur gleichgewichtig neben dem Holländischen, Portugiesischen und Französischen erwähnt wird; wenn ebenso bei der Aufzählung der Nationalitäten zwar der Pole, Engländer und Holländer genannt wird, aber nicht der Deutsche, der mit dem „gebürtigen Danziger“ weithin identisch war; wenn schließlich im ganzen Buch von B. von der ganz überwiegend deutschen Bevölkerung Danzigs nirgends die Rede ist.

Sehr einseitig und zweifelhaft ist jedoch auch das von B. entworfen Bild des Danziger Patriziats. Da liest man: „Die Ferbers sind die typischen Vertreter der damaligen Aristokratie. Die Stadt wurde von rücksichtslosen und durchtriebenen Leuten regiert ... In privaten wie auch in öffentlichen Angelegenheiten waren sie bedenkenlos ... Sie betrachteten die Stadt als ihr Privateigentum. Sie kümmerten sich nicht um den Widerhall, welchen diese oder jene Handlungen beim Volke hatten, sie verachteten die breite Masse“ (S. 23). Hier wird ein Zerrbild der in Danzig regierenden Schicht entworfen, das in dieser summarischen, allgemeinen Abwertung, ja Verdammung, zweifellos nicht den historischen Realitäten entspricht.

Recht schief ist dann auch das Bild der reformatorischen Bewegung in Danzig bei B. ausgefallen, die als polnische Katholikin nur geringes Verständnis für die evangelische Sache aufzubringen vermag. So eröffnet sie den Bericht darüber mit der „Liebesgeschichte“ des Priesters Jakob Knade, die der scharf antiprotestantische Dominikanermönch Martin Gruneweg überliefert, suggeriert so den Eindruck, als sei es in Danzig beim Übergang zum evangelischen Glauben hauptsächlich um die Ablehnung des Zölibats gegangen, und bekräftigt diesen Eindruck mit ihren eigenen Worten: „Der verliebte Danziger Priester lauschte eifrig den Neuigkeiten aus Wittenberg ... Schon flüsterte man ... über die Notwendigkeit einer gründlichen Wandlung der Kirche, man verhöhnnte das Zölibat und die Mönche ... 1527 treffen wir Jakob und seine schöne, mit so viel Mühe eroberte Frau in Marienburg ... Er spielte in Danzig die Rolle eines Funkens“ (S. 49). Nun, nicht Jakob Knade, sondern eine ganze Reihe anderer Männer der Kirche waren es, die mit breiter theologischer Argumentation in Danzig den Boden für die Reformation bereiteten⁶. Daher verfehlt auch das Pauschalurteil von B. über die späteren konfessionellen Streitigkeiten zwischen Lutheranern und Reformierten in der Stadt die Realität: „In Wirklichkeit, unter dem Deckmantel religiöser Auseinandersetzungen, ging der Kampf um die Macht, um einträgliche Posten im Rat“ (S. 79).

Am Buchende werden die Regierungszeiten der polnischen Herrscher von 1386 bis 1795 notiert, Regierungszeiten der Hochmeister des Deutschen Ordens fehlen dagegen. Wie? Stand Danzig also bereits seit 1386 unter der Oberhoheit des polnischen Königs und nicht erst bis 1454 unter der Herrschaft des Deutschen Ordens?

⁶ Simson, Geschichte ... S. 51 ff.; Udo Arnold, Luther und Danzig, in: Zeitschrift für Ostforschung 21, 1972, S. 94–121.

Eine Randbemerkung zum Schluß: Das von B. mit Schlochau übersetzte „Żelichowo“ (S. 91) muß Petershagen heißen, doch dürfte das polnische Wort dafür auch Zaroślak sein. „Osiek“ (S. 53) ist schließlich das „Hakelwerk“, nicht der Hagelsberg. Das Resümee zum Buch von B.: Neben unbestreitbaren Vorzügen enthält es aus fachhistorischer Sicht viele gravierende Mängel. Die beim Vorwort von Kalisch konstatierte Einseitigkeit und Blickverengung läßt sich auch bei der Arbeit von B. oft beobachten. Eine historisch abgewogene, allen Seiten gerecht werdende Darstellung, insbesondere der Geschichte Danzigs vom 15. bis zum 17. Jhd., soweit sie berührt wurde, ist hier in keiner Weise gegeben worden. Das sollte bei diesem polnischen, nun von einem bundesdeutschen Verlag nachgedruckten Werk gründlich bedacht werden.

Heinz Lingenberg

Georg Bitter: Die Preußische Regierung zu Königsberg 1918–1945. Verlag Rautenberg, Leer 1988 (Prussia-Schriftenreihe, Bd. 8), 155 S., 3 Abb. i. T.

Die vorliegende, von Walther Hubatsch angeregte Bonner Dissertation wurde nach dessen Tod von Ernst Opgenoorth betreut. Sie arbeitet zunächst die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen der Verwaltung heraus, um das für den Gesamtstaat Preußen Typische der Organisation aufzuzeigen, und versucht dann, aus den allgemeinen politischen Richtlinien auf der Grundlage des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials die spezifischen Besonderheiten des Regierungsbezirks Königsberg darzustellen. Da der Vf. keine Genehmigung zur Benutzung der im Staatsarchiv Allenstein liegenden Akten der früheren ostpreußischen landrätlichen Verwaltung erhielt, mußte er sich auf die in Betracht kommenden Repositoren im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz in Berlin – dabei handelte es sich um Akten des Oberpräsidiums Königsberg, der ostpreußischen Landratsämter sowie des preußischen Innen-, Justiz-, Landwirtschafts- und Staatsministeriums – sowie auf die Ostdokumentation im Bundesarchiv Koblenz beschränken. Daneben wurden gedruckte Quellen und Literatur herangezogen, die im einzelnen aufgeführt sind. Als mißlich erwies sich die ungünstige Quellenlage, die zahlreiche Lücken aufweist und daher zahlreiche Fragestellungen offenlassen muß.

Zunächst wird die politische und wirtschaftliche Situation Ostpreußens nach dem Ersten Weltkrieg geschildert. Durch die Abschürfung vom Reich verschlechterten sich rasch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz und die Lebensbedingungen der Bewohner. Das Ausfuhrvolumen der wichtigsten ostpreußischen Exportgüter – Getreide und Holz – verringerte sich drastisch, und die Industrie verlor durch die Schaffung des Korridors einen Großteil ihres Absatzgebiets. Die ungünstige Infrastruktur Ostpreußens gegenüber anderen preußischen Provinzen wird durch das geringe Steueraufkommen dieser Region – 1925 betrug es hier 20, 20 RM pro Kopf, während der Durchschnitt in Preußen bei 56, 90 RM lag – verdeutlicht. Die schlechten Verdienstmöglichkeiten führten zu beachtlichen Wanderungsverlusten, die trotz dirigierender Maßnahmen der Behörden auch nach 1933 – erwähnt sei der Erich-Koch-Plan – anhielten.

Im folgenden betrachtet der Vf. die rechtlichen Voraussetzungen der kommunalen Selbstverwaltung nach 1918, das Verhältnis zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und der inneren Verwaltung im Regierungsbezirk Königsberg – wobei die unsichere Definition der Aufgaben der ersteren zu erheblichen Spannungen in den einzelnen Kommunalverwaltungen führte, obwohl der Anfang 1919 in Insterburg gebildete „Ostpreußische Zentralrat“, der sich als höchstes Gremium der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostpreußen verstand, offiziell im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten arbeitete –, die Aufstellung von Heimat- und Sicherheitswehren zur Abwendung radikaler Umsturzversuche, die Auswirkungen der Beamtenpolitik im Freistaat Preußen auf die Stellenbesetzungen im Regierungsbezirk Königsberg, die politische Orientierung der dortigen Beamten sowie die Konsequenzen der nationalsozialistischen Machtergreifung für den Verwaltungsapparat. Am Beispiel der Entfernung zahlreicher der SPD, DDP und anderen demokratischen Parteien angehörender Landräte aus ihren Ämtern – erwähnt seien der Landrat von Labiau, Paul Josupeit, und der von Heilsberg, Ernst Fischer – sowie der Amtsenthebung des langjährigen Königsberger Bürgermeisters Hans Lohmeyer wird die nationalsozialistische Gewaltpolitik deutlich.

Die nächsten Abschnitte befassen sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Regierungsbezirk Königsberg nach 1918, u. a. mit dem Wohnungsbau, der 1928 seinen Höchststand erreichte, der Förderung der Ansiedlung auf dem platten Land durch staatliche Maßnahmen und gemeinnützige Verbände, den staatlichen Hilfsaktionen für Industrie, Handel und Handwerk, der Förderung der Landwirtschaft im Rahmen des Osthilfegesetzes, dem Ausbau der Verkehrswege sowie mit der Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. In einem eigenen Kapitel sind die Personalangaben der Landräte und Oberbürgermeister im Regierungsbezirk Königsberg für den Berichtszeitraum zusammengestellt.

Obwohl der Vf. wegen der lückenhaften Quellenlage keine in sich geschlossene Verwaltungsgeschichte des Königsberger Verwaltungsbezirks zwischen 1918 und 1945 schreiben konnte, vermittelt er doch manches Wissenswerte zur politischen und wirtschaftlichen Lage dieser Region. Es bleibt zu hoffen, daß durch die Benutzung der in Frage kommenden Archivbestände in Allenstein, die dem Vf. versagt blieb, viele Fragestellungen aus diesem Bereich vertieft werden können.

Stefan Hartmann

Nachrichten

Förderpreis der Stiftung „Salzburger Anstalt Gumbinnen“. Im Jahre 1990 begeht die Stiftung „Salzburger Anstalt Gumbinnen“, eine eigenständige Fürsorgeeinrichtung der 1731 aus dem Lande Salzburg ausgewiesenen Protestanten, ihr 250jähriges Bestehen. Sie wurde durch eine Kabinettsorder König Friedrich Wilhelms I. vom 27. Januar 1740 errichtet. Trotz des Verlustes ihres Finanzvermögens in der Inflation und ihrer Liegenschaften durch die Vertreibung 1945 ist die Stiftung weiterhin tätig. So hat sie die Gründung eines Vereins initiiert, der in Bielefeld ein „Wohnstift Salzburg“ errichtet hat und es in der Tradition der „Salzburger-Anstalt Gumbinnen“ betreibt.

Aus Anlaß des Jubiläums hat die Stiftung einen Förderpreis für eine wissenschaftliche Arbeit ausgeschrieben. Das Thema lautet: die rechtliche, kulturelle und wirtschaftliche Eingliederung und Entwicklung der Salzburger Emigranten in Preußen (1732–1945). Ziel dieser Förderung soll es sein, eine abschließende Arbeit über die 213 Jahre der emigrierten Salzburger in Ostpreußen herbeizuführen.

Einzelheiten der Ausschreibung können erfragt werden bei der Salzburger Anstalt Gumbinnen, Memeler Str. 35, 4800 Bielefeld 1. Bewerbungen sind ebenfalls hierhin zu richten. Für weitere Auskünfte steht auch der Vorsitzende der Stiftung zur Verfügung: Herr Gerhard Brandtner, Wehrhausweg 45, 5300 Bonn 3.

Kommissionsverlag: Elwertische Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 3550 Marburg (Lahn)

Einsendung von Manuskripten erbeten an
Dr. Stefan Hartmann oder Dr. Klaus Neitmann
Archivstr. 12–14, 1000 Berlin 33

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 3557 Ebsdorfergrund 6

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 28/1990

ISSN 0032-7972

Nr. 2

INHALT

Udo Arnold, Rückeroberung Preußens durch den Deutschen Orden am Ende des 16. Jahrhunderts? S. 17 – Stefan Hartmann, Bemerkungen der preußischen Generale Karl Wilhelm Georg von Grolman und Karl Heinrich Ludwig von Borstell zu Verteidigungsmöglichkeiten der Provinzen Ost- und Westpreußen, S. 22 – Buchbesprechungen S. 30.

Rückeroberung Preußens durch den Deutschen Orden am Ende des 16. Jahrhunderts?

Von Udo Arnold

Mit der Übernahme des noch verbliebenen Ordenslandes Preußen als von Polen lehnsabhängigem Herzogtum durch den vormaligen Hochmeister und nunmehrigen Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach 1525¹, der seit Weihnachten 1523 kontinuierlich durchgeführten Reformation des Landes² und schließlich der Verhehlung Albrechts 1526 einerseits³, dem Auszug des Memeler Komturs Herzog Erich von Braunschweig aus Preußen 1525⁴, dem Wegtauchen einiger Ordensritter in eine heimliche Opposition⁵ und vor allem dem Albrecht folgenden Säkularisierungsschritt der meisten Ordensbrüder andererseits⁶ hat der Deutsche Orden sein zuvor zentrales Territorium Preußen endgültig verloren.

¹ Vgl. Stephan Dolezel, Das preußisch-polnische Lehnsverhältnis unter Herzog Albrecht von Preußen (Studien zur Geschichte Preußens 14), Köln 1967.

² Vgl. Udo Arnold, Luther und die Reformation im Preußenland, in: Martin Luther und die Reformation in Ostdeutschland und Südosteuropa, hg. v. Ulrich Hutter, Sigmaringen 1989, S. 1–18.

³ Vgl. Iselin Gundermann, Herzogin Dorothea von Preußen 1504–1547 (Studien zur Geschichte Preußens 9), Köln 1965.

⁴ Vgl. Julius Weise, Herzog Erich von Braunschweig, der letzte Komtur des Deutschordens zu Memel (Beilage zum Programm der vorstädtischen Realschule zu Königsberg in Pr. Ostern 1908), Königsberg 1908.

⁵ Vgl. Helmut Freiwald, Ansätze einer Deutschordensopposition im Herzogtum Preußen, in: Von Akkon bis Wien. Studien zur Deutschordensgeschichte vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Festschrift zum 90. Geburtstag von Althochmeister P. Dr. Marian Tumler, hg. v. Udo Arnold (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 20), Marburg 1978, S. 158–176.

⁶ Vgl. Walther Hubatsch, Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Deutschordens-Hochmeister und Herzog in Preußen 1490–1568 (Studien zur Geschichte Preußens 8), Heidelberg 1960, S. 140.

Allerdings stellt sich erst dem heutigen Betrachter jene Endgültigkeit dar, für die Zeitgenossen sah das anders aus. Den Deutschen Orden haben die Vorgänge des Jahres 1525 zutiefst getroffen, und es folgten erhebliche Probleme und Anstrengungen, die innere Struktur des Ordens auf eine erneut tragfähige Grundlage zu stellen⁷. Das betraf das Außenverhältnis des Ordens zu Kaiser und Papst ebenso wie das Binnenverhältnis der verbliebenen zwei Zweige im Reich und in Livland⁸. Nachdem der Deutschmeister dies alles zu seinen Gunsten hatte abklären können, rückten die zwar schon früher erkennbaren, nun aber deutlich intensivierten Bestrebungen um die Rückgewinnung des Preußenlandes in den Vordergrund; sie sollten für die kommenden knapp drei Jahrhunderte einen roten Faden der Ordenspolitik darstellen, der je nach politischer Konstellation mit mehr oder weniger Energie verfolgt wurde⁹.

Verständlicherweise war im 16. Jahrhundert die Energie am größten, solange es Ordensbrüder gab, die sich der Vorgänge aus eigenem Erleben erinnern konnten. Auch schien in den Augen des den Orden führenden Deutschmeisters, der vom Kaiser die Administration des (als vakant geltenden) Hochmeistertums in Preußen übertragen erhalten hatte¹⁰, die Realisierung der Rekuperation durchaus realistisch, solange es den Orden in Livland noch gab. Der Verlust Livlands 1561/62 in teilweise ähnlichen Ergebnissen wie bei Preußen 1525 – der letzte Landmeister Gotthard Ketteler nahm den südlichen Teil des livländischen Ordensterritoriums als Herzogtum Kurland von Polen zu Lehen – erschütterte den Glauben an die Realisierung der Rekuperation zwar erheblich, führte aber nicht zur Aufgabe der Hoffnung als politischem Movens.

Ebenfalls aus heutiger Sicht ist man geneigt, jene Rekuperationsvorstellungen des Ordens als an der Realität vorbeigehende politische Traumtänzereien anzusehen, auch wenn manche politische Konstellationen ihnen durchaus entgegenkamen: die militärischen Erfolge der katholischen Partei in der Wittenberger Kapitulation nach der Schlacht von Mühlberg 1547 etwa, die den Schutzwall befreundeter protestantischer Territorien für das Herzogtum Preußen erheblich abbauten, oder die zwischenzeitlichen Erfolge des Hauses Habsburg im Streben nach der polnischen Königskrone für den damals schon als Koadjutor des Hochmeisters dem Deutschen Orden angehörenden Erzherzog Maximilian III. 1587/88¹¹. Daher stellt sich die Frage, ob die Bestrebungen des Ordens in

Preußen selber in ähnlicher Weise wie im Deutschen Orden als realisierbar betrachtet, also als konkrete Bedrohung empfunden wurden.

Von Herzog Albrecht ist bekannt, daß er zeitlebens Angst gehabt hat vor einem etwaigen militärischen Zugriff des Ordens auf sein Land¹²; daran änderte sich auch nichts, als der Orden 1561/62 sein livländisches Territorium verlor. Anfangs hatte Albrecht versucht, jener Bedrohung durch die unmittelbar auf den livländischen Landmeister Wolter von Plettenberg gerichtete Anregung, seinem eigenen Beispiel zu folgen, wie auch die Protektion für seinen jüngeren Bruder auf dem Stuhl des Erzbischofs von Riga aktiv in Livland selber die Spitze abzubrechen¹³. Später versuchte er, ein ähnliches Ergebnis über ein Bündnisystem mit anderen protestantischen Territorien zu erreichen. Sicher spielte bei Albrecht die Tatsache eine erhebliche Rolle, daß er in eigener Person den Schritt von 1525 vollzogen hatte, und daß sich das Bedrohungsgefühl auch nach 1561/62 bei ihm nicht änderte, wird man der mangelnden politischen Flexibilität und der immer weniger zu eigenständigem Handeln befähigten Herrschaftsführung des nunmehr über 70jährigen Herzogs zuschreiben dürfen. Jedenfalls scheint im Lande der Orden nicht als Bedrohung empfunden worden zu sein. So ist beispielsweise in den intensiven Auseinandersetzungen zwischen der Landesherrschaft und den Ständen in den 60er Jahren zwar sehr wohl das Kräftradreieck Landesherrschaft – Stände – Oberlehnsherrschaft der Krone Polen politisch wirksam gewesen¹⁴, doch auf den Gedanken etwa, gegenüber dem Herzog die Bedrohung durch den Orden als ständische Trumpfkarte auszuspielen, indem man Verbindung mit Mergentheim aufnahm, ist offensichtlich niemand gekommen. Nun mag man der Meinung sein, die Stände hätten dies nicht getan, weil sie den Orden auf keinen Fall als Landesherrn zurückhaben wollten, doch ist das Schweigen der Quellen wohl viel eher darauf zurückzuführen, daß die Stände – zumal nach 1561 – den im Reich doch weit von ihnen entfernten Orden im Gegensatz zu ihrem Landesherrn eben nicht mehr als Bedrohungsfaktor empfanden.

Auch nach dem Tode Albrechts 1568 und der Übernahme der vormundschaftlichen Regierung über den geistesgestörten Sohn Albrecht Friedrich durch den Ansbacher Vetter Georg Friedrich 1578 spielte der Deutsche Orden als Bedrohungsmoment für das Herzogtum Preußen offensichtlich keine Rolle¹⁵. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Ansbacher aus der unmittelbaren Nachbarschaft zur Ordensballei Franken und dem darin gelegenen Hochmeistersitz Mergentheim wie auch der Erfahrung aus

⁷ Vgl. Axel Herrmann, *Der Deutsche Orden unter Walter von Cronberg (1525–1543). Zur Politik und Struktur des „Teutschen Adels Spitale“ im Reformationszeitalter* (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 35), Bonn 1974.

⁸ Vgl. Udo Arnold, *Livland als Glied des Deutschen Ordens in der Epoche Wolters von Plettenberg*, in: Wolter von Plettenberg, der größte Ordensmeister Livlands, hg. v. Norbert Angermann (Schriftenreihe Nordost-Archiv 21), Lüneburg 1985, S. 23–45; Wiederabdruck in: *Deutsch-Baltische Landsmannschaft im Bundesgebiet. Darmstädter Vorträge 1986, Hannover 1987*, S. 7–25.

⁹ Vgl. Udo Arnold, *Mergentheim und Königsberg/Berlin – die Rekuperationsbemühungen des Deutschen Ordens auf Preußen*, in: *Württembergisch Franken* 60, 1976, S. 14–54.

¹⁰ Vgl. Bernhard Demel, *Der Deutsche Orden zwischen Bauernkrieg (1525) und Napoleon (1809)*, in: *Von Akkon bis Wien* (wie Anm. 5), S. 177–207.

¹¹ Vgl. Heinz Noflatscher, *Glaube, Reich und Dynastie. Maximilian der Deutschmeister (1558–1618)* (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens 11), Marburg 1987, S. 137–172.

¹² Vgl. Hubatsch (wie Anm. 6), S. 220–262.

¹³ Vgl. Hans Quednau, *Livland im politischen Willen Herzog Albrechts von Preußen. Ein Beitrag zur Geschichte des Herzogtums Preußen und des preußisch-livländischen Verhältnisses 1525–1540* (Deutschland und der Osten 12), Leipzig 1939.

¹⁴ Vgl. Udo Arnold, *Ständeherrschaft und Ständekonflikte im Herzogtum Preußen*, in: *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen*, hg. v. Peter Baumgart (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 55), Berlin 1983, S. 80–107.

¹⁵ Vgl. Jürgen Petersohn, *Fürstenmacht und Ständetum in Preußen während der Regierung Herzog Georg Friedrichs 1578–1603* (Marburger Ostforschungen 20), Würzburg 1963; Arnold, *Mergentheim* (wie Anm. 9), S. 27f.

der Zugehörigkeit Ansbachs wie des Hochmeisters zum Fränkischen Reichskreis die militärischen Möglichkeiten des Ordens sehr genau kannte, auch wenn dessen politischer Einfluß sicher größer war, als es der militärisch-finanziellen Basis entsprach.

Um so erstaunlicher ist ein Zeugnis aus dem Königlichen Preußen von 1591. In jenem Jahr legte der Thorner Bürgermeister Heinrich Stroband¹⁶ dem Rat der Stadt eine Denkschrift vor *Von befestigung der stadt Thorun*. Die ausführliche Denkschrift befaßt sich in zwanzig Kapiteln mit der zu erneuernden Stadtbefestigung, worauf es hier nicht näher einzugehen gilt. Sie ist keineswegs unbekannt gewesen, auch wenn sie jetzt erstmals vollständig ediert wurde¹⁷, sondern durchaus von der Thorner Stadtgeschichtsschreibung benutzt worden¹⁸. Nicht bekannt war jedoch ein Passus, der in unserem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit verdient. In seinem ersten Kapitel *Erhebliche ursachen, die uns bewegen sollen, auf bessere befestigung unsers vaterlandes unser gemut und vermögen zu wenden* führt Stroband als ersten Grund die Türkengefahr an. Seit der Beendigung des türkisch-persischen Krieges 1590 nahmen die Aktionen des Osmanischen Reiches auf dem Balkan wieder zu¹⁹, was offensichtlich auch in Thorn erhebliche Unruhe ausgelöst hatte. Da *dieser bluthundt und der christenheit erbfeinde gegen diese Crone* (Polen) schon *gegen* den mit vielen Festungen versehenen Donaustrom so gut vorwärts komme, um wieviel leichter dann *mit* der Weichsel – also weichselabwärts –, an der es keine Festung gebe, die den Feind auch nur eine Woche aufzuhalten vermöchte²⁰.

Bevor Stroband dann weitere Gefahren aufzählt, wobei er z. B. in religiöser Hinsicht alles andere als zimperlich in der Wortwahl ist (*Der Jhesuiter, dess teuffels spuer und jagdhunde*)²¹, steht bereits an zweiter Stelle der Argumentation folgender Passus:

*Zum anderen soll uns zu diesem nötigen werck aufmunteren die gefahr, so wir von anderen zugewarten. Denn damit ich anderer geschweige, so trachten die ordensbruder mit höchstem ernst darnach, wie sie uns wieder unter die dinstbarkeit und knechtschafft des schwarzen creutzes brechten. Wie solchs die acta und monumenta, under andern Sleidanus, bezeuget, ja auch bey konig Stephani löblicher meldung zeiten gefehrliche practiken vorhanden gewest und noch sein, diss landt unter das late joch zu bringen. Also das es abm starcken willen niemals gefehlet, wann nur bessere gelegenheit und vermögen darzu vorhanden*²².

¹⁶ Vgl. Ernst Bahr, Heinrich Stroband, in: *Altpreußische Biographie*, Bd. II, hg. v. Christian Krollmann, Kurt Forstreuter und Fritz Gause, Marburg 1967, S. 710; Henryk Rietz, Burmistrz Henryk Stroband (1548–1609), twórca Toruńskiego Gimnazjum Akademickiego [Bürgermeister Heinrich Stroband (1548–1609), Gründer des Thorner Akademischen Gymnasiums], in: *Księga pamiątkowa 400-lecia Toruńskiego Gimnazjum Akademickiego 1*, 1972, S. 12–39.

¹⁷ *Miscellanea źródłowe do historii kultury i sztuki Torunia* [Quellenmiscellaneen zur Kultur- und Kunstgeschichte Thorns], bearb. v. Bogusław Dybaś und Marek Farbiszewski (Źródła i materiały do dziejów sztuki polskiej 22), Breslau etc. 1989, Nr. 2.

¹⁸ Vgl. z. B. Julius Emil Wernicke, *Geschichte Thorns*, Bd. 2, Thorn 1842, S. 116f.

¹⁹ Vgl. Noflatscher (wie Anm. 11), S. 173.

²⁰ *Miscellanea*, S. 40f.

²¹ Ebd., S. 41.

²² Ebd.

Thorn war bereits 1454 aus dem Ordensstaat ausgeschieden. Auch wenn der Zweite Thorner Friede, der die Zugehörigkeit des Königlichen Preußen und damit Thorns zur Krone Polen vertraglich sicherte, nur vom Hochmeister geschlossen und vom Deutschmeister nie anerkannt worden war, so lag er doch fast doppelt so lange zurück wie der Krakauer Vertrag von 1525. Um so verwunderlicher ist es dann, daß Stroband das Moment der Bedrohung Thorns durch den Orden im Jahre 1591 unmittelbar hinter dem ganz aktuellen Türkenhinweis als Argument benutzt, auch auf dem Hintergrund, daß kein anderer Feind der Stadt beim Namen genannt wird. Türken und Deutscher Orden als einzig genannte, gleichberechtigte Feinde Thorns am Ausgang des 16. Jahrhunderts – eine ausgesprochen erstaunliche Sichtweise des Thorner Rats!

Denn als individuelle Fantasie des Bürgermeisters können wir sein Argument nicht abtun. Er schrieb schließlich kein privates Tagebuch, sondern eine Denkschrift, mit der er beim Rat etwas erreichen wollte. Das bedeutet, daß Stroband Argumente verwandte, bei denen er davon ausgehen konnte, bei seinen Adressaten auf Verständnis, Nachvollzug und Zustimmung rechnen zu können. Somit stellt sich der Hinweis auf die Bedrohung durch den Deutschen Orden als offensichtlich in der Stadt Thorn auf eine allgemein verbreitete Vorstellung stoßende Aussage dar.

Damit aber sehen wir Thorn wie den Orden offenbar in ähnlichen politischen Bahnen und Realisierungsvorstellungen denken, wenn auch natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen. Das stimmt nachdenklich, vor allem hinsichtlich des Gegensatzes zur gleichzeitigen Beurteilung des Ordens im Herzogtum Preußen. Dort regierte – zu der Zeit von Ansbach aus – Georg Friedrich als Kenner der Ordensrealität im Reich – sollte hier in Thorn bereits ein Mythos existieren, kaum daß der Orden aus dem Ostseeraum verschwunden war?

Zumindest scheint das Bewußtsein der engen Verbindung zwischen Thorn und Orden auch am Ende des 16. Jahrhunderts in der Stadt lebhaft vorhanden gewesen zu sein, wie Strobands Denkschrift zeigt, und bedurfte nicht erst einer konfessionsbezogenen Erneuerung am Anfang des 18. Jahrhunderts, wie sie sich bei dem polnischen Adeligen Jakub Kazimierz Rubinkowski ausgeprägt verfolgen läßt²³. Jedenfalls ist Strobands Argument eine beachtenswerte Aussage, auch wenn sie vom Ergebnis der Geschichte her genauso abwegig erscheint wie die Rekuperationsbemühungen des Deutschen Ordens.

²³ Vgl. Kazimierz Maliszewski, Jakub Kazimierz Rubinkowski (Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 81, 1), Warschau 1982.

Bemerkungen der preußischen Generale Karl Wilhelm Georg von Grolman und Karl Heinrich Ludwig von Borstell zu Verteidigungsmöglichkeiten der Provinzen Ost- und Westpreußen

Von Stefan Hartmann

In dem im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zu Berlin verwahrten Nachlaß des preußischen Heeresreformers Hermann von Boyen¹ liegen Denkschriften der Generale von Grolman und von Borstell aus den Jahren 1817 und 1818 vor, die sich mit der Verteidigung Ost- und Westpreußens im Falle eines russischen Angriffs befassen². Die darin vorgeschlagenen militärischen Maßnahmen verdeutlichen, daß seitens des preußischen Generalstabs nach den Befreiungskriegen ein Konflikt mit Rußland für möglich gehalten wurde, was um so erstaunlicher erscheint, als sich das russisch-preußische Bündnis in den Feldzügen gegen Napoleon bewährt hatte. Vor allem die ungünstigen Grenzverhältnisse im Osten hatten König Friedrich Wilhelm III. dazu veranlaßt, die Verteidigungsfähigkeit Ost- und Westpreußens überprüfen zu lassen³. Er beauftragte damit den General Karl von Grolman⁴, der nach 1807 an der Durchführung der preußischen Heeresreform beteiligt war und insbesondere als Reorganisator des Generalstabs bekannt wurde. Seine Ausführungen über die Beschaffenheit Ost- und Westpreußens in militärischer Sicht sollen im folgenden in ihren wichtigsten Punkten referiert werden⁵.

Ostpreußen, Litthauen und der rechts der Weichsel liegende Teil Westpreußens sind die bedrohtesten Distrikte des preußischen Staates, weil sie von der Nord-, Ost- und Südseite angegriffen werden können. Die wesentliche Verteidigung dieser Provinz muß sich immer auf Königsberg konzentrieren, weil sich dort die wichtigsten Hilfsmittel des ganzen Landes befinden. Zur Befestigung von Königsberg sind vor allem die Erhaltung und Verbesserung des vorhandenen Hauptwalles und auf dem rechten Pregelufer die Wiederherstellung der alten Lünette⁶ im Graben erforderlich. Der Teil der Stadt auf dem linken Pregelufer ist von Natur aus fest und benötigt außer dem Ausbau des Hauptwalles nur zwei Werke, das eine bei den Windmühlen und das andere bei dem Nassen Garten,

um den Damm nach dem Niederkrug zu beherrschen. Diese Befestigung kann ohne bedeutende Kosten und Zeitverlust ausgeführt werden, sofern man die jetzt schon vorhandenen Werke erhält.

Diese positive Einschätzung wurde von dem Generalinspekteur der preußischen Festungen, General Gustav Johann Georg von Rauch⁷, nicht geteilt. Er hielt die Hindernisse, die „sich einer Befestigung dieser weitläufigen Residenz- und Handelsstadt“ entgegenstellten, für unüberwindbar. Nach seinen Ermittlungen war Königsberg „größtenteils mit einem alten, elend construirten und noch elender profilirten Wall umgeben, welcher diesen Namen nicht einmal verdient, da es eigentlich nur ein die Stadt umgebender Damm ist“. Von den ehemaligen Festungsgräben seien nur noch Spuren vorhanden, und das als Zitadelle dienende Fort Friedrichsburg biete einen traurigen Anblick. Außerdem sei der als Hauptwasserreservoir dienende Oberteich völlig unzureichend. Die Wiederherstellung der verfallenen Befestigungsanlagen genüge nicht, sondern müsse durch die Anlage von neun Hauptforts und acht bis zehn Feldschanzen ergänzt werden, was bei einer Fortifikation im Umfang von 2½ Deutschen Meilen⁸ ungeheure Kosten erfordere, wozu der Staat nicht imstande sei. Aber auch dann dürfte es nicht möglich sein, die Stadt vor den Folgen eines Bombardements zu schützen⁹.

In Grolmans Denkschrift wird dagegen der Offenhaltung der Verbindung Königsbergs nach Pillau und der Nehrung größere Bedeutung beigemessen. Sie wird vor allem durch eine Flottille auf dem Haff bewirkt, die auch Danzig und die Niederungen decken kann. Die reguläre Armee soll sich in Insterburg konzentrieren, während der Landsturm in den Wäldern an der Memel und in der Ragnitschen Heide postiert wird. Von Insterburg aus kann der in der Provinz Preußen kommandierende General leicht seine Truppen gegen die feindlichen Kolonnen, die die Memel passiert haben, dirigieren. Wenn das nicht gelingt, muß die preußische Armee nach Wehlau und Tapiau zurückgehen und dabei immer wieder versuchen, die Offensive zu ergreifen. Dem Landsturm kommt die Aufgabe zu, den Feind im Rücken anzugreifen und ihn von seinen Verbindungslinien abzuschneiden. Das vom Pregel, der Deime, den Haffs und dem Meere umschlossene Samland ist ein sowohl für die Defensive als die Offensive geeignetes Terrain. Eine geschlagene Armee findet im Lager von Lochstädt, dessen Wiederherstellung erforderlich ist, eine unangreifbare Position vor, von wo sie, unterstützt durch eine Flottille auf dem Haff, wieder zum Angriff vorgehen kann.

Ein wesentliches Mittel, um dem Feind das Vordringen in einem Land zu erschweren, ist die Sperrung der Wasserverbindungen auf dem Meer und auf den Flüssen. In Ostpreußen kann man auf zwei Wasserwegen ins Innere der Provinz und bis Königsberg vordringen: 1. von Memel durch das Haff, die Deime und den Pregel nach Königsberg, 2. auf der Memel durch die Gilge, die beiden Friedrichgräben, die Deime und den Pregel nach Königsberg. Beide Wege vereinigen sich bei Labiau. Der Wiederaufbau der Festung Memel ist nur bei einem sofortigen offensiven Vorgehen der Preußen anzuraten. Besser

⁷ Gustav Johann Georg von Rauch (1774–1841), preuß. General.

⁸ 1 Deutsche Meile = 7.532 m.

⁹ GStAPK, I. HA Rep. 92 „Nachlaß Boyen“, Nr. 332, 17. 8. 1818.

¹ Zu Leopold Gottlieb Hermann von Boyen (1771–1848) vgl. F. Meinecke: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen, Bd. 1/2, Stuttgart 1896–1899.

² Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (abgek. GStAPK), I. HA Rep. 92 „Nachlaß Boyen“, Nr. 331, 332.

³ E. v. Conrady: Leben und Wirken des Generals der Infanterie Carl von Grolman, T. 3, Berlin 1896, S. 36.

⁴ Zu Karl Wilhelm Georg von Grolman (1777–1843) vgl. auch ADB 9 (1879), S. 714–716, und NDB 7 (1966), S. 123–125.

⁵ GStAPK, I. HA Rep. 92 „Nachlaß Boyen“, Nr. 331, 22. 5. 1817: „Über die Vertheidigung der Länder vom rechten Ufer der Elbe bis zur Memel“.

⁶ Bei der „Lünette“ handelt es sich um die Grundrißform einer offen oder halbgeschlossenen Deckung, die vier Linien und drei ausspringende Winkel enthält.

ist die Anlage eines Montalembertschen Turms¹⁰ auf der äußersten Nehrungsspitze, der nicht nur den Eingang zum Haff sperrt, sondern auch die Stadt vor einem Bombardement von der Seeseite her schützt. Beim Ausbruch eines Krieges müssen alle Seeschiffe aus Memel nach Pillau oder Danzig und alle Haff- und Flußschiffe aus dem Memel und Gilgestrom nach Labiau gebracht werden. Zur Sperrung der Memel ist vor allem das Schloß von Ragnit geeignet, das mit seinen neun bis zehn Fuß dicken Mauern „einen der größten und schönsten Montalembertschen Thürme“ darstellt. Es bedarf nur innerer veränderter Einrichtung und Balkendecken, um es „bombenfrei“ zu machen, sowie einer Besatzung von 200–300 Mann und 30 eiserner Kanonen, um diese Verteidigungsfunktion zu erfüllen. Eine entsprechende Aufgabe kommt auch dem Schloß Labiau zu, das „schon jetzt, wenn man beide Zugbrücken aufzieht, eine vollständige Festung“ ist. Dieser wichtige Punkt kann leicht in einen „vollkommenen Vertheidigungszustand“ versetzt werden. „Er muß nur gegen die Zerstörungssucht gesichert werden, der so vielen wichtigen Anlagen des Deutschen Ordens schon den Untergang gebracht hat“.

Der südliche Teil Ostpreußens ist wegen seiner vielen Seen und ausgedehnten Waldungen besonders gut zur Landesverteidigung geeignet. Hier empfehlen sich die Schlösser von Lyck und Neidenburg sowie die Stadt Lötzen als Verteidigungsstellungen. Bei Pillau muß das in Hufeisenform angelegte Festungswerk ausgebaut werden. Die Pillau gegenüberliegende Nehrungsspitze muß gleichfalls befestigt werden, weil die dort von den Franzosen angelegten Verschanzungen ganz verfallen sind. Besonders vordringlich ist die Wiederherstellung der Straße über die Frische Nehrung nach den Niederungen und Danzig. Von der Sicherung dieser Straße hängt die Verteidigung Ostpreußens ab, weil die Verbindung nach der Weichsel offenbleiben muß. Die Weichsel selbst ist durch die Festungen Danzig, Graudenz, Thorn und Marienburg hinlänglich gesichert. „Thorn ist nach der jetzigen Lage des Staates der wichtigste und zugleich bedrohteste Ort; es ist der einzige Punkt, der beim Ausbruch des Krieges sogleich einer regelmäßigen Belagerung ausgesetzt ist“. Zum raschen Ausbau der Festung Thorn sind folgende Maßnahmen erforderlich: 1. Vollständige Aufführung des Hauptwalls und Grabens. Letzterer muß mit Wasser gefüllt werden, wozu die Copernicanische Wasserleitung als Hilfsmittel dienen kann. 2. Anlage von Festungswerken auf dem Jakobs- und Beckersberg sowie auf der Mockerhöhe. 3. Vollendung des Brückenkopfes auf dem linken Weichselufer.

Wenn man mit diesem Ausbau die Errichtung eines Turms „auf der Insel in der Weichsel“ verbindet und bombensichere Gebäude zur Unterbringung der Besatzung und der Vorräte anlegt, kann Thorn eine Festung 1. Ranges werden.

Außerdem empfiehlt Grolman die Wiederherstellung einer „stehenden Pfahlbrücke“ bei Thorn, weil dort der einzige Punkt an der Weichsel ist, wo man den Fluß zu jeder Jahreszeit passieren kann. Auch hinsichtlich des Handels ist diese Stadt von großer Bedeutung, weil dort „der ganze Getreidehandel des sehr fruchtbaren Cujaviens betrieben wird, der nun aus Mangel einer festen Verbindung anfängt, sich fortzuziehen, wodurch

¹⁰ Benannt nach Marc René Marquis de Montalembert (1714–1800), dem Erfinder der niedrigen Rahmenlafetten. Er hat seine Ansichten in dem Werk „La fortification perpendiculaire“ dargestellt.

es dieser ganz deutschen, wohlgesinnten Stadt unmöglich wird, sich von den mannigfaltigen Drangsalen und Unglücksfällen zu erholen“.

Die Graudenzener Festungswerke bedürfen zwar keiner Vermehrung, die Vollendung des Brückenkopfes und der Weichselinsel „nebst einer Chaussee von Gruppe¹¹ durch die Niederung ist aber nothwendig, um diese Festung zu vervollständigen“. Die verschiedenen Nachteile dieses Platzes sind durch die „Gründe und Schluchten“ bedingt, wodurch sich der Feind ungesehen bis nahe an die Festung heranschleichen und verschanzen kann. Dieser Mangel kann durch die Anlage von vorgeschobenen Feldverschanzungen auf den wichtigsten Punkten behoben werden. Dabei ist zu bedauern, daß das alte Schloß über der Stadt Graudenz ganz abgerissen worden ist. Auf jeden Fall müssen die noch vorhandenen Trümmer erhalten werden.

Danzig erhält seine strategische Wichtigkeit erst in Verbindung mit Marienburg, das „als Brückenkopf angesehen werden muß, um auf dem rechten Weichsel- und Nogatufer festen Fuß zu behalten“. Bei Marienburg ist es wichtig, den vorhandenen Wall und Graben auszubauen und durch zweckmäßig angelegte Feldverschanzungen die wesentlichen Punkte der langen Vorstädte zu decken und zu behaupten. „Das Schloß in Marienburg bietet nicht allein vortrefflichen Raum für Menschen und Vorräte, sondern ist auch eine starke Citadelle, die an und für sich einer langen Vertheidigung fähig ist“. Der umgehende Ausbau Marienburgs zur Festung ist nötig, „weil sonst die Werke, die von den Franzosen in ziemlich guten Stand gesetzt sind, allmählich verfallen und von den Einwohnern muthwillig zerstört werden, wie es schon geschehen ist“.

Danzig ist „durch seine natürliche Lage, seine früheren Befestigungen und durch die Verbesserungen der Franzosen eine sehr starke Festung“. Verstärkt werden müssen folgende Positionen: 1. Neufahrwasser, 2. die Verbindung von Danzig mit Weichselmünde und Neufahrwasser, 3. die Höhen vor dem Hagels- und Bischofsberg.

Die Franzosen haben wenig Wert auf den Hafen von Danzig und Neufahrwasser gelegt, weil sie sich „nicht in der Lage befanden, jemals Hülfe von der Seeseite zu erhalten“. Der Ausbau der dortigen Verschanzungen ist daher erforderlich. Dagegen haben die Franzosen eine überflüssige Menge von Werken auf dem Holm angelegt, was keine strategische Bedeutung mehr hat. Wichtiger ist nach Grolman die Errichtung von Werken auf dem linken Weichselufer, um die Verbindung zwischen der Stadt und Weichselmünde zu sichern. Dadurch können die Besatzungen der entlegenen Forts die notwendige Dekung erhalten.

Erforderlich ist außerdem der Ausbau der von den Franzosen errichteten Werke vor dem Hagels- sowie vor dem äußersten linken Flügel des Bischofsberges, wo der Hauptangriff im Jahre 1813 erfolgt ist. Grolman spricht sich im folgenden gegen eine Verstärkung des Minensystems aus. „Ein Minensystem um eine ganze Festung ist äußerst kostspielig, und bei einer Belagerung bleiben immer fünf Sechstel der Minengänge ungenutzt. Ein einzelnes Werk aber, was der Feind durchaus nehmen muß und was ein gutes Minensystem hat, wird denselben Widerstand leisten wie die Minen einer ganzen Festung und vielleicht den 10. Theil nur kosten“. Die Errichtung von Werken auf dem

¹¹ Dabei handelt es sich um Gruppe (Kr. Schwetz).

linken Flügel vor dem Bischofsberg über dem ehemaligen Jesuitenkollegium sowie bei Zigankendorf und auf dem äußersten rechten Flügel wird daher für ausreichend gehalten. Nötig ist außerdem die Anlage von bombensicheren Wohn- und Vorratsgebäuden sowie von Defensionskasernen vor allem im Fort Kronprinz, wo auch der Wall und die Brustwehr verstärkt werden müssen.

Ein Jahr später befaßte sich der kommandierende General in Königsberg, Karl Heinrich Ludwig von Borstell¹², mit der Verteidigung Ost- und Westpreußens gegen einen russischen Angriff. In einer diesbezüglichen Denkschrift äußerte er sich folgendermaßen¹³:

Gegen die Angriffe von der See her sind die unfruchtbaren und zu einer Landung nicht geeigneten Nehrungen als Schutzwehr zu gebrauchen. Von den wirklichen Hafentplätzen kann nur Memel als der einzige nicht wirksam befestigte Besorgnis erregen. Dieser „schwer zu schützende Endpunkt der Monarchie liegt für Preußen um so nachtheiliger, je vortheilhafter er sich zu einem großen Waffenplatz für Rußland eignet“. Von hier aus kann der Feind eine Operation gegen Königsberg unternehmen und das Samland von seiner Verbindung mit dem Kurischen Haff abschneiden. Der Fall Königsbergs, der den Russen ganz Preußen bis an die Weichsel überliefern würde, kann durch den Ausbau Memels zu einer starken Festung verhindert werden. Gegenwärtig ist nur der kleinere Teil dieser Stadt befestigt und mit der Zitadelle verbunden. Die meisten Abschnitte verfügen lediglich über verfallene Erdschanzen, die zur Verteidigung ungeeignet sind.

Falls Rußland, ohne durch Österreich behindert zu werden, seine ganze Macht gegen die preußische Monarchie wendet, wird die Hauptstoßrichtung immer von Polen aus „wie von einer in die Hufeisenform der östlichen Hälfte unseres Staates vorgeschobenen natürlichen Bastion“ erfolgen. Die Stärke der feindlichen Truppen wird auf etwa 120.000 Mann veranschlagt, wobei die Kosaken unberücksichtigt bleiben. Nach Borstells Annahme werden die ersten Ziele des Gegners die Festung Thorn – „nicht mit Unrecht vor alters das Thor von Preußen genannt“ – sowie Memel und Königsberg sein. Mit drei Korps könnten die Russen in Ost- und Westpreußen eindringen, und zwar 1. von Warschau mit 60.000 Mann in Richtung Thorn und Graudenz, 2. von Wilna mit 40.000 Mann über Kowno nach Königsberg, 3. von Mitau mit 20.000 Mann über Memel, Tilsit und Labiau nach Königsberg.

Preußischerseits sind als Gegenmaßnahmen die zweckmäßige Aufstellung der vorhandenen Truppen und unter Ausnutzung des Terrains die Anlage von Festungen und Verschanzungen erforderlich. Als Verteidigungslinie kommen die Gewässer vom Spirdingsee bis zur Deime und zum Pregel und weiter bis zum Kurischen Haff in Betracht, wobei sich die Anlage von Befestigungen in Schimonken, Grünwalde, Nikolaiken und Lötzen als nützlich erweist. Die größte Bedeutung kommt hier Lötzen zu, wo ein mit etwa 2.400

Mann zu besetzendes Fort errichtet werden muß. Besonderes Augenmerk muß auf die solide Befestigung von Memel und Thorn sowie auf die Anlage eines zentralen Waffenplatzes in Ostpreußen gerichtet werden, wozu sich Königsberg wegen seiner reichen Hilfsquellen und seiner beherrschenden Lage an den von Rußland nach der Weichsel führenden Kunststraßen gut geeignet. Solange im Frieden nicht der Ausbau der Königsberger Fortifikation abgeschlossen ist, müssen beim plötzlichen Ausbruch eines Krieges wenigstens die vorhandenen Werke in einen möglichst haltbaren Zustand versetzt werden.

Zur Deckung des Samlandes rechts vom Pregel und links von der Deime ist die Befestigung von Tapiaw und Labiau erforderlich. Ein zentraler Gesichtspunkt ist die Sperrung der Einfahrt in das Frische und Kurische Haff. Diese Aufgabe kann am Frischen Haff die Festung Pillau erfüllen, wobei etwa vier mit je sechs Geschützen bestückte Fahrzeuge die Deckung in den Flanken übernehmen können. Dagegen sind zur Sicherung der Einfahrt in das Kurische Haff neue Anlagen zu errichten. Die Zitadelle in Memel, die ursprünglich diese Bestimmung hatte, ist dafür zu klein. Am zweckmäßigsten erscheint hier die Aufführung von zwei neuen Werken an der Nehrungsspitze. Auch die Aufwerfung einer Schanze im Teilungswinkel von Gilge und Ruß dürfte sich empfehlen. Darüber hinaus hält Borstell die Befestigung von Wehlau für dringlich, um den Rückzug eines nach Insterburg vorgegangenen Korps zu sichern. Auch die Fortifikationen von Marienburg und Dirschau müssen wiederhergestellt und das zwischen zwei Seen liegende Gilgenburg zu einer Festung erhoben werden.

Auf die erste Nachricht eines feindlichen Einfalls hin sollen folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. Die Landwehr ersten Aufgebots wird vollständig einberufen.
2. Die Feldregimenter werden durch die Einziehung der zur Kriegsreserve entlassenen Mannschaften ergänzt.
3. Die Feldartillerie im Bereich des Generalkommandos wird bespannt und mobil gemacht.
4. Die für die Bedeckung der Haffeinfahrt bei Pillau bestimmten Fahrzeuge werden armiert und bemannt.
5. Die Garnisonbataillone werden unter Heranziehung der Halbinvaliden auf den Stand von je 1.000 Mann gebracht.
6. Zur Beschaffung der notwendigen Ergänzungsmannschaften werden die nötigen Schritte eingeleitet.
7. Die Truppen des stehenden Heeres und der Landwehr werden unter dem Vorwand größerer Übungen zu Armeekorps zusammengezogen, und zwar:
 - a) für Ostpreußen bei Insterburg und Rastenburg, welche sich gegebenenfalls auf Wehlau konzentrieren.
 - b) für Westpreußen bei Deutsch Eylau und Bischofswerder im Hinblick auf eine Deckung von Graudenz.
8. Thorn, Graudenz, Memel und Königsberg werden in Verteidigungszustand versetzt. Bei Graudenz soll eine Brücke über die Weichsel geschlagen werden.
9. Alle Vorräte in Königsberg, Elbing, Braunsberg und Pillau werden erfaßt und unter

¹² Zu Karl Heinrich Ludwig von Borstell (1773–1848), preuß. General, vgl. ADB 3 (1876), S. 181–183, und NDB 2 (1955), S. 478.

¹³ GStAPK, I. HA Rep. 92 „Nachlaß Boyen“, Nr. 332, 8. 1. 1818: „Über die von dem General-Kommando von Preußen für unerwartete Fälle zu treffenden Anordnungen“.

militärische Kontrolle gestellt. Die überflüssigen Vorräte in Memel werden von dort nach Königsberg geschafft.

10. In Tapiau und Labiau sollen Magazine für 18–20.000 Mann und 4.000 Pferde angelegt werden, Königsberg muß im Fall seiner gänzlichen Einschließung mit Lebensmitteln für 60.000 Mann, berechnet auf ein Jahr, versorgt werden.

11. In Königsberg und Danzig müssen Feldlazarette etabliert werden.

12. Die Landwehr zweiten Aufgebots wird in Bataillone zusammengezogen.

13. In den Grenzdistrikten muß der Landsturm zeitig organisiert werden, um ein Vordringen der Kosaken zu verhindern.

14. Durch öffentliche Bekanntmachungen sollen Freiwillige zu den Waffen gerufen werden.

15. In Pillau, Danzig und Graudenz sollen wichtige Dokumente und Preziosen von Privatleuten deponiert werden.

16. Die Regierung von Gumbinnen verlegt ihren Sitz nach Königsberg, die von Marienwerder nach Danzig.

17. Die Mutterstuten und Fohlen werden aus dem Trakehner Hauptgestüt auf das linke Weichselufer geschafft.

18. Kundschafter sollen das Generalkommando über die Bewegungen des Feindes unterrichten.

19. Alle Forstbedienten und waffenfähigen Postbeamten werden zu den Fahnen gerufen.

20. Das Garde-Landwehr-Bataillon formiert sich in Elbing und wird zur weiteren Disposition nach Bromberg dirigiert.

21. Das bei Wehlau konzentrierte Ostpreußische Korps zieht sich nötigenfalls zur Verteidigung Königsbergs und des verschanzten Lagers im Samland zurück.

22. Ohne sich auf Schlachten einzulassen, sind die Befehlshaber des in Ost- und Westpreußen aufgestellten Armeekorps gehalten, den Feind bis zu einem glücklich erfochtenen Sieg der Hauptarmee an der Warthe und dem Narew hinzuhalten.

Borstell fügte seinem Bericht eine Aufstellung des Bedarfs an Mannschaften und Waffen zu einer ausreichenden Verteidigung von Ost- und Westpreußen bei¹⁴. Seiner Berechnung nach entfielen auf die Linientruppen 15.800, die Garnisonbataillone 6.000, die Landwehr ersten und zweiten Aufgebots jeweils 25.740, die Artillerie 5.913 und die Pionierkompanien 1.013 Mann. Der Gesamtbedarf wurde auf 80.206 Mann beziffert, wozu noch 7.624 Pferde kamen. Alle Infanterieeinheiten konnten mit brauchbaren Gewehren versehen werden. Es ergab sich sogar noch ein Überschuß von etwa 6.000 Gewehren in den Depots. An mobiler Artillerie befanden sich im Bezirk des Generalkommandos 3 zwölfpfündige Batterien, 5 sechspfündige Fußbatterien, 3 sechspfündige reitende Batterien und 1 siebenpfündige Haubitzbatterie. Die dort liegenden Festungen waren folgendermaßen armiert: Danzig 524 Stücke, Graudenz 268 Stücke, Thorn 117 Stücke, Pillau 113 Stücke. Die nachstehende Liste gibt über die Verteilung der Truppen Aufschluß:

1. In den festen Plätzen

Danzig	7.710 Mann
Dirschau	1.296 Mann
Marienburg	1.430 Mann
Graudenz	6.546 Mann
Thorn	6.616 Mann
Königsberg	6.748 Mann
Tapiau	1.430 Mann
Wehlau	1.430 Mann
Schanzenkrug	1.296 Mann
Memel	1.000 Mann
Memel gegenüber	1.430 Mann
Pillau	2.808 Mann
Labiau	134 Mann

Daraus ergibt sich, daß Danzig über die stärkste Besetzung verfügte, dicht gefolgt von Königsberg, Thorn und Graudenz. Demgegenüber waren die anderen Plätze erheblich schwächer besetzt.

2. Mobile Korps

Ostpreußen	a) bei Insterburg	15.128 Mann
	b) bei Rastenburg	8.085 Mann
Westpreußen	a) bei Bischofswerder	13.061 Mann
	b) bei Thorn	2.368 Mann

Ein Vergleich der Denkschriften Grolmans und Borstells läßt zahlreiche Parallelen erkennen. Beide hielten die Sicherung Königsbergs und den Ausbau der Festungen Thorn, Graudenz, Marienburg und Danzig für erforderlich. Im Innern des Landes maßten sie Wehlau, Tapiau, Labiau und Lötzen größere Bedeutung bei. Geringer wurde dagegen der Wert von Memel veranschlagt, dessen Festungswerke zumeist verfallen waren. Die Wasserverbindungen in Ostpreußen boten dem Feind leichte Einfallsmöglichkeiten in das Innere der Provinz. Hier bot sich der Ausbau der vorhandenen festen Schlösser zu modernen Festungen an. Eine Schlüsselstellung nahmen die Befestigungsanlagen am Frischen und Kurischen Haff ein, weil hier Landungen des Gegners erfolgen konnten. Neben der Verbesserung der Fortifikationen wurde die Armierung von Schiffen zur Abwehr feindlicher Angriffe für zweckmäßig gehalten. Einig waren sich beide Gutachter in dem Erfordernis einer Brücke über die Weichsel bei Graudenz oder Thorn, um die Verbindung nach außen und damit zu der an der Warthe operierenden Hauptarmee aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu Rauch hielten Grolman und Borstell die Verteidigungsanlagen von Königsberg – abgesehen von einigen Modernisierungen – in Friedenszeiten für ausreichend. Beide rechneten damit, daß ein russischer Angriff von Polen oder

¹⁴ Ebenda, Anlage.

Litauen bzw. Kurland erfolgen würde. Angesichts der Zahl der Angreifer glaubte man nicht, sich auf die regulären Linientruppen beschränken zu können, und bezog die Landwehr und den Landsturm in die Planungen ein.

Aufschlußreich ist, daß Grolman und Borstell bereits unmittelbar nach den Befreiungskriegen ein Verteidigungskonzept entwarfen, das 100 Jahre später bei dem Einfall der Russen in Ostpreußen unter gewissen Abwandlungen wieder aufgegriffen wurde. Wie schon von Grolman und Borstell vorhergesehen, erfolgte 1914 der Einmarsch der Russen in den von ihnen genannten Stoßrichtungen. Ihre Ausführungen gewinnen daher für den Militärhistoriker besonderen Wert.

Buchbesprechungen

Deutschland – Livland – Rußland. Ihre Beziehungen vom 15. bis zum 17. Jahrhundert. Beiträge aus dem Historischen Seminar der Universität Hamburg, hg. v. Norbert Angermann. Lüneburg, Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk, 1988. 204 S., Pappbd., ungezählte Abb., DM 30,—.

Die Beiträge stammen von fortgeschrittenen Studierenden der Universität Hamburg, wo bereits in längerer Tradition, heute vom Herausgeber, Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Baltikums angeboten werden; es ist einer der wenigen Orte außerhalb der baltischen Staaten, an denen solches geschieht. Staatsexamensarbeiten, Magisterarbeiten oder entstehende Dissertationen sind der Ausgangspunkt der Beiträge zur Geschichte des „deutsch-baltisch-russischen Beziehungsgeflechts“, so daß zu hoffen steht, den einen oder anderen Aufsatz in erweiterter Form in einigen Jahren lesen zu können. Das wäre sehr erfreulich, denn die Arbeiten sind ausnahmslos gut.

Gertrud Pickhan behandelt Pleskau und Livland im 15. Jahrhundert. Sie zeigt neben den unmittelbaren Bezügen das Umfeld auf, daß durch den 1398 zwischen dem Hochmeister in Preußen und Witold von Litauen geschlossenen Frieden von Sallinwerder die Hinwendung Pleskaus zu Moskau bewirkt und eine folgenschwere Entwicklung damit eingeleitet wurde. Die 1410 in Tannenberg gebrochene Stärke des Ordens hatte aber auch Auswirkungen auf Livland: Pleskau näherte sich dem dortigen Orden aus Angst vor Litauen. Der Druck Moskaus führte jedoch in der Jahrhundertmitte zur Verbindung Pleskaus mit Novgorod: Beide versuchten gemeinsam, sich zwischen Moskau und dem Orden in Livland zu behaupten, bis kurz darauf die Einbindung Pleskaus in die Moskauer Machtsphäre besiegelt war.

Dieses eine Beispiel mag stellvertretend zeigen, daß die preußische Entwicklung in einem Gesamtkonnex in Ostmitteleuropa zu sehen ist, in dem die angesprochenen livländischen Verhältnisse nur scheinbar am Rande liegen. Das wird noch deutlicher bei Bernhard Dircks, Der Krieg des Deutschen Ordens gegen Novgorod 1443–1448. Er schildert dabei einen weitgehend unbekanntem Vorgang und sieht in ihm „einen der undurchsichtigsten livländisch-russischen Waffengänge hinsichtlich seiner Entstehung, wohl einen der sinnlosesten in der Zielsetzung ... und vielleicht einen der dilettantischsten in der Durchführung“ (S. 29).

Elke Wimmer fragt, ob Livland ein Problem der habsburgisch-russischen Beziehungen zur Zeit Kaiser Maximilians I. gewesen sei. Dabei zeigt sie ein beeindruckendes gesamteuropäisches Szenarium auf, das vor allem auch das zwiespältige Verhältnis Maximilians zum Orden in Preußen anspricht, bis hin zum Angebot des Hochmeisteramtes an Polen 1491. Sie macht deutlich, daß der Deutsche Orden „allezeit ein Spielstein Maximilians blieb“ (S. 65). Sie bringt im übrigen beachtenswerte Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Orden und Reich im 13. Jahrhundert (ausgehend von Pitz) sowie zur Plettenberg-Zeit bei, die für Preußen nicht uninteressant sind.

Andreas Flöttmann beschreibt den Revaler Rußlandhandel von 1509 bis 1558, während seiner Hochblüte also; sein Beitrag ist von gesamthansischem Interesse und berührt Preußen nicht. Letz-

teres gilt auch für Ursula Renner, Herzog Magnus von Holstein als Vasall des Zaren Ivan Grozny, und Sven Tode, Zu den Livlandbeziehungen Herzog Adolfs von Schleswig-Holstein-Gottorf, sowie Lutz Spelge, Das Rußlandbild der livländischen Chroniken des 17. Jahrhunderts. Gemeinsam ist allen Beteiligten das ernsthafte Bemühen, sich Fragestellungen zu widmen, die bislang wenig beachtet wurden, intensive Quellenarbeit erfordern, aber auch neue Ergebnisse versprechen. Allen sei für diesen lesenswerten Sammelband gedankt.

Udo Arnold

Hedwig von Löbhöfel: Tharau liegt woanders. Ein Lied, ein Dorf und seine Menschen. Düsseldorf, Droste Verlag 1986. 247 S.

Mit diesem Buch voller Erinnerungen – sowohl der eigenen als auch von Zeitzeugen – unternimmt die Verfasserin den Versuch, einen Beitrag zu leisten, ihre ferne ostpreußische Heimat vor dem Vergessen zu bewahren. Sie knüpft an das Schicksal der Pfarrerstochter Anna Neander aus Tharau an, zu deren Vermählung vor mehr als 350 Jahren mit dem Pfarrer Hans Portatius der Dichter Simon Dach das auch noch heute gern gesungene Hochzeitslied schrieb. Das dörfliche Leben in Tharau, diesem kleinen Dorf südlich von Königsberg, wird mit vielen Einzelheiten liebevoll geschildert. Photographien, die um die Jahrhundertwende entstanden, ergänzen die Erzählungen aus einer vergangenen Zeit.

Das Buch ist von sehr ansprechender äußerer Aufmachung. Die Gegenüberstellung von Ereignissen der Landesgeschichte mit denen in Tharau hinsichtlich Besiedelung, Wirtschaft, Besitzer des Gutes, der Bauwerke und seiner wohl berühmtesten Einwohnerin, nämlich dem Ännchen, auf den Seiten 112–113 ist hervorzuheben, ebenso auch der auf S. 114 beigegebene Stammbaum der Nachkommen von Anna Neander und Hans Portatius, die zu dem allseits bekannten Dichter, Schriftsteller und Juristen E. T. A. Hoffmann führen. Die Erläuterungen zu einigen mundartlichen ostpreußischen Begriffen auf den Seiten 246–247 sind dem modernen Leser sicher nützlich. Die Auswahl und Zusammenstellung der „sonstigen Erläuterungen“ mutet eher zufällig an.

Die Verfasserin hat selbst in Tharau gelebt und das Gut in den Jahren 1935–1945 bewirtschaftet. Sie entstammt einer künstlerisch begabten Familie. Ihre Mutter Erminia von Olfers-Batocki schrieb Gedichte und Erzählungen, größtenteils in ostpreußischer Mundart. Margarete und Sybille von Olfers, die Schwestern ihres Vaters, sind durch ihre Kinderbücher bekannt geworden und geblieben.

Christel Wegeleben

Mann, Bernhard: Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918. Düsseldorf: Droste Verlag, 1988, 651 S. (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd 3; hrsg. von Hans Booms u. Rudolf Morsey).

Vor mehr als zehn Jahren beabsichtigte der Tübinger Historiker Bernhard Mann, eine Geschichte des Pr. Abgeordnetenhauses zu schreiben, und begann Daten von Mitgliedern dieses Parlaments für die Zeit zwischen 1867 und 1918 zu verzetteln, um sich „einen notdürftigen Ersatz für das fehlende Handbuch“ zu verschaffen; einen Ausgangspunkt hierfür bot: „Lauter, Franz: Preußens Volksvertretung in der Zweiten Kammer und im Hause der Abgeordneten vom Februar 1849 bis Mai 1877. Berlin 1877.“ Aus dieser Zettelkartei heraus entwickelte sich jedoch mit Hilfe einer Reihe von Mitarbeitern (Martin Doerry, Cornelia Rauh u. Thomas Kühne) die vorliegende Veröffentlichung, unterstützt durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Nach Vorwort (S. 5–7) und Einleitung (S. 11–41) beginnt die alphabetische Aufführung der 2659 (!) Abgeordneten; dem Namen und Vornamen folgen Geburts- und Todesdaten, Beruf oder Titel, die Nummern der Legislaturperioden (die S. 497 zeitlich aufgeschlüsselt werden), der Wahlkreis und schließlich sehr kurze Lebensläufe in Stichworten. Bei Personen, die bereits vor 1867 dem Parlament angehört hatten, werden die dazugehörigen Perioden und Wahlkreise mit der bei F. Lauter verzeichneten Nummer (z. B.: „L21“) dem nunmehrigen Wahlkreis (in Kursiv) vorgesetzt. Den Kurzbiographien folgen Aufstellungen der Präsidenten, Vizepräsidenten und Vorsitzenden der ständigen Kommissionen (S. 435f.),

sodann die der Fraktionen und ihrer Mitglieder (S. 437–455), danach die derjenigen Abgeordneten, die darüber hinaus dem Reichstage (S. 456–460) oder dem Herrenhaus (S. 461) angehörten. Ein Ortsregister (S. 463–496) schließt diesen biographischen Teil ab.

In einem zweiten Teil folgt die Aufführung der Abgeordneten nach Wahlkreisen, um aufzuzeigen, in welcher Folge die Parlamentarier standen; bei „Einerwahlkreisen“ ist das kein Problem, bei „Zweier- oder Dreierwahlkreisen“ werden zunächst der erste Abgeordnete mit allen seinen Nachfolgern, darauf der zweite oder dritte in der gleichen Weise gebracht. Problematisch ist allerdings die Durchzählung der Wahlkreise (1–285), da eine solche Zählweise nicht historisch ist, denn es gab nur eine festgelegte Reihenfolge der Provinzen und Regierungsbezirke; diese Tatsache machte ein Verzeichnis der Wahlbezirke (S. 646f.) sowie der Land- und Stadtkreise erforderlich (S. 648–651).

B. Mann übt einige Selbstkritik: Wenn das Handbuch „nicht so gut geworden“, so sei es allein seine Entscheidung gewesen, daraus „Kein ‚Lebenswerk‘“ werden zu lassen (S. 6); auch sei „die Arbeit zu weit fortgeschritten“ gewesen, um „sie von Grund auf neu und richtig zu machen“ (S. 5). Mann schreibt: „Auskunft über die Quellen ist das Mindeste, was Historiker von Historikern verlangen dürfen“ (S. 11); dieser Forderung kann nur zugestimmt werden, um so betrüblicher aber ist es, daß der Tübinger Historiker dieser eigenen Erkenntnis nicht nachkam, denn es ist wirklich mißlich, daß die Kurzbiographien ohne Quellen- oder Literaturangaben blieben. Auch das Fehlen eines Literaturverzeichnisses ist zu bedauern; zwar gibt es den Hinweis auf Martin Schumacher, der die Parlamentshandbücher „vorbildlich bibliographiert“ habe (S. 6), aber mit allgemeinen Hinweisen auf biographische Werke oder Auskünfte, die gewissen Personen oder Archiven zu danken waren, ist dem Benutzer nicht gedient. Archivreisen seien „aus Zeit- und Kostengründen“ unterblieben (ebd.), und so ist auch das Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz nicht aufgesucht worden. Trotzdem ist der Leser dankbar für die Kurzbiographien der „2659 Männer“ des Pr. Abgeordnetenhauses, geordnet nach Alphabet und Wahlkreis. Nützlich sind auch die 37 statistischen Auswertungen (S. 13–41), auffallend z.B. die hohe Zahl der Studierten (53,5%). „Bei aller Unvollkommenheit“, schreibt Mann, „dürfte unsere Vorarbeit für die weitere Erforschung der Geschichte Preußens und seines Landtags im Kaiserreich nicht ganz nutzlos sein“ (S. 7). Dem ist ohne Vorbehalt zuzustimmen; wenn es also eine „Vorarbeit“ ist und der „Datensatz“ in der Maschine stehen blieb, dann sollte eine weitere Auflage möglich werden, in der die notwendigen (u. doch vorhandenen) Quellenangaben der Kurzbiographien nachgetragen werden. B. Mann und seine Mitarbeiter, H. Booms und R. Morsey sowie der Droste Verlag, sie haben mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Stück Deutscher Parlamentsgeschichte in Erinnerung gebracht.

Gerd Brausch

Kommissionsverlag: Elwertsche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 3550 Marburg (Lahn)

Einsendung von Manuskripten erbeten an
Dr. Stefan Hartmann oder Dr. Klaus Neitmann
Archivstr. 12–14, 1000 Berlin 33

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 3557 Ebsdorfergrund 6

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 28/1990

ISSN 0032-7972

Nr. 3

INHALT

Erhard Ross, Das Landschulwesen in Ostpreußen und die Einführung der Pestalozzischen Methode (1800–1815), S. 33 – Hans-Jürgen Schuch, Hans W. Hoppe (1927–1989), S. 46 – Nachrichten S. 48.

Das Landschulwesen in Ostpreußen und die Einführung der Pestalozzischen Methode (1800–1815)

Von Erhard Ross

Das Landschulwesen

Unter den geretteten Beständen des Staatsarchivs zu Königsberg befinden sich einige bisher nicht beachtete Akten, die die bisherige Kenntnis vom Zustand des Landschulwesens in den ersten anderthalb Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, vor allem über die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch Preußens und der Reform durch Wilhelm von Humboldt, mit der die Einführung der Pestalozzischen Methode verbunden war, in willkommener Weise ergänzen. Es handelt sich um die „jährlichen Hauptberichte“ über die Geschäftstätigkeit der einzelnen Departements, die von den „Regierungen“ an den Oberpräsidenten zur Weiterleitung an den Minister des Innern abzuliefern waren. In unserem Falle sind es die Berichte der Mitglieder der Königlich ostpreussischen geistlichen- und Schuldeputation¹. Leider sind sie lückenhaft und betreffen nur einen Teil der Verwaltungsbezirke des Regierungsbezirks Königsberg. Der erste Bericht – für das Jahr 1809 – ging am 22. Januar 1810 an den Minister von Dohna ab. Der Oberpräsident von Auerswald hatte ihm ein Begleitschreiben beigelegt, das mit der Feststellung begann: „Die Aufmerksamkeit, die der Staat jetzt dem Schulwesen widmet, ist um so er-

¹ Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (abgek. GStAPK) Berlin, XX. HA Rep. 2 I, Tit. 40, Nr. 2 „Acta, die jährlich nach § 88 der Geschäftsinstruktion für die Regierung über den Zustand der Provinz nach Hofe zu erstattenden Berichte betreffend.“

freulicher, als bis jetzt hier in Preußen besonders die Land- und Elementarschulen noch sehr zurück waren².“

Zwar hatten die Könige Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Friedrich Wilhelm II. durch die Schulverordnungen von 1717 (Generaledikt über die allgemeine Schulpflicht), 1736 (Principia regulativa, über die Unterhaltung der Schulen), 1763 (General-Landschul-Reglement, eine Erweiterung der Principia regulativa) und 1787 durch die Gründung des Ober-Schul-Kollegiums in Berlin als höchster Zentralbehörde eine brauchbare Verwaltungsgrundlage geschaffen. Doch zeigte ein Blick auf die Schulwirklichkeit, wie ihn sich die Oberschulräte Meierotto (1792) und Zöllner (1802) auf ihren Inspektionsreisen verschafften, den besserungswürdigen Zustand vor allem des ländlichen Schulwesens³. Es hatte Ansätze zur Verbesserung gegeben. Der aus dem Halleschen Waisenhaus kommende und kurze Zeit am Potsdamer Militärwaisenhaus tätig gewesene Prediger J.J. Hecker hatte in Berlin in Verbindung mit seiner Oekonomisch-mathematischen Realschule 1753 das Märkische Küster- und Schulmeister-Seminar gegründet, das zum Vorbild für das einzige in Ostpreußen vorhandene Lehrerseminar des Kriegsrats Genge und des Pfarrers Meuche in Klein Dexe (1772) wurde. Der märkische Gutsherr und Domherr von Halberstadt, Eberhard von Rochow, hatte auf seinem Gut Reckahn bei Brandenburg 1772 eine Musterschule errichtet, die zu einem Mekka für Pädagogen und Verwaltungsbeamte wurde wie später die Anstalten Pestalozzis in Burgdorf und Iferten/Yverdon. Auf diesen zwei Wegen: Gründung von Musterschulen und Lehrerseminaren wollte man das Landschulwesen verbessern. Aber die 10 von Hecker jährlich ausgebildeten Lehrer reichten nicht einmal aus, um den Bedarf der unter königlichem Patronat stehenden märkischen Schulen zu decken, und da in Klein Dexe auch nur 10 bis 14 jährlich das Seminar verließen, stand es in Ostpreußen nicht besser⁴.

Es gab hier um 1800 1.910 Landschulen, darunter 315 Kirchschulen, 1.548 Dorfschulen und 47 Elementar- oder Küsterschulen in Kleinstädten. Die Zahl der Lehrer betrug 1.971⁵. Sie bildeten nach Vorbildung und Ausbildung keinen einheitlichen Stand. Die in den Dorfschulen beschäftigten Leute waren vorwiegend „Professionalisten“, d.h. sie waren von ihrer Ausbildung her Handwerker und hatten ihre weitere Ausbildung zum Lehrer entweder in einem Seminar erhalten oder auf andere Weise. In den Statistiken heißt es z.B.: „vom Prediger zubereitet, vom Vater zugestutzt, in der Schule fertig gemacht, hat sich als Soldat gebildet, vom Vorgänger vorgebildet“. Wer denkt da nicht

² Wie Anm. 1, Tit. 3, Nr. 36, Bl. 9. – Alexander Graf zu Dohna-Schlöbitten (1771–1832), 1810–1811 Minister des Innern. – Auerswald, Hans Jacob von (1757–1833), seit 1808 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

³ Paul Schwartz: Die Schulen der Provinz Ostpreußen unter dem Oberschulkollegium 1787–1806, in: Zs. f. Gesch. d. Erziehung u. d. Unterrichts 21 (1931), S. 291 ff. – Ders.: Der erste Kulturkampf in Preußen 1788–1798, in: Monumenta Germaniae paedagogica 58 (1929), S. 412.

⁴ Hecker, Johann Julius (1707–1768). – Wilhelm Richter: Berliner Schulgeschichte, Berlin 1981. – Eberhard von Rochow (1734–1805), pädagogischer Schriftsteller und Gründer einer Musterschule, „Pestalozzi der Mark“ genannt, verfaßte: Geschichte meiner Schulen 1790. – Zum Seminar in Klein Dexe vgl. Erhard Ross: Die Geschichte der Gründung des ersten Lehrerseminars für Ostpreußen in Kl. Dexe (1767–1774), in: Preußenland 24 (1986), S. 53–63.

⁵ Paul Schwartz, Schulen (wie Anm. 3).

an die Lebensgeschichte des mit dem jungen Goethe in Straßburg bekannt gewordenen Jung-Stilling, den Köhlerjungen, der Schneider wurde, sich weiterbildete, Schulmeister wurde und schließlich Arzt. Das Handwerk bildete die Existenzgrundlage dieser Lehrer. Um 1810 war es immer noch so, wie es Friedrich Wilhelm I. in den „Principia regulativa“ festgeschrieben hatte: „Ist der Lehrer ein Handwerker, kann er sich schon ernähren; ist er keiner, wird ihm erlaubt, in der Ernte 2 Wochen auf Tagelohn zu gehen.“ Der damals in Potsdam tätige Pädagoge Natorp schrieb über die Gründe, warum Handwerker Lehrer würden: „der Cantonsrevision zu entgehen, das Privilegium der Freischneiderei zu erhalten und durch eine Schulstelle Gelegenheit zu bekommen, ihre Schneiderprofession bei freier Wohnung und einigen festen Einkünften desto leichter betreiben zu können.“ In den Kirchschulen gab es solche eine Profession betreibende Lehrer auch, doch steht in den Listen schon oft „ohne Profession“ oder „litteratus“. Diese Lehrer hatten eine bessere Schulbildung, hatten eine Stadtschule, ein Gymnasium besucht, Theologie studiert. Sie bildeten eine Gruppe für sich und wurden je nach landschaftlicher Gewohnheit als Kantor, Präzenter oder Rektor bezeichnet. Die Theologen unter ihnen blieben nur so lange auf ihrer Schulstelle, bis eine Pfarre frei wurde. Das in Ostpreußen bekannteste Beispiel für einen solchen Berufswechsel ist der „Rektor“ Pogorzelski aus Kuttin, der Pfarrer in Kalinowen wurde⁷. Hierher gehört auch der Pfarrer Johann Thomaczik, der zuerst Präzenter in Angerburg war, bis er Nachfolger seines Vaters in Schwarzstein wurde und den berühmten Dorfchor gründete⁸.

War schon in friedlichen Zeiten die wirtschaftliche Situation der Lehrer schwierig, so gerieten sie in Ostpreußen durch die kriegerischen Ereignisse, die sich seit den Teilungen Polens im preußisch-polnischen Grenzgebiet, 1806–1807, 1812 und 1813 im Lande selbst abspielten, oft in bittere Not. So klagte 1810 Konsistorialrat Wald, die Einkünfte der Schulmeister seien so gering, wie sie vor 70 bis 80 Jahren waren, so daß „nur die allerdürftigsten Subjekte dergleichen Stellen annehmen und ihr Handwerk zur Hauptsache machen.“ Für die Besoldung der Mediat-Patronatsstellen fehlten im Gegensatz zu den Stellen unter königlichem Patronat allgemein gültige Vorschriften. Einige Schulhalter seien unfähig, den Kindern im Rechnen gehörigen Unterricht zu erteilen. Wo es möglich sei, würden solche entlassen und dafür z. B. 75 „brotlos gewordene Schullehrer und Offizianten aus dem Großherzogtum Warschau, wenn sie gut lesen, schreiben und rechnen können, eingestellt“⁹. Im nächsten Jahre (1811) sind wieder 49 Lehrer, „darunter invalide Militärs und brotlose Offizianten aus dem Herzogtum Warschau“, in den Schuldienst übernommen worden¹⁰. Doch trotz allem wagte Wald die Bemerkung: das

⁶ Zu Natorps Äußerung s. Gunnar Thiele: Die Organisation des Volksschul- und Seminarwesens in Preußen 1809–1819, Leipzig 1912, S. 108. – Die Conduitenlisten der Geistlichen und Kirchschullehrer in: GStAPK, XX. HA Rep. 2 I, Tit. 20, Nr. 74.

⁷ Christian Krollmann: Michael Pogorzelski. Wahrheit und Dichtung, in: Altpreußische Forschungen 19 (1942), S. 55–69.

⁸ Erhard Ross: Warum Friedrich Wilhelm IV. einen Abstecher nach Schwarzstein machte, in: Rund um die Rastenburg, Dez. 1977.

⁹ Wie Anm. 1, Bd. 1, Bl. 63–65.

¹⁰ Wie Anm. 1, Bd. 2, Bl. 8.

Landschulwesen im Ganzen genommen befinde sich in einem so guten Stande, als es nur irgend die äußeren Verhältnisse gestatten; doch leide es insgesamt an der Nichteinhaltung der Bestimmungen der Principia regulativa von 1736, da z. B. die Domänen nicht ihre Beiträge leisteten. Beklagenswert sei die Armut der Eltern, die ihre Kinder zur Arbeit statt in die Schule schicken, ebenso die Weigerung der adligen Patrone, Rückstände der sogenannten Kalende seit dem Kriege an die Lehrer zu entrichten.

Beklagenswert war auch die räumliche Ausstattung der Schulen. Der zur Zeit Friedrich Wilhelms I. entworfene Musterbau enthielt nur eine Stube (= Schulzimmer), zwei Kammern, eine Kochstelle in der sogenannten „Schwarzen Küche“ und einen angebauten Stall¹¹. Ein weiterer Mißstand war die Größe der Schulbezirke, die den Kindern weite Schulwege zumutete. Im Jahre 1812, als der Aufmarsch Napoleons gegen Rußland begann, wird wieder über die Notlage der Lehrer geklagt und durch ein drastisches Beispiel belegt: „Vor etwa einem halben Jahre verließ der Schulhalter Z. zu Willgeiten im Kirchspiel Wargen, dem man Militair einquartiert hatte, Haus und Schule und ging davon. Er ward durch Hilfe der Polizei aufgefunden. Und nun erklärte er sich, gemäß unseren Actis, daß er keine Schulstelle weiter verlange; er bringe als Handlanger bei Maurerarbeiten weit mehr vor sich“¹². Borowski, der die Sammlung der Berichte seiner Behörde mit einem Begleitschreiben auf den Weg brachte, ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, daß der Staat an anderer Stelle reichlich Geld zugebe, die Lehrer und Pfarrer aber auf einem Stand wie vor 200 (!) Jahren belasse. Die Antwort der „Sektion des Kultus und öffentlichen Unterrichts“, deren Chef Humboldts Nachfolger Schuckmann war, lautete: die Provinzbehörden müßten sich gedulden, die Hilfe mit barem Gelde sei im Werke, wie auch die Revision der Principia regulativa von 1736¹³.

In den Berichten über die Kriegsjahre 1813–1815 wird vor allem der Mangel an Lehrern beklagt; trotz der Einstellung von 64 (1813) und 48 (1814) Lehrern bleiben viele Stellen, vor allem bei adligen Patronen, unbesetzt, weil gegenüber den herrschenden hohen Arbeitslöhnen das Lehrereinkommen zu gering ist und weil es „an qualifizierten und von der Militärflicht befreiten Subjekten“ fehlt. Harte Kritik wird an den adligen Patronen geübt, die wegen des allgemeinen Geldmangels ihren Verpflichtungen gegenüber Pfarrern und Lehrern schlecht nachkommen¹⁴. Der Zustand des ländlichen Schulwesens im allgemeinen war so, wie ihn der Pädagoge Natorp nach einer Inspektionsreise durch

¹¹ Albert Strukat: Das Volksschulwesen in der Provinz Ostpreußen in den Jahren 1796–1800, in: Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen 58 (1927), S. 557. – Einen „Abriss von einem Schulmeister und Hirten Kathen“ entwarf der Landbaumeister Brämer 1756 für die Kolonie Wilhelmine, in: Hans Joachim Helmigk: Aus dem Schaffen der altpreußischen Landbaumeister in Pommern. Stettin 1938, S. 38–40.

¹² Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 II, Bl. 37.

¹³ Borowski, Ludwig Ernst (1740–1831), Oberkonsistorialrat und Direktor des Geistlichen- und Schuldepartements. – Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2, Bl. 41–44.

¹⁴ Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 II, Bl. 46 f. Die Patrone entnehmen den Kirchenkassen Geld, möchten Pfarrstellen eingehen lassen wie v. d. Groeben in Langheim und bauen abgebrannte Kirchen nicht auf.

die Mark Brandenburg überspitzt ausgedrückt hatte: „Es ist um nichts besser, als es im Jahre 1763 war, da das Landschulreglement erlassen wurde“¹⁵.

Die Einführung der Pestalozzischen Methode

Der zweite in den Berichten der Königlich ostpreußischen geistlichen- und Schuldeputation zur Sprache kommende Bereich betrifft die Arbeit des im Königsberger Waisenhaus im Jahre 1809 eingerichteten „Normal-Instituts“, mit anderen Worten, die endgültige Einführung der Pestalozzischen Lehrmethode und die Verbesserung der Lehrerbildung. König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise, am Ende des „Pädagogischen Jahrhunderts“ der Francke, Campe, Salzmann, Rousseau und Pestalozzi wegen ihrer heranwachsenden Kinder an pädagogischen Fragen interessiert, nahmen an der Verbesserung des Schulwesens regen Anteil. Die Lehrerbildung war ein Stiefkind der Behörden geblieben. Man war auch im Bereich der Erziehung und Bildung „auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen eingeschlafen“, wie die Königin an ihren Vater schrieb. Aber als der König 1803, enttäuscht von der Leselernmethode des Dessauer Pädagogen Olivier, der den 1795 geborenen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (IV.) unterrichtete, Auskunft über den viel diskutierten Pestalozzi verlangte und dem bedeutenden Berliner Pädagogen Friedrich Gedike den Auftrag gab, sich in Iferten an Ort und Stelle über dessen Arbeitsweise zu informieren, war das ein erstes Zeichen für die sich vorbereitende Wende im pädagogischen Denken: weg vom Pietismus, von den Schulen des Herrn von Rochow und vom Minister von Massow hin zur Aufklärung, zu Pestalozzis Volksschule und Wilhelm von Humboldts Bildungsreform¹⁶. Die politische Situation Preußens und der verlorenen Krieg 1806–1807 haben damals die 1803 halbherzig gewährte Einführung der Pestalozzischen Methode verhindert.

Nach dem Zusammenbruch des Staates entdeckte man in dem Unterrichtsreformer Pestalozzi den politischen Erzieher und Sozialreformer und in seinem Erziehungsprogramm – „allgemeine Emporbildung der inneren Kräfte der Menschennatur ist allgemei-

¹⁵ Brief Natorps an Oberpräs. von Vincke, in: Zs. f. Pädagogik 1 (1955), S. 99.

¹⁶ Olivier, L. H. F. (1759–1815), Leiter einer Erziehungsanstalt in Dessau (1793–1801), dann in Leipzig; seine Leselernmethode war berühmt. In Berlin war er Lehrer der Prinzen Friedrich Wilhelm (IV.) und Wilhelm (I.). – Gedike, Friedrich (1755–1803), bedeutender Pädagoge, Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Mitglied des Ober-Schul-Collegiums. Er starb kurz vor der Reise nach Iferten. An seiner Stelle fuhr der Züllichauer Seminardirektor Jeziorowski. Der für Südpreußen zuständige Minister von Voß erreichte die Zustimmung des Königs für die Zulassung der Pestalozzischen Methode für seinen Verwaltungsbereich. – Pestalozzi, Heinrich (1746–1827), Schriftsteller, Volkserzieher und Pädagoge. Seine Erziehungsanstalten in Burgdorf und Iferten/Yverdon am Neuenburger See waren in Europa bekannt. Die Liste seiner Besucher aus Deutschland ist lang: Fichte, Nicolovius, H. Zschocke, Herbart, Schopenhauer, Fröbel, von Clausewitz. – Julius Ernst von Massow (1750–1816), seit 1798 Staats- und Justizminister, Chef des Schuldepartements bis 1806. Er vertrat eine konservative, ständisch orientierte Bildungspolitik. – Wilhelm von Humboldt (1767–1835). Von 1809–1810 Chef der „Section für Kultus und öffentlichen Unterricht“ und Reformator des Bildungswesens in Preußen.

ner Zweck der Bildung auch der niedrigsten Menschen“ – die Kraft, mit deren Hilfe durch eine Nationalbildung eine neue Generation nicht von „Untertanen“, sondern von bewußten Staatsbürgern herangebildet werden könne. Das Ziel war die Aufrichtung des niedergeworfenen Staatswesens. Der prophetische Verkünder dieser nationalen Heilslehre wurde der Philosoph Fichte, der während seiner Hauslehrerzeit in Zürich (1788–1790) Pestalozzi selbst kennengelernt hatte. In der neunten seiner „Reden an die deutsche Nation“ wies er auf ihn hin.

Jetzt begann die endgültige Phase der Einführung der Pestalozzischen Methode. Daß die Stadt Königsberg zum Ausgangspunkt dieser Entwicklung wurde und nicht Berlin, wo mit Dr. Plamann schon ein Pestalozzianer tätig war, lag an der noch andauernden Besetzung Berlins durch die Franzosen und dem dadurch bedingten Aufenthalt der königlichen Familie und der Spitzen der Zivil- und der Militärbehörden in Königsberg¹⁷. Hier wirkten Personen, die mit Pestalozzi entweder persönlich bekannt waren wie der Konsistorialrat Nicolovius, der Feldpropst Röckner und der gerade an die Universität berufene Professor Herbart oder die sich für Pestalozzi einsetzten wie der Schulrat Busolt und der im geistigen Leben der Stadt eine besondere Rolle spielende Kriegsrat Scheffner¹⁸. Von hohen Beamten zählten der Freiherr vom Stein, der Provinzialminister von Schroetter, von den Mitgliedern der Militärreorganisationskommission Carl von Clausewitz und von Gneisenau zu den Anhängern Pestalozzis¹⁹. Es gab hier auch ein Waisenhaus am Rande der Stadt mit Gelegenheit für Spiele, Turnen, halb-militärische Übungen und Gartenbau, das für die Einrichtung des gewünschten Normal-Instituts brauchbar sein mochte. Daher konnte Nicolovius am 9. 1. 1809 an den Minister Dohna

¹⁷ Dr. Plamann, Joh. Ernst (1771–1834), leitete von 1805–1827 in Berlin eine Erziehungsanstalt nach Grundsätzen Pestalozzis. Einer der bei ihm tätigen Lehrer war Friedrich Ludwig Jahn, der „Turnvater“. Der junge Otto von Bismarck besuchte die Anstalt von 1822–1827; Wilhelm von Humboldt hatte seinen Sohn kurze Zeit dort untergebracht.

¹⁸ Die Königliche Familie weilte vom Januar 1808 bis Mitte Dezember 1809 in Königsberg; in den Sommermonaten bezog sie das außerhalb der Stadtmauer liegende Landhaus des Schulrates Busolt, auch „Hippels Garten“ genannt. Hippel war Stadtpräsident gewesen und als Schriftsteller geschätzt. Sein Neffe verfaßte den „Aufruf an mein Volk“ vom 17. März 1813. – Heinrich Nicolovius (1767–1839) war seit seiner Reise in die Schweiz mit den Brüdern Christian und Friedrich Leopold von Stolberg (1791) mit Pestalozzi bekannt. In Königsberg war er seit 1804 tätig, zuletzt als Staatsrat in der „Section für Kultus und öffentlichen Unterricht“. – Christian Gottlieb Röckner, Feldpropst in Königsberg, später Konsistorialrat in Marienwerder. – Johann Friedrich Herbart (1776–1841), seit 1809 Professor in Königsberg, mit Pestalozzi bekannt seit seiner Hauslehrerzeit in Bern (1797–1800). – Johann George Scheffner (1736–1820), Kriegs- und Domänenrat. Er hatte auf seinem Gut Sprintlack eine Schule gegründet und 1798 König Friedrich Wilhelm III. eine Denkschrift über Schulverbesserungen übergeben. Er stand in engen Beziehungen zum Hofe. Er erhielt den Orden vom Roten Adler.

¹⁹ Freiherr vom und zum Stein (1757–1831). – Friedrich Leopold von Schroetter (1742–1815), Provinzialminister von Ostpreußen. – Carl von Clausewitz (1770–1831), General und Schriftsteller; er lernte als Adjutant des gefangenen Prinzen August von Preußen auf der Rückreise aus Frankreich 1807 in Coppet bei Frau von Staël-Holstein Pestalozzi kennen und war auch in Iferten. – Neithard von Gneisenau (1760–1831) hatte als Kompaniechef in Jauer dem König eine Denkschrift über „Die Einführung der pestalozzischen Lehrmittel in Soldatenschulen“ überreicht. Dazu Heinz Stübiger: Pädagogik und Politik in der preußischen Reformzeit, Weinheim 1982.

schreiben, er glaube, daß die zu errichtenden Normal-Institute dem schreienden Bedürfnis guter Seminare hoffentlich abhelfen würden, man habe Räume für Institute dieser Art gleich an den Waisenhäusern, die nicht besser genutzt werden könnten als zur Bildung der in ihnen erzogenen Knaben zu Schullehrern; damit erübrigten sich für den Staat alle besonderen Ausgaben für Seminare²⁰.

Das sogenannte Normal-Institut Pestalozzischer Art umfaßte ein Internat mit etwa 30 Zöglingen, dem eine Elementarschule oder „Freyschule“ angegliedert war, ein Seminar für die Ausbildung von Elementarlehrern, eine Fortbildungseinrichtung für schon im Amt befindliche Lehrer und eine weitere für Pfarrer und andere mit der Aufsicht an öffentlichen oder Regimentsschulen beauftragte Personen. Die Pfarrer waren übrigens gemäß dem § 44 des „Allgemeinen Landrechts“ „schuldig, nicht nur durch die Aufsicht, sondern auch durch eigenen Unterricht der Schulmeister sowohl als der Kinder ... tätig mitzuwirken.“ Von den Zöglingen wurde erwartet, daß sie sämtlich Lehrer würden. Man erwartete also von den Normal-Instituten, von denen in jeder der Provinzen mehrere entstehen sollten, und den vorhandenen Seminaren einen stärkeren „Ausstoß“ von Elementarlehrern für die Landschulen. Mit den ferner durchzuführenden Schulmeisterkonferenzen in den einzelnen Schulaufsichtsbezirken glaubte man der Not der Schule Herr werden zu können.

Zwei Verordnungen schufen die organisatorischen Voraussetzungen für die geplanten Maßnahmen: die Einrichtung des Königlich preußischen Departements für das geistliche-, Schul- und Armenwesen (15. 8. 1808) und Steins „Verordnung, die veränderte Verfassung der oberen Staatsbehörden betreffend“ (24. 11. 1808). Durch sie wurde das Schulwesen dem Justizministerium entzogen und der „Sektion für Kultus und öffentlichen Unterricht“ übertragen, die dem Ministerium für Inneres untergeordnet war. Schon bevor der Chef der „Sektion“, Wilhelm von Humboldt, in Königsberg eingetroffen war, hatten Nicolovius und Minister von Schroetter durch ein Schreiben an Pestalozzi mit entscheidenden Maßnahmen begonnen. Es waren pädagogisch befähigte junge Leute, sogenannte „Eleven“, zu Pestalozzi geschickt, die Herrichtung des Waisenhauses begonnen und der zu dessen Leitung vorgesehene „Edukationsrat“ Zeller eingeladen worden²¹. Humboldt, der erst im April 1809 – er war am 28. Februar zum Geheimen Staatsrat und Direktor der „Sektion“ ernannt worden – in Königsberg eintraf, hatte schon von Berlin aus die von Nicolovius und Süvern getroffenen Maßnahmen gebilligt. Jetzt nahm er stärksten persönlichen Anteil an ihrem Fortgang. Geschickt wußte er die Königsfamilie für die Neuerungen im Schulwesen zu interessieren. So schreibt er von dem Besuch in einer der schon nach der Pestalozzischen Methode arbeitenden Schule am 16. Juni 1809 an seine in Rom gebliebene Frau: „Gestern besahen der König, die

²⁰ Über das 1701 gegründete Waisenhaus vgl. Emil Hollack und Friedrich Tromnau: Geschichte des Schulwesens der Kgl. Haupt- und Residenzstadt Königsberg i. Pr., Königsberg 1899. – Bruno Gebhardt: Die Einführung der Pestalozzischen Methode in Preußen, Berlin 1896, S. 21.

²¹ Carl August Zeller (1774–1840) Theologe, dann Pädagoge, 1803 bei Pestalozzi, dann in der Schweiz und Württemberg tätig, zum Edukationsrat ernannt. Er wurde im Jahre 1809 nach Preußen gerufen, um die Pestalozzische Lehrmethode einzuführen. Er leitete in Königsberg von 1809–1811 das Normal-Institut und gründete die Seminare in Karalene und Braunsberg.

Königin von 8 bis 11 eine Pestalozzische Schule, die hier ist, so daß ich die ganze Zeit mit ihnen allein war ... Es ist keine leichte Arbeit, jemanden, der nie einen solchen Unterricht gesehen hat, hineinzuführen, ohne daß er sehr staunt und vielleicht oft lacht. Indes habe ich die Sache sehr künstlich gedreht, so daß der König gewiß eine gute Meinung von der Methode bekommen hat²².

Nun sah man der Ankunft Zellers mit großen Erwartungen entgegen. Er traf im Juli 1809 in Königsberg ein und begann am 1. September mit seiner Arbeit. Dank der vorbereitenden Maßnahmen der Königsberger Behörden, die schon 1808 eingesetzt hatten, brachten ihm schon die ersten Monate seiner Tätigkeit außergewöhnliche Anerkennung, ja enthusiastische Zustimmung. Die Königin, die Anfang Dezember 1809 sein Institut besucht hatte, schrieb in Hochstimmung an ihn: „Gott segne Sie, edler Mann, und Ihr Ewigkeitswerk, welches Sie uns so rührend im Tagewerk zeigen. Gott segne Sie und die Generation, die Sie veredeln und gewiß bessern“²³. Der zweite Sohn, Prinz Wilhelm, durfte danach einige Tage am Unterricht teilnehmen.

Mitte Dezember 1809 verließen der Hof, die Staatsbehörden und mit diesen auch Humboldt und die „Sektion“ Königsberg und kehrten nach Berlin zurück. Die Aufsicht über das Normal-Institut übernahm eine Kommission, die dem Oberpräsidenten unterstellt war. Zu ihr gehörten u. a. Kriegsrat Scheffner und Konsistorial- und Schulrat Busolt. Dessen Tätigkeit wird in den „Jährlichen Hauptberichten“ deutlich. Der Oberpräsident hatte den Berichten über das Jahr 1809 ein Schreiben mitgegeben, in dem er seine Zustimmung zur Arbeit Zellers ausdrückte; er schrieb: „Die Errichtung des Zellerschen Normalinstituts berechtigt zu großen Hoffnungen einer gründlichen Verbesserung, die neuen regsamen Geist im Volke durch die Schulen herbeiführen muß. Die neue Methode veranlaßt mich schon jetzt durch ihren schnellen Erfolg im Institut (zu) sehr viel Glauben daran und Wunsch nach Theilnahme“²⁴.

An den vorbereitenden Arbeiten für das Zellersche Institut war Busolt auf Grund seiner Herkunft und Vorbildung in besonderer Weise tätig. Er wurde 1770 als Sohn des Pfarrers Friedrich Busolt in Buchholz bei Landsberg geboren, studierte Theologie, wurde 1792 Licentiat, arbeitete viereinhalb Jahre an der Löbenichtschen Stadtschule, promovierte 1795 zum Dr. phil. und unternahm eine Bildungsreise durch Deutschland. Auf ihr besuchte er die führenden Pädagogen: in Berlin die Oberschulräte Gedike, Meierotto und Teller, in Potsdam den Feldpropst Kletschke, damals Leiter des Militärwaisenhauses, in Dessau das berühmte Pädagogium, in Halle den Pädagogen Niemeyer, den Leiter des Waisenhauses, und in Leipzig die Anstalt des Pädagogen Plato. Danach wurde er auf Veranlassung des Berliner Ober-Schul-Collegiums von der Königsberger Spezial-Kirchen- und Schul-Kommission als Kirchen- und Schulrat angestellt (1800). Da er 1798

ein „Rechenbuch für Kinder“ veröffentlicht hatte, wurde ihm die Prüfung der Rechnungssachen der 350 ostpreußischen Diözesen übertragen²⁵.

Diese Tätigkeit dürfte den pädagogisch interessierten Mann kaum befriedigt haben. Eine Änderung seines Tätigkeitsbereichs ergab sich, als die Vorarbeiten für die Errichtung des Normal-Instituts begannen. Welcher Art seine Mithilfe war, zeigt ein Brief, den Gneisenau an den Hauslehrer seines Sohnes schrieb; Gneisenau war im Winter 1808 im Landhause Busolts einquartiert. „Seitdem ich gesehen habe, daß mein hiesiger Wirt als Curator einer Armenschule binnen zwei Monaten sich selbst, die Schullehrer und die Kinder in dieser Methode ausgebildet hat, ... habe ich mich aufs neue von der Vortrefflichkeit dieser Methode überzeugt“²⁶. Die Methode war die Pestalozzische, die Armenschule die von dem Apotheker Tiepold gestiftete Frey- oder Armenschule. Dort hat Busolt vom 1. Oktober 1808 an die neue Methode eingeführt. Ohne Zweifel hat Humboldt bei seinen oft überraschenden Schulbesuchen diese Schule besucht²⁷. Aus ihr wurde auch eine Anzahl Kinder in die Freyschule des Normal-Instituts übernommen²⁸. Zeller hat Busolts Vorarbeit dankbar anerkannt, indem er bei der „Sektion“ anregte, Busolt zum Inspektor der für das Schulmeister-Institut benötigten Schulen zu ernennen. Humboldt unterstützte den Antrag und teilte am 15. 10. 1809 Busolt mit: „Um inzwischen Ihrem Eifer für die bessere Lehrmethode sobald wie möglich Befriedigung zu geben, will ich die drei hiesigen Königlichen Armenschulen in Kneiphof, in der Junkerstraße und auf dem Haberberge Ihrer speziellen Aufsicht unterordnen. Zu diesem Zwecke werden Ew. Wohlgeboren mit Herrn Regierungsrat Zeller und den Lehrern die Verabredung treffen, daß diese an dem Unterricht teilnehmen, welchen Herr Zeller sonntags einigen hiesigen Schullehrern geben will, zugleich auch selbst ihnen nachhelfen, sie üben, veranstalten, daß die Schulen mit den nötigen Hilfsmitteln der Elementarmethode versehen werden“²⁹.

Zwei Monate danach verließ die „Sektion“ Königsberg, Busolt wurde Mitglied der dem Oberpräsidenten unterstellten Kommission für das Institut und konnte in seinem bisherigen Bereich tätig sein. Trotzdem scheint in der Königsberger Spezial-Kirchen- und Schulkommission ein Wandel in der Beurteilung seiner Tätigkeit eingetreten zu sein; denn Borowski schreibt in seinem Bericht über das Jahr 1809: „Der Herr Referent (Busolt) ist ein tüchtiger Befürworter der neuen Methode des Unterrichts, und als solcher hat er Anspruch darauf, sein nützlichcs Bestreben, soweit es angänglich ist, erweitert zu sehen“. Er sei Mitglied der Oberpräsidialkommission und arbeite an der Aufsicht über die Königsberger Elementarschulen mit. Die Ostpreußische Regierung werde jede Gelegenheit ergreifen, ihn „nach dem Umfang seiner Kräfte“ bei den Elementarschulen nützlich zu beschäftigen; nur könne man ihm „aus Gründen“ eine unabhängige Geschäftsleitung in Schulsachen nicht anvertrauen, indem der gute Wille allein hierbei nicht

²² Wilhelm und Caroline von Humboldt in ihren Briefen, hg. v. Anna von Sydow, Bd. III, Berlin 1909, S. 183.

²³ Malwe Gräfin Rothkirch (Hg.), Königin Luise von Preußen. Briefe und Aufzeichnungen. 1786–1810. München 1985, S. 525.

²⁴ Wie Anm. 1, Tit. 3, Nr. 36.

²⁵ Wie Anm. 1, Tit. 42a, Nr. 121, Bl. 2–4.

²⁶ Stübig (wie Anm. 19), S. 22–23.

²⁷ Wie Anm. 22, S. 22 und 23.

²⁸ Hollack und Tromnau (wie Anm. 20), S. 443 f.

²⁹ GStAPK I. HA, Rep. 92 Nachlaß Thiele, Nr. 33, Bl. 71.

zureichend sei. Bis jetzt habe der Referent die Kollekten und Depositatsachen bearbeitet³⁰. Die Arbeit für das Elementarschulwesen hat Busolt doch nicht befriedigt, denn im Jahr 1810 beklagt er, daß er nicht genug für das Gedeihen der neuen Methode habe tun können. Es habe ihm „beynahe an aller Gelegenheit gefehlt, seine eigenen Erfahrungen zu benutzen oder seinen Wünschen für das bessere Gedeihen der Methode gehörig Genüge zu leisten“. Sollte man ihn in der Folge mehr in diesem Fache zu beschäftigen für gut befinden, so werde er alle Aufträge nach bestem Wissen und Gewissen ausrichten³¹. Über das Ergebnis seiner Arbeit äußert sich Busolt im Jahre 1811. Er urteilt skeptisch über den Erfolg seiner Bemühungen. Die neue Methode werde teils nicht von allen Lehrern aus dem richtigen Gesichtspunkt gefaßt, teils werde sie ganz mißverstanden oder gar als unbrauchbar erklärt. Er habe deshalb eine achtseitige Schrift mit dem Titel „Etwas zur Berichtigung des Streites über das Eigentümliche der Pestalozzischen Lehrmethode“ verfaßt³².

Die Klage Busolts macht den Stimmungswechsel in der Beurteilung der Arbeit Zellers am Normal-Institut im besonderen und der Pestalozzischen Methode im allgemeinen deutlich. Die frühe begeisterte Zustimmung war wegen verfehlter, ja pädagogisch bedenklicher Erziehungsmaßnahmen Zellers in scharfe Kritik umgeschlagen. Zeller war von der Leitung des Instituts entbunden und mit der Einrichtung neuer Normal-Institute beauftragt worden³³. Seine Nachfolger, Pfarrer Beneke³⁴ und der Schweizer Pädagoge Hasenauer³⁵, führten mit wechselndem Erfolg die Arbeit weiter. Nun erstreckte sich die Kritik auf die Methode Pestalozzis überhaupt. Wegen des grundsätzlichen Charakters der Zweifel an der Wirksamkeit der Pestalozzischen Erziehungslehre fühlte sich Borowski verpflichtet, dem Busoltschen Bericht einen Begleitbrief mitzugeben. Mit gewichtigem Ernst, nachdem er sich „durch bedachtsame Lesung der Pestalozzischen und anderer dahin gehöriger Schriften als auch im hiesigen Normal-Institut selbst näher mit der Elementar-Unterrichtsmethode vertraut gemacht“, nahm er zu Busolts Bericht Stel-

³⁰ Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 I, Bl. 46–47.

³¹ Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 I, Bl. 66.

³² Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 II, Bl. 21–28. Busolt hatte auch in der Königsberger Staats-Kriegs- und Friedenszeitung (1809) und im Cottaschen „Morgenblatt für die gebildeten Stände“ (1810–1811) für Pestalozzi geworben.

³³ Zeller hatte Königsberg verlassen, Inspektionsreisen durch die Provinz gemacht und in Kummetschen bei Insterburg ein evangelisches und in der Stadt Braunsberg ein katholisches Normal-Institut errichtet. Das in Kummetschen erhielt den Namen „Karlene“, d. h. auf litauisch „Königin“. Er war auch an der Einrichtung des Normal-Instituts in Marienburg durch den Pfarrer Häbler beteiligt, der einen seiner Kurse in Königsberg besucht hatte.

³⁴ Pfarrer Beneke aus Zossen (Mark Brandenburg) hatte an einer der Lehrveranstaltungen Zellers teilgenommen. 1810 wurde er für ein Jahr Leiter des Normal-Instituts.

³⁵ Georg Andreas Hagenauer (1783–1848), Schweizer, 1806–1811 bei Pestalozzi, dann in Berlin bei Dr. Plamann. Von 1812–1818 war er Leiter des Normal-Instituts. Er wurde auf Veranlassung des Schulrats Gustav Friedrich Dinter, der von 1816–1831 in Königsberg wirkte, entlassen. 1813 hatte er den Minister von Schroetter, Borowski, die Professoren Herbart und Bessel, den Kriegsrat Scheffner, Direktor Hamann und Schulrat Busolt zu einer Besichtigung des Normal-Instituts gebeten und allgemeines Lob geerntet. – Albert Strukat: Schüler Pestalozzis am Königlichen Waisenhaus zu Königsberg, in: Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen 58 (1927), S. 113–114.

lung. Er erkennt die Bildungskraft der Gesangs-, Zahlen-, Formen- und Zeichenlehre an, welche die Kinder zu „froher Geschäftigkeit“ bringe, bemängelt aber die Vernachlässigung der religiösen Unterweisung, die schon bei Zeller erkennbar gewesen sei, nicht aber bei dessen Nachfolger Beneke, der „auch diese Branche des für die Kinder Wissenswürdigen sorgfältig trieb“³⁶. Anscheinend war auch dessen Nachfolger Hasenauer kirchlich liberal. Es war innerhalb der Spezial-Kirchen- und Schulkommission zu einem Konflikt gekommen. Da fortan keine Berichte von Busolt in den Akten erscheinen, ist er wohl mit anderen Aufgaben betraut worden. Er hat sich später sehr um die Provinzial-, Kunst- und Gewerbeschule gekümmert.

Die Berufung Zellers und die Einrichtung des Normal-Instituts hatten dem Lehrermangel in der Provinz abhelfen sollen. Das war, wie sich bald zeigte, ein Wunschtraum gewesen, denn von 1812–1815 war nur jeweils ein Zögling Lehrer geworden, während man mit 5 Neulehrern gerechnet hatte. Die anderen waren in andere Berufe abgewandert³⁷. Borowski war überhaupt der Meinung, diese Zöglinge seien nicht für Landschullehrerstellen geeignet. Sie würden sich schlecht in die dürftige Lage der Dorfschullehrer finden, weil sie in diesem städtischen Internat mit allem Lebensnotwendigen versorgt gewesen seien³⁸. Nun waren zwar durch Zeller die Seminare Karlene b. Insterburg (1811) und Braunsberg (1812), jenes für litauisch sprechende, dieses für katholische Zöglinge, geschaffen worden. Mit dem nach dem Kriege wiedereröffneten Seminar in Klein Dexe gab es nun in Ostpreußen vier Seminare. Weil sie aber nicht den Bedarf an Landlehrern deckten, erwog man, wie schon vor 1806, wieder den Plan, auf dem Lande kleine „ambulierende Seminare“ durch geeignete Pfarrer oder Kantoren einzurichten. In ihnen würden „taugliche Subjekte“ alles erfahren, was sie für ihr Amt bräuchten; außerdem blieben sie in der ländlichen Sphäre, für die sie bestimmt seien³⁹. Ein behördlich anerkanntes Beispiel gab Pfarrer Milsch in Mühlhausen, der einen der Zellerschen Einführungskurse besucht hatte. Im „Amtsblatt“ der Regierung Königsberg wurden „Jünglinge, welche die Aufnahme im Seminar zu Mühlhausen wünschen“, aufgefordert, sich bei Pfarrer Milsch zu melden, der sie hinsichtlich ihrer Fähigkeiten prüfen werde⁴⁰. Ein ähnliches Seminar gab es in Groß Thierbach. Es verwundert daher nicht, wenn im Hauptbericht „Pro 1812 und 1813“ Konsistorialrat Krause die Anlage solcher kleinen Seminare auf dem Lande für die größte Wohltat für die Provinz hielt und sich glücklich schätzte, dabei mitgewirkt zu haben⁴¹. Allerdings wurde doch noch die Gründung eines „richtigen“ Seminars für den masurisch sprechenden Teil der Provinz gewünscht, ähnlich dem, das 1799 der Lycker Superintendent Gisevius für Neu-Ostpreußen in Lyck eingerichtet

³⁶ Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 II, Bl. 21–28.

³⁷ Wie Anm. 29, Nr. 36, Bl. 62.

³⁸ Wie Anm. 29, Nr. 36, Bl. 24.

³⁹ Wie Anm. 29, Nr. 33, Bl. 1–2: von Auerswald an von Schroetter, Königsberg, d. 15. 1. 1806.

⁴⁰ Amtsblatt der Regierung zu Königsberg 1813, S. 521. – Traugott Milsch hatte in Halle studiert. Er war – wie der „Turnvater“ Jahn – ein begeisterter Turner und Wanderer. Seit 1807 war er Pfarrer in Mühlhausen. Er leitete sein Seminar 23 Jahre.

⁴¹ Wie Anm. 1, Tit. 40, Nr. 2 II, Bl. 79–80.

hatte. Dieser hatte bei einer Besichtigung des Normal-Instituts erklärt, die Pestalozzische Methode sei auch für zweisprachige Schulen brauchbar⁴².

Es ist unbestreitbar, daß durch Zellers Wirken ein neuer Geist das ostpreußische Schulwesen beflügelte. Insbesondere haben seine Vorträge starke Impulse gegeben und Kräfte freigesetzt. In Hochstimmung hatte der geniale Anreger nach einem seiner Lehrkurse am 29. Mai 1810 an Theodor von Schön, damals Regierungspräsident in Gumbinnen, geschrieben: „Wissen Sie denn, daß Ende dieser Woche nicht weniger als 200 Menschen in diesen Mauern leben und weben, ... dazu 112 bis 120 Superintendenten, Pröbste, Pfarrer, Diakone, Kaplane, Vicarien und Hofmeister aus Ost-, Westpreußen, Pommern und Brandenburg“⁴³. An einer anderen Veranstaltung nahmen vorwiegend Lehrer teil. Einen ähnlichen Kursus gab es für 70 bis 80 Offiziere. Zeller hatte auch eine „Mütter-schule“ geplant, zu der sich 35 Hausfrauen gemeldet hatten⁴⁴. Alle diese Kursusteilnehmer sollten zu Multiplikatoren der neuen Unterrichtsmethode werden. In den Revisionsberichten sollten die Superintendenten hinfort angeben, ob die Lehrer nach der alten oder der neuen Methode unterrichteten. Die „Geistliche- und Schuldeputation“ machte 1811 bekannt, „daß kein Kandidat zum Predigtamt befördert werden sollte, der nicht dargetan, daß er jene Kenntnisse in solchem Maße besitze, eine Elementarschule gehörig leiten und selbst Lehrern Anweisung geben zu können“⁴⁵. In den leider nur lückenhaft erhalten gebliebenen „Conduitenlisten für Pfarrer und Kirchsullehrer“⁴⁶ für die Jahre 1809 und 1811 finden sich schon solche Angaben. In den Listen für 1809 wird allerdings nur die Vorbildung der Lehrer festgehalten, dabei fällt der Anteil der aus Klein Dexe gekommenen Lehrer auf. In der Diözese Kreuzburg sind es von 13 Lehrern 3, in Nordenburg von 18 6, in Wehlau von 16 2 bei einem Anteil von 6 Kandidaten der Theologie.

In den Listen für 1811 sind die ersten Anzeichen der Wirkung Zellers zu bemerken. Da heißt es: „im Normalinstitut, im Waysenhouse, im Königsberger Seminar, durch Cursus im Normal-Institut vorbereitet.“ Konrektor Rakowski (Tapiaw) war im Normal-Institut, „um sich zu perfektionieren“. Kantor Plew (Pillau) ist „in der neuen Unterrichtsmethode geübt und treibt unter vielen Schwierigkeiten die neue Lehre mit den Kleinsten“. Kantor Borowski (Frauenburg) „unterrichtet die Jugend beiderlei Geschlechts nach der neuen Lehrmethode; ein anderer Lehrer ist bereit, die neue Methode zu erlernen“.

Die Ortspfarrer spielen bei der Ausbreitung der Pestalozzischen Grundsätze eine wichtige Rolle, die in besonderen Fällen in einer Bemerkung festgehalten wird: Pfarrer Kopp (Gerdaun) „besucht fleißig die Schulen“; Pfarrer Schweichler (Jesau, 54 Jahre alt, 24 Amtsjahre) „hat zur besseren Führung seines Amtes auch den Lehr-Cursus im

Normal-Institut gemacht, die Zeit muß lehren, ob er die Kraft haben wird, dies zu benutzen“⁴⁷.

Wären mehr Listen erhalten geblieben, könnte man in ihnen sicher auch mehr Beispiele für die Auswirkung der Arbeit Zellers und seiner Nachfolger finden. Scheffner, der kritische Pestalozzianer, schrieb zum Beginn von Zellers Tätigkeit im Jahre 1809: „In meinen 74 Jahren darf ich zwar auf das Erleben der Früchte von den Pestalozzischen Saaten nicht rechnen, indessen bin ich doch von der Wirksamkeit dieser Methode so fest und lebhaft überzeugt, daß ich ... soviel Proselyten als möglich zu schaffen bemüht bin“⁴⁸. Das hat, wenn auch sehr eingeschränkt, der Gegner Zellers, der Pädagoge Natorp, 1810 Schul- und Regierungsrat bei der Kurmärkischen Provinzialregierung in Potsdam, zugestanden, wenn er in einem Brief an den Freiherrn Ludwig von Vincke, der bis 1810 Präsident der Kurmärkischen Kammer war, schrieb: „Für die miserable Generation unserer vorhandenen Schulmeister halte ich indess die Zellersche Disciplinierung im Allgemeinen ... für sehr nützlich. Denn diese kann nur dressirt, nicht mehr gebildet werden. Und diese bessere Dressur wird ihnen auf jeden Fall zu statten kommen, wenn sie, wie dies bei Zeller wirklich geschieht, mit einer gewissen Begeisterung angesteckt werden“⁴⁹.

Die Situation der Landschulen in Ostpreußen blieb jedoch schwierig. Das zeigt deutlich das Schreiben des Ministers Stein von Altenstein an den Staatskanzler Fürsten Hardenberg vom 4. September 1820: „Die Provinz Ostpreußen, in Hinsicht deren es so höchst wichtig ist, alles aufzubieten, um dort die Kultur immer mehr zu verbessern, leidet noch großen Mangel an Schullehrern, welche den an sie zu machenden Anforderungen einigermaßen entsprechen. Die Anstalten, in welchen diese gebildet werden sollen, sind für das Bedürfnis noch lange nicht ausreichend“⁵⁰.

⁴⁷ Wie Anm. 1, Tit. 20, Nr. 74, Bd. 2, Bl. 18–19.

⁴⁸ Briefe von und an J. G. Scheffner, hrsg. von A. Warda und C. Diesch, Bd. II, Königsberg 1926–1938, S. 393 (Brief vom 7. 12. 1809 an die Fürstin zu Lippe-Detmold).

⁴⁹ Ludwig Natorp (1792–1846), Gegner der National-Institute und Befürworter der Lehrerseminare, starker Kritiker Zellers. Das Zitat steht im Brief Zellers an den Kammerpräsidenten Ludwig von Vincke, Potsdam, d. 3. 12. 1810, in: Ernst Lichtenstein: „Aus dem Krisenjahr der Pestalozzi-Schulreform in Preußen“, in: Zs. f. Pädagogik 1 (1955), S. 103.

⁵⁰ Wie Anm. 29, Nr. 36, Bl. 65. – Erst seit dem Jahre 1902 war die Provinz Ostpreußen ausreichend mit Lehrerseminaren versorgt. Es bestanden damals die Seminare in Pr. Eylau (früher Kl. Dexe 1774), Waldau (früher Waisenhaus Königsberg 1809), Karalene (1811), Braunsberg (1811), Angerburg (1820 in Szabien gegründet), Ragnit (1822), Ortelsburg (1884), Osterode (1889), Hohenstein (1895), Memel (1902), Lyck (1902) und das Lehrerinnenseminar in Insterburg (1910). 1925 wurden in Preußen die Seminare aufgelöst; ihre Aufgabe übernahmen die Pädagogischen Akademien. In Ostpreußen tat das die Pädagogische Akademie in Elbing.

⁴² Wie Anm. 29, Nr. 33, Bl. 180–186. – Eerhard Ross: Das erste staatliche Lehrerseminar in Preußen für Neuostpreußen 1799–1806 und sein Leiter Timotheus Gisevius, in: Preußenland 18 (1980), S. 4–22.

⁴³ Clemens Menze: Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, Hannover 1975, S. 178–179.

⁴⁴ Ernst Feucht: C. A. Zeller, Stuttgart 1928, S. 472f.

⁴⁵ Amtsblatt der Regierung zu Königsberg 1811, S. 256.

⁴⁶ Wie Anm. 1, Tit. 20, Nr. 74, Bd. 1 und 2.

Hans W. Hoppe

* Elbing 6. Dezember 1927

† Ahlhorn 11. August 1989

Am 11. August 1989 verstarb in Ahlhorn/Oldenburg Hans Werner Hoppe aus Elbing in Westpreußen. Er war ein vielseitig interessierter Mensch, von Beruf Lehrer, der Heimatkunde und Landesforschung Preußens eng verbunden, besonders der Geschichte seiner Heimatstadt Elbing, und Kommunalpolitiker. Er war in der landsmannschaftlichen Arbeit tätig und im Rat seiner Wohngemeinde. Eine schwere und länger andauernde Herzerkrankung führte schließlich zu dem frühen Tod.

Hans W. Hoppe wurde am 6. Dezember 1927 in Elbing in der Ersten Niederstraße unmittelbar neben der international bekannten Schichau-Werft geboren, etwa auf dem Gelände, auf dem Deutschlands bekanntester Theaterkritiker der zwanziger Jahre, Paul Fechter, aufgewachsen war. Als Sechsjähriger kam er auf die nahegelegene Schichau-Schule, mit zehn Jahren wurde er Schüler des bereits 1535 vom Rat der Stadt gegründeten Gymnasiums. Hans W. Hoppes Vater war Beamter der Stadt Elbing. Er baute sich vor dem Zweiten Weltkrieg ein respektables Mehrfamilienwohnhaus neben dem Heimstättenpark mit seinem Storchhaus. Hier wuchs Hans Werner Hoppe auf, bis er 1944 zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Kriegsmarine eingezogen wurde. An der Heimatstadt und ihrer landschaftlich herrlichen Umgebung seit früher Kindheit stark interessiert, als Wassersportler Drausensee, Elbingfluß und das Frische Haff erkundend, nahm er nachhaltig wirkende Eindrücke mit.

Nach dem Krieg wurde er zunächst Landarbeiter, holte dann aber nach zweijährigem Besuch der Oberschule in Seesen/Harz das Abitur nach. Bevor er die Pädagogische Hochschule in Braunschweig besuchen konnte, mußte er, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, zwei Jahre in einer Fabrik arbeiten. Schließlich wurde Hans W. Hoppe in Ostfriesland Lehrer. Aber dies stellte ihn nicht zufrieden. An der Universität Münster/Westfalen und in St. Andrews in Schottland studierte er daher Geschichte und Englisch. Mit 40 Jahren erhielt er dann eine Anstellung als Studienrat am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in Ahlhorn. Damals hatte er sich schon den verschiedenen Elbinger Gremien als sachkundiger Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Die Landsmannschaft Westpreußen wählte ihn 1969 zu ihrem Bundeskulturreferenten. Als sie die Erik-von-Witzleben-Stiftung 1972 errichtete, übernahm Hans W. Hoppe als Bundeskulturreferent des Stifters den Vorsitz in dieser für die westpreußische Kulturarbeit so wichtigen Einrichtung, die bald darauf Rechtsträger des Westpreußischen Landesmuseums in Münster-Wolbeck wurde. Er übernahm das Heimatkunde- und Kulturreferat des Elbinger Kreistages und wurde zum Stellv. Vorsitzenden der Truso-Vereinigung gewählt. Auch wurde Hoppe Mitherausgeber der von Dr. Fritz Pudor 1949 begründeten Schriftenreihe „Elbinger Hefte“. Er wurde zum Mitglied der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und zum Mitglied des Nordostdeutschen Kulturwerkes e. V. berufen. Dem Kuratorium der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat gehörte Hans W. Hoppe ebenfalls an.

Oberstudienrat Hans W. Hoppe wurde zu vielen Vorträgen von Volkshochschulen und landsmannschaftlichen Gruppen sowie anderen gesellschaftlichen Vereinen eingeladen. Er nahm zu politischen Ereignissen Stellung. Dabei gelang es ihm, die Vorgänge anschaulich zu beurteilen. Im Vordergrund stand aber die Landes- und Stadtgeschichte seiner Heimat. Seine klaren Formulierungen, griffig, treffsicher und überzeugend, fanden stets Verständnis und Zustimmung. Der Historiker Hans W. Hoppe schrieb das Büchlein „Der Stadtstaat Elbing“, bearbeitete die Bände I und II des Elbinger Stadtbuches von 1330 bis 1418. Zahlreiche Aufsätze schrieb er für das Westpreußen-Jahrbuch und verschiedene Zeitschriften und Zeitungen. So beschäftigte er sich z. B. mit folgenden Themen: „Zu Elbing in Preußen 1650–1750“, „Schweden, Russen und Franzosen in Elbing“, „Elbing und Brandenburg 1698–1703“, „Elbing und das Lubliner Dekret“, „Das Pressewesen der Stadt Elbing“, „Elbings Kriegsfürsorge im Ersten Weltkrieg“, „Die Weichsel-Nogat-Überschwemmung 1888“. Eine umfangreiche Buchveröffentlichung über den Landkreis Elbing konnte der Elbinger Historiker fast abschließen, sie soll in Kürze erscheinen. Bereits im Krankenhaus, dort auf ein Spenderherz wartend, las er noch die Korrektur. Mit der Erarbeitung eines Manuskripts für eine neue Elbinger Stadtgeschichte hatte er begonnen, für die die reichhaltige Elbinger Geschichtsforschung Vorbild sein sollte. Des Lehrers und Forschers besonderes Interesse fand die Gründung und Geschichte der Hochschule für Lehrerbildung in Elbing. Auch hier hatte er mit der Arbeit begonnen und bereits auf der Jahrestagung der Historischen Kommission 1988 in Göttingen berichtet.

Die Landsmannschaft Westpreußen würdigte die Arbeit von Hans W. Hoppe durch Verleihung der Westpreußen-Spange in Gold 1982, und im Elbinger Stadtjubiläumjahr 1987 erhielt er den Elbinger Kulturpreis verliehen.

Mit 60 Jahren, bereits nicht mehr ganz gesund, bekannte er, noch immer voll Energie und Tatendrang zu sein. Viele Jahre gehörte er dem Kreistag des Landkreises Oldenburg an. 20 Jahre war er Mitglied des Gemeinderates Großenkneten und dort Erster Stellv. Bürgermeister. Hans W. Hoppe war verheiratet und hatte für seine Familie ein schönes Haus gebaut. Zur Familie gehörten drei Töchter, zwei Schwiegersöhne und ein Enkelsohn. Dieser vielbeschäftigte Mann hatte sich als zusätzliche Freizeitbeschäftigung den Schiffsmodellbau ausgesucht, und er baute sogar Buddelschiffe. Hans W. Hoppe hatte viele Freunde, die ihn vermissen und nicht vergessen werden. Doch vor allem wird stets seine wissenschaftliche Arbeit an ihn erinnern.

Hans-Jürgen Schuch

Nachdruck der „Altpreußischen Forschungen“ (Jahrgang 1–20, 1924–1943). Die in Königsberg/Pr. erschienene Zeitschrift der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ist während ihres Erscheinens nicht nur im Preußenland sehr geschätzt worden. Sie galt damals als Zentralorgan der heimatlichen Geschichtsforschung; zu Recht, waren doch alle Geschichtsvereine an der herausgebenden Kommission als einer Art Dachverband beteiligt. Demgemäß war auch die Themenstreuung breit angelegt. Nach wie vor sind viele der Beiträge in neuerer Literatur allenfalls ergänzt, die meisten jedoch nicht überholt; bei manchen Themen gar ist in der Forschung nichts Neues hinzugekommen.

Das liegt u. a. am hohen Niveau der Zeitschrift, nicht zuletzt durch die Arbeit der Schriftleiter; der über Preußen hinaus bekannteste war Theodor Schieder, der sie über mehr als ein Drittel ihrer Erscheinungszeit betreute. Besiedlungs-, Orts-, Wirtschafts- und Agrargeschichte, Sprachforschung, Kunst-, Bildungs- und Geistesgeschichte, Staats- und Verfassungsrecht sowie Rechtsgeschichte – die ganze Palette moderner landesgeschichtlicher Forschung ist vertreten. Hinzu kommt ein Rezensionsteil in Einzel- und Sammelbesprechungen, der sich vor allem auch polnischer Literatur widmet – ausführlich und kritisch, aber kollegial sachlich.

In der Bundesrepublik ist die Zeitschrift ausgesprochen selten, kaum eine öffentliche Bibliothek verfügt über sie; Ostpreußens Insellage nach Versailles sowie die hohen Buchverluste im Zweiten Weltkrieg sind dafür in erster Linie verantwortlich. Antiquariate bieten sie nicht an – sie fehlt einfach.

Diesem bedauerlichen Zustand, der sich für jeden mit preußischer Landesgeschichte Befassten sehr störend bemerkbar macht, hilft nun in beachtenswerter und mutiger Initiative der Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen ab: Er druckt alle 20 Jahrgänge in der Reihe seiner „Sonderschriften“ nach! Dafür schulden wir ihm außerordentlichen Dank, vor allem auch mit Blick auf den Preis. Die eigentlich nur für Mitglieder gedachte Aktion ist erweitert, so daß jeder Interessent die Bände beziehen kann:

20 Jahrgänge 1924–1943 (alles Erschienene) in 10 Buchbinderbänden, durchschnittlich 500 Seiten pro Band, zu insgesamt 225, – DM einschließlich Versandkosten!

Lieferbar sind bereits, nachdem der Nachdruck in kurzer Zeit hat abgeschlossen werden können, sämtliche Jahrgänge. Bestellanschrift: Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e. V., z. Hd. Frau Elisabeth Meier, Neumühler Str. 26, 4200 Oberhausen 11.

Udo Arnold

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 3550 Marburg (Lahn)

Einsendung von Manuskripten erbeten an
Dr. Stefan Hartmann oder Dr. Klaus Neitmann
Archivstr. 12–14, 1000 Berlin 33

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 3557 Ebsdorfergrund 6

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 28/1990

ISSN 0032-7972

Nr. 4

INHALT

Klaus Conrad, Bericht über die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Nürnberg (13.–16. September 1990), S. 49 – Marian Biskup, Die Briefe von Max Toeppen an den Magistrat von Elbing, S. 55.

Bericht über die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Nürnberg (13.–16. September 1990)

Von Klaus Conrad

Da in diesem Jahr der Deutsche Orden sein 800jähriges Bestehen feierte, hatte die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ihre Jahrestagung unter das Thema „Der Deutsche Orden in Preußen“ gestellt. Die Kommission tagte vom 13. bis zum 16. September im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg im Zusammenhang mit der dort gezeigten großen Ausstellung „800 Jahre Deutscher Orden“. Zum begleitenden Programm dieser Ausstellung gehörte ein Vortrag des 1. Vorsitzenden der Kommission Prof. Arnold zum Thema „Nationalismus, Nationalsozialismus und der Mißbrauch der Deutschordens-tradition“ am Abend des 13. September, den die bereits eingetroffenen Kommissionsmitglieder hörten. Für den Vormittag des 14. September war eine Besichtigung der Deutschordens-Ausstellung vorgesehen. Es führten die Herren Arnold und Boockmann, die maßgeblich an der Vorbereitung und Ausgestaltung der Ausstellung beteiligt gewesen waren.

Am Nachmittag hielt die Kommission ihre Mitgliederversammlung ab. Ihrer verstorbenen Mitglieder Hoppe und Jankuhn gedachte sie durch Nachrufe der Herren Schuch und Boockmann. Der Tätigkeitsbericht des 1. Vorsitzenden lag wie immer schriftlich vor. Neu erschienen sind innerhalb der Sonderschriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen die Arbeiten von Joachim Zdrenka, „Rats- und Gerichtspatriziat der Rechten Stadt Danzig, Teil II: 1562–1792“, und „Die Danziger Burggrafen 1457–1792/93“ (beide Hamburg 1989). In derselben Reihe erschien 1989/90 ein Nachdruck der „Altpreußischen Forschungen“, so daß dieses wichtige wissenschaftliche

Organ der Historischen Kommission aus der Zwischenkriegszeit jetzt wieder leichter zugänglich ist. Nach dem Kassenbericht und dem Bericht des Kassenprüfers entlastete die Kommission den Vorstand. Zum neuen Mitglied wählte sie Dr. Ernst Vogelsang, Hermannsburg. Die nächste Jahrestagung soll im Herbst 1991 in Lübeck stattfinden. Der genaue Termin ist noch festzulegen.

In einem öffentlichen Teil der Mitgliederversammlung stellte die Historische Kommission einige ihrer Arbeitsvorhaben vor. Es sprachen Herr Opgenoorth über das „Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens“ und den derzeitigen Stand der Arbeiten; Herr Conrad über das Siegelwerk „Die mittelalterlichen Siegel des ehemaligen Staatsarchivs Königsberg“ (mit ausgewählten Bildbeispielen); Herr Jähnig über „Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie“, und zwar über die bereits vorliegenden Teile wie auch über das noch ausstehende Register von Band 4 und über die weitere Planung; die Herren Freiwald und Lückerath über das „Quellen- und Arbeitsbuch zur Geschichte Preußens im Mittelalter“; schließlich Herr Hartmann über die Zeitschrift Preußenland.

Als Einleitung zum Thema der Tagung sprach am Abend Hartmut Boockmann (Göttingen) über „Die Bedeutung des Deutschen Ordens für die Geschichte Ostmitteleuropas im späten Mittelalter“¹. Gegenstand war eine Folge oft dargestellter Ereignisse, in der Regel so beschrieben, als sei der Orden, bis dahin von Papst und Kaiser unterstützt und unbesiegbar, mit der polnisch-litauischen Union von 1386 in eine Krise geraten, auf die sein Untergang in Preußen 1525 mehr oder weniger unabwendbar habe folgen müssen. Doch konnte sich der Deutsche Orden auch vor 1386 keineswegs sicher auf Kaiser und Papst verlassen, er wurde jedenfalls vom Kaiser nicht in jedem Fall unterstützt und erhielt von keiner der beiden Universalgewalten materielle Hilfe. Die Bildung der polnisch-litauischen Union gefährdete den Orden noch keineswegs in seiner Existenz, zumal es ihm immer wieder gelang, diese Union zu sprengen. Keineswegs auch war der Ausgang der Schlacht bei Tannenberg unvermeidlich, und so kam denn auch der große Anteil, den der Zufall am Ausgang der Schlacht gehabt hatte, im Resultat des ersten Friedens von Thorn angemessen zum Ausdruck. Der Orden war in einer großen Schlacht unterlegen, aber mehr auch nicht. Allerdings stellte sich für die Folgezeit die Frage, ob der Orden auf die nunmehrigen Gegebenheiten angemessen reagiert oder ob er eine in hohem Maße programmatische Politik verfolgt habe. Doch auch wenn das der Fall gewesen sein sollte und die Realität des Ordensstaates als Staates unter Staaten sich von den programmatischen Zielsetzungen des Ordens entfernt und der Orden sich auf diese Weise selbst in eine Krise manövriert hätte, bliebe doch zu bedenken, daß er sich nach Tannenberg immerhin länger als ein Jahrhundert in Preußen behaupten konnte. Dementsprechend verdienen die Versuche, den Orden und seinen preußischen Staat schließlich doch in den Lehnsverband des römisch-deutschen Reiches einzubeziehen, als vernünftige Möglichkeiten Interesse. Daß es am Ende zu keiner Lehnsnahme des Hochmeisters kam, war fast ein Zufall, und das deutet darauf hin, daß der Krakauer

¹ Die Wiedergabe der Vorträge der Herren Boockmann und Jähnig beruht auf Zusammenfassungen der Vortragenden, denen hier vielmals gedankt sei.

Vertrag von 1525 keineswegs eine Kapitulation des bisherigen Hochmeisters und nunmehrigen Herzogs bedeutete, daß er vielmehr eine von jedenfalls zwei damals gegebenen Möglichkeiten verwirklichte. Sorgfältiger als bisher sollten die Historiker vom späteren Verlauf der Dinge absehen und die ursprünglichen Situationen rekonstruieren. „Nichts von dem, was vom 13. bis zum 16. Jahrhundert in Ostmitteleuropa geschah, folgte einer Notwendigkeit. Fast alles läßt sich nachträglich erklären. Aber die Zusammenstellung von Ursachen und Folgen ist etwas anderes als die Beschreibung eines unabwendbaren Prozesses.“

Die Veranstaltungen am Samstag, dem 15. September, begannen mit dem Vortrag von Ulrich Nieß (Saarlouis) über „Karl von Trier: Die Anfänge des Hochmeistertums in Preußen“, in dem Nieß Forschungsergebnisse aus seiner Dissertation über diesen Hochmeister vortrug. Die Gestalt Siegfrieds von Feuchtwangen, des Hochmeisters, der im 19. Jahrhundert gefeiert wurde, weil er von Venedig nach der Marienburg in Preußen übersiedelte, bleibt für uns merkwürdig unscharf. Anders als er hat sein Nachfolger Karl von Trier, als bisheriger Landkomtur von Lothringen ebenfalls ein Landfremder, die Regierung in Preußen selbst übernommen. Eine wichtige erste Aufgabe war die Sicherung des 1308/09 eroberten Pommerellen. Karl von Trier hat sich nicht nur gegenüber Brandenburg abgesichert, sondern auch mit dem polnischen Herzog Władysław Łokietek zunächst erfolgversprechend einen Ausgleich gesucht. Mit den pommerellischen Feldklöstern führte er großzügige Einigungen herbei. Als der Deutsche Orden in seinem Streit mit dem Erzbischof von Riga, der ihn auch des Danziger Blutbades bezichtigte, von dem päpstlichen Richter Franciscus de Moliano mit dem Interdikt belegt wurde, konnte sich der Hochmeister bei seinen erfolgreichen Bemühungen um Aufhebung des Interdikts auf die Hilfe dieser Klöster stützen. Nach langanhaltenden inneren Auseinandersetzungen, nicht zuletzt wohl auch um die versöhnliche Politik in Pommerellen, zwangen preußische Ordensgebietiger unter Friedrich von Wildenberg Karl von Trier zum Rücktritt. Es gelang ihm aber, Preußen zu verlassen, und 1318 setzte ihn ein Generalkapitel in Erfurt wieder in sein Amt ein. Noch allerdings widersetzten sich die preußischen Gebietiger und hielten auch das Hochmeistersiegel zurück. Erst nachdem der Hochmeister zusammen mit dem livländischen Ordensmeister in der rigischen Sache nach Avignon zitiert worden war und Karl dort glänzende diplomatische Erfolge erzielte, lenkte die preußische Partei ein. Für Friedrich von Wildenberg wurde das Amt des preußischen Landmeisters erneuert. Doch nur der Großkomtur zog wieder auf der Marienburg ein, Karl selbst blieb bis zu seinem Tod 1324 in Trier. Er war der erste Hochmeister, der in Preußen regierte, und der letzte, der seine Laufbahn außerhalb Preußens begonnen hatte. Auf ihn geht das Mariensiegel zurück, das die Hochmeister im 14. und 15. Jahrhundert führten.

Der zweite, von Klaus Conrad (Göttingen) gehaltene Vortrag hatte das Thema „Der Deutsche Orden und sein Landesausbau“. Der gegen Ende des 13. Jahrhunderts, d. h. vergleichsweise spät, beginnende und von einem geistlichen Ritterorden organisierte Landesausbau sollte die wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten des damals noch kaum entwickelten Landes ausweiten. Die Quellenlage zu diesen Vorgängen ist gut, erschließt jedoch die verschiedenen Bereiche sehr unterschiedlich. Zunächst ange-

trieben von einer deutschen Einwanderungswelle, hat er sich dann durch das Wachstum aller Bevölkerungsgruppen im Lande selbst fortsetzen können, ohne daß die Große Pest der Jahrhundertmitte und die Pestwellen der zweiten Jahrhunderthälfte die Vorgänge abgebrochen hätten. Wichtig für die Entwicklung war zunächst der Landesausbau, der durch die Gründung deutscher Zinsdörfer zu kulmischem Recht betrieben wurde. Durch ihn fanden agrartechnische Neuerungen im Lande Eingang, die eine intensivere, marktorientierte Landwirtschaft ermöglichten. Als Beispiele dieser Art der Siedlung wurden die Erschließung des Waldgebietes der Elbinger Höhe und die Siedlungen im Gebiet Christburg-Saalfeld angeführt, wo die um ältere prußische Siedlungsinseln liegenden Waldgürtel aufgesiedelt wurden. In Gebieten mit slawischer Bevölkerung hat der Deutsche Orden neben Dorfneugründungen planmäßig alte Siedlungen zu deutschem Recht umgesetzt. Dagegen hat er prußische Bauern in seinen eigenen Landesteilen von deutschrechtlichen Dörfern fernzuhalten versucht. Allerdings waren auch Prußen am Landesausbau beteiligt, vor allem durch die Anlage neuer Dienstgüter. Hinter dem Oberbegriff Dienstgut verbargen sich sowohl ethnisch wie rechtlich wie großemäßig sehr unterschiedliche Erscheinungsformen. Als Beispiel der Aufsiedlung eines Waldgebietes durch Dienstgüter wurde die Besiedlung des Landes Sassen in den 20er Jahren des 14. Jahrhunderts herausgegriffen, wo der Landesherr größere Einheiten vergab. Östlich daran anschließend hat der Deutsche Orden Prußen auf sehr viel kleineren Landstücken angesetzt. Vor allem in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts hat dann der Deutsche Orden in den nordöstlichen Landesteilen mittlere kulmischrechtliche Dienstgüter von 10 Hufen bevorzugt. Der Landesausbau des Deutschen Ordens hat das Land in 100 Jahren völlig umgewandelt und dem Landesherrn wirtschaftliche, aber auch militärische Stärke gebracht.

Am Nachmittag sprach zunächst Bernhart Jähniß (Berlin) über das Thema „Der Deutschordensbruder in Preußen – Herkunft und Laufbahnen“, wobei es um die Frage ging, ob es Regelmäßigkeiten in den Laufbahnen der Amtsträger gegeben hat. Beschränkt wurde die Untersuchung auf die Ritterbrüder der Zeit vor 1410. Vorausgesetzt wurde die aus den Urkunden ablesbare Kanzlei Praxis, die für diesen Zeitraum eine weitgehende Rangordnung der Ordensgebietiger erkennen läßt. Es wurden zwei Gruppen von Ordensbrüdern untersucht: 1. aus der Sicht beginnender Laufbahnen die 30 Hochmeisterkumpane der Jahre 1342–1393; 2. aus der Sicht von Laufbahnhöhepunkten 47 Brüder, die zwischen 1342 und 1410 ein Großgebietigeramt oder ein diesem wenig nachstehendes Komturamt erlangt haben. Von den 30 Hochmeisterkumpanen erreichten 6 keinen Gebietigerang, 8 erlangten eine Komturei im Kulmerland, einer eine in Pommerellen. 7 Kumpane wurden mehrmals Komtur im Preußenland, einen führte seine Gebietigerlaufbahn in die Ballei Elsaß-Burgund. Sieben Kumpane, darunter der spätere Hochmeister Ulrich von Jungingen, stiegen in Großgebietigerämter auf. Die Mehrzahl der als Hochmeisterkumpan geschulten Ordensritter hat damit zwar ein angeseheneres Ordensamt erringen können, ein wirklich leitendes dagegen nur eine Minderheit. Der Anteil von 13 Rheinländern an der Gruppe entspricht den allgemeinen Herkunftsverhältnissen des 14. Jahrhunderts. Bei den Spitzenämtern wurden 7 verschiedene Laufbahntypen unterschieden. Daß zwei spätere Hochmeister zuvor nur Ämter im zen-

tralen Bereich (Marienburg, Elbing und Oberland) bekleidet hatten, ist als Ausnahme anzusehen. 10 Ordensritter durchliefen Ämter des preußischen Niederlands, ehe sie ihr erstes Großgebietigeramt erhielten, 9 Ämter im Kulmerland oder Pommerellen, nur 4 Ämter im zentralen Bereich und im Kulmerland oder Pommerellen. Sieben spätere Großgebietiger waren vorher sowohl im zentralen Bereich als auch im Westen und im Osten tätig gewesen. Fragt man, auf welchem Weg ein Ordensritter Oberster Marschall oder gar Hochmeister wurde, zeigt sich, daß Ämter im östlichen Teil des Ordenslandes mit ihren militärischen Aufgaben nicht nur für den Werdegang eines Obersten Marschalls, sondern auch für den eines Hochmeisters von überdurchschnittlicher Bedeutung waren. Vier der sieben Hochmeister der Jahre 1342–1410 waren vorher Oberster Marschall. Doch gab es keine festen, sondern nur bevorzugte Laufbahnen in die Leitungsamter. In einer ganzen Reihe von Ämtern konnten sich Ordensritter für höhere Aufgaben qualifizieren. Der Anteil der Rheinländer an den Leitungsamtern war in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts eher höher als ihr Anteil unter den Komturen dieser Zeit.

Es folgte ein Vortrag über „Malerei im Deutschordensland Preußen“ von Jerzy Domański (Posen). Aus dem 13. Jahrhundert hat sich keine Malerei des Deutschordenslandes erhalten. Frühestes Zeugnis ist die Marienkrönung in der Bibel Luthers von Braunschweig von 1321. Gegen die Jahrhundertmitte setzen zahlreiche Beispiele von Wandmalerei ein: in der Marienburger Schloßkirche (im 19. Jahrhundert übermalte Heiligenköpfe), in der Zisterzienserinnenkirche in Kulm und in St. Jakob in Thorn. Etwas später entstanden die Apostel- und Heiligenfiguren in Neumark, die Malereien im Chor des Königsberger Doms und die ihnen verwandten in der Kirche von Arnau. Gleichzeitig blühte die Miniaturmalerei auf, vor allem im Bereich des Deutschen Ordens selbst, daneben in Pelplin. Ein Höhepunkt der Malerei im Deutschordensstaat war die Zeit zwischen 1380 und 1410. Neben böhmisch beeinflussten Zeugnissen in Königsberg und Heilsberg stand jetzt die Thorner Malerei im Vordergrund, u. a. mit teilweise monumentalen Wandmalereien in der Marienkirche und Gemälden im Versammlungssaal der Marienbruderschaft. Beispiele einer eher realistischen Malerei haben sich in Kulm und Rheden (mystische Kreuzigung), Graudenz, Elbing, Wormditt und im Kreuzgang des Heilsberger Schlosses (Jüngstes Gericht) erhalten. Eine Richtung linearer Malerei hatte ihren Schwerpunkt in Königsberg (Bilder der Litauenfahrer) und Samland (Lochstedt). Von drei Malern aus verschiedenen Einfluszbereichen stammen die Tafeln des ehemaligen Hauptaltars der Thorner Marienkirche mit seinem besonderen ikonographischen Programm. Der zweite Meister dieses Altars könnte teilweise auch die Malerei der Schreinsmadonnen, einer Besonderheit des Ordenslandes, geschaffen haben. Böhmische Herkunft verrät der Altar der Graudenzener Schloßkapelle. Nach einer vorübergehenden Unterbrechung nach 1410 verlagerte sich der Schwerpunkt der Malerei nach Danzig. Die Tafelmalerei war teils von Böhmen und Italien, teils vom Westen (Burgund, Niederlande, Rheinland, Hamburg) beeinflusst. Die Hauptzeugnisse befinden sich in der Danziger Marienkirche. In einem der bedeutendsten Gemälde aus dem Ordensland, dem Epitaph des Bartholomäus Boreschow, treffen sich die verschiedensten Einflüsse. Während in Danzig und Thorn die Malerei durch das ganze 15. Jahrhundert hindurch fortblühte, brach sie mit dem Dreizehnjährigen Krieg im östlichen Preußen ab und lebte erst wieder

um 1500 auf. Das Ordensland bildete während seines Bestehens eine besondere, für viele Einflüsse offene Kunstlandschaft, die jedoch kaum nach außen wirkte.

Auf der abschließenden Veranstaltung am Sonntagvormittag sprach zuerst Maciej Kilarski (Marienburg) über „Die Marienburg als Beispiel für die Bauforschung und Restaurierung im 19. und 20. Jahrhundert“. An Hand von Ansichten aus dem 16. und 17. Jahrhundert vermittelte er zunächst eine Vorstellung vom Aussehen der Burg vor dem großen Brand und der Wiederherstellung danach. Zu einem entscheidenden Einbruch in die Bausubstanz führte die Umwandlung des Hochschlusses in ein Getreidemagazin durch den preußischen Staat um die Wende zum 19. Jahrhundert, der die Gewölbe des Hochschlusses zum Opfer fielen. Etwa um die gleiche Zeit (1794) hielt Friedrich Gilly den baulichen Zustand der Marienburg in einer Reihe von Zeichnungen fest, die Friedrich Frick 1799 als Kupferstiche veröffentlichte. Gilly hatte auch viele bauliche Details aufgenommen, woraus sich für spätere Rekonstruktionsversuche wertvolle Hinweise ergaben. Kilarski ging dann besonders auf die Restaurierungstätigkeit seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Damals versuchte man den Zustand des Schlosses zur Ordenszeit zu rekonstruieren, so z.B. die Gewölbe des Hochschlusses aus den erhaltenen Ansätzen im Mauerwerk wiederherzustellen. Die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg gaben namentlich bei der Schloßkirche Gelegenheit, damalige Irrtümer zu korrigieren, wie Kilarski durch Fotos von Gewölbeansätzen zeigen konnte, die bei der Zerstörung freigelegt worden waren. Doch sind bis zur völligen Wiederherstellung des Schlosses noch viele Schwierigkeiten zu überwinden.

In dem letzten Vortrag der Tagung „Tannenberg/Grunwald – ein politisches Symbol in Deutschland und Polen“ sprach Sven Ekdahl (Berlin) über die Geschichte der Rezeption dieser Schlacht in beiden Ländern. Wie er am Beispiel der erbeuteten Deutschordensfahnen zeigte, war dieser Sieg für Polen wie für den Verlierer symbolgeladen. Aus der propagandistischen Auseinandersetzung im 15. Jahrhundert heraus entwickelte sich in Polen eine „Grunwald-Tradition“, welche vor allem durch die Kirche wachgehalten wurde. Vergleichbares gab es im Ordensland und im Herzogtum Preußen nicht. In Polen lebte das im 17. und 18. Jahrhundert zurückgegangene Interesse nach den Teilungen des Landes wieder auf. Als Antwort auf die Polenpolitik des Bismarckreiches geißelten die großen polnischen Romanschriftsteller das Deutschtum, dessen negative Seiten sie auf ihr Bild des Deutschen Ordens übertrugen. In Grunwald schien die polnische Geschichte zu gipfeln. Sienkiewicz's „Kreuzritter“ wurden ebenso zum nationalen Symbol wie das monumentale Schlachtengemälde „Grunwald“ des Jan Matejko. Auch im Deutschland der Romantik lebte die Wertschätzung des Staates des Deutschen Ordens wieder auf. In Preußen war man geneigt, in ihm den Kern des eigenen Staates zu sehen. 1901 stellte man an der Stelle der ehemaligen Gedächtniskapelle auf dem Schlachtfeld einen Gedenkstein für Ulrich von Jungingen auf. In Polen wurde seit 1901 regelmäßig der Jahrestag der Schlacht gefeiert. Ein Höhepunkt waren die Fünfhundertjahrfeiern 1910 in Krakau mit der Enthüllung eines großen Jagiełło-Denkmal. Nach dem deutschen Sieg über die russische Narew-Armee 1914 versuchte man, die Niederlage von 1410 gleichsam auszulöschen, indem man den Sieg ebenfalls nach Tannenberg benannte. Die Nationalsozialisten beabsichtigten Ähnliches, als sie 1940 polnische Nachbildungen der

1410 erbeuteten Deutschordens-Fahnen zusammen mit der „Banderia Prutenorum“ des Jan Długosz auf die Marienburg überführten. Nach 1945 erhielt die polnische Grunwaldtradition einen außerordentlichen, durch die Westverschiebung Polens verstärkten Stellenwert. In der Rückschau wurden die Ordensritter als Ahnherren der Nationalsozialisten gesehen. Die Gedächtnisfeiern steigerten sich, die Denkmäler wurden immer größer. Daß Adenauer Ehrenritter des Deutschen Ordens wurde, sah man in Polen als symbolhaft an. Angestoßen von dem Brief des polnischen Episkopats an die deutschen Bischöfe 1965, kam es auch in Deutschland zu heftigen Angriffen gegen den Deutschen Orden. Bis in die achtziger Jahre wurde in Polen der Symbolcharakter von Grunwald gepflegt. Daß die Töne bei den Feiern 1990 gedämpfter klangen, hing wohl mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland zusammen. Ihre Verteidigung war eine Triebkraft der Grunwaldpropaganda in der Nachkriegszeit gewesen.

Die Briefe von Max Toeppen an den Magistrat zu Elbing

Von Marian Biskup

Die Gestalt und das Werk des bedeutenden Historikers von Ost- und Westpreußen Max Toeppen (1822–1893) sind bislang noch nicht gründlicher erforscht worden. Wir kennen vorerst nur seine allgemeinen Lebensdaten und seine historiographischen Werke, so wie sie vor beinahe 100 Jahren Karl Lohmeyer dargestellt und charakterisiert hat¹. Erst jetzt versucht man eine breitere Analyse des Toeppenschen Lebenswerkes im Kontext der damaligen wissenschaftlichen und kulturellen Verhältnisse Ostpreußens².

Ein schweres Problem bildet dabei die Quellenlage. Es fehlt vor allem die Korrespondenz Toeppens wie überhaupt sein oder seiner Familie schriftlicher Nachlaß. Glücklicherweise sind in den Archivbeständen des Stadtarchivs Elbing manche von Toeppen geschriebene Briefe gefunden worden. Es sind vornehmlich die eigenhändigen Briefe aus den Jahren 1851–1892, die er aus den Orten Elbing, Posen, Hohenstein und Marienwerder, in denen er damals als Lehrer oder Gymnasialdirektor wirkte, an den Magistrat zu Elbing gerichtet hat. Sie befassen sich vor allem mit der Ausleihe von Handschriften städtischer Quellen und Chroniken, die im Elbinger Stadtarchiv oder in der dortigen Stadtbibliothek unter der Obhut des Magistrats verwahrt wurden. Die in flüchtiger Schrift verfaßten Originale sind heute in dem im Staatsarchiv Danzig befindlichen Stadtarchiv Elbing zu finden (Archiwum Państwowe, Gdańsk, Archiwum Miasta Elbląga,

¹ Karl Lohmeyer, Max Toeppen, in: *Altpreußische Monatsschrift* 31, 1894, S. 148–183. Wenig Neues bringt Edward Carstenn, *Das Lebenswerk Max Toeppens und die Gegenwart*, in: *Elbinger Jahrbuch* 2, 1922, S. 147–158.

² Marian Biskup, Max Toeppen (1822–1893). *Erforscher der Historiographie und Stadtgeschichte Preußens und Herausgeber preußischer Quellen*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 39, 1990, S. 172–195. – Im Quellenanhang werden die folgenden Abkürzungen verwendet: APG, AE = Archiwum Państwowe w Gdańsku, Archiwum Miasta Elbląga.

Acta des Magistrats, Sign. 369, 2/4811 und 2/4812). Die wissenschaftlichen Anliegen Toeppens betreffen 14 Briefe, von denen unten 12 abgedruckt werden.

Die Texte dokumentieren den Lebensweg von Max Toeppen seit 1851, als er, noch junger Doktor, in Elbing als Lehrer arbeitete und schon größere historische Werke und Quelleneditionen vorbereitete. Alle Briefe bezeugen seinen unermüdlichen Fleiß, mit welchem er auf allen seinen Provinzposten ohne Rückhalt höherer Anstalten und als Gymnasialdirektor sich die notwendigen Quellen aus den Elbinger Beständen ausgeliehen hat. Sie zeigen uns also vor allem die Werkstatt dieses „Provinzialforschers“, welcher alle beschwerlichen Schwierigkeiten zu überwinden und bedeutende Monographien und Quellenpublikationen vorzubereiten wußte. Sie beleuchten manche Lebensumstände Toeppens wie in Hohenstein, wo er im alten Schloß lebte, und andere wissenschaftliche Pflichten wie die Betreuung des Stadtarchivs Elbing am Ende seines Lebens.

Man sollte noch hinzufügen, daß die anderen Elbinger Archivalien zwei Tatsachen aus dem Leben Toeppens uns mitteilen. Das Anmeldebuch (Sign.: 372/776) nennt den 3. April 1848 als Datum, an dem Toeppen, aus Königsberg kommend, zum ersten Mal in Elbing eintraf, wo er die Lehrerpflichten auf drei Jahre übernehmen sollte. Das Elbinger Sterbebuch (Sign.: 372/103) führt neben dem Todesdatum des Geheimrates Dr. Max Toeppen (3. Dezember 1893) auch die Todesursache an: „Herzfehler und Lungenerweiterung“, d. h. Lungenentzündung.

Quellenanhang

1. 1851 Juli 25. Elbing.

Dr. Max Toeppen an den Magistrat zu Elbing:

Bittet um Ausleihe von zwei handschriftlichen Chroniken aus dem Elbinger Stadtarchiv und aus der Conventshalle (Kattenhöfersche und Danziger Chronik) nach Posen. Er möchte in Posen, wohin er nun übersiedelt, die in Elbing begonnenen Analysen dieser Chroniken fortzusetzen.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4811, S. 210.

Einem hochlöblichen Magistrat,

Erlaube ich mir ganz gehorsamst folgende Bitte vorzutragen:

Schon seit einer Reihe von Jahren mit dem Studium der preußischen Geschichte beschäftigt und durch einen drittehalbjährigen Aufenthalt in Elbing mit den werthvollen Sammlungen und Chroniken der Stadt vertraut geworden, habe ich meine kurze Anwesenheit hieselbst während der Ferienzeit benutzt^a, einen Theil derselben für meine Zwecke durchzuarbeiten. Aber eben diese Arbeiten haben mir gezeigt, wie nöthig es wäre, dieselben noch gründlicher zu durchforschen und die schon bekannten und gedruckten Chroniken und Landesgeschichten mit ihnen zu vergleichen. Besonders wichtig sind

^a folgt gestrichen: die.

mir für das Erste die Kattenhöfersche Chronik¹, welche sich in dem Archive der Stadt und die alte Danzige[r] Chronik², welche sich in der Conventischen Sammlung befindet. Ich bitte ganz gehorsamst, mir den Gebrauch dieser Chroniken in Posen, wo ich nun als Gymnasiallehrer angestellt bin, auf einige Zeit zu verstatten. Es würde mir lieb sein, wenn ich den Bescheid hierauf noch vor Ablauf der nächsten Woche erhalten könnte, da ich in den letzten Tagen derhalben wieder in Elbing zu sein gedenke. Am sichersten würde es mich treffen, wenn es dem Herrn Stadtrath F. Neumann³ hierselbst übergeben würde, der die Güte haben will, die beiden Chroniken für mich bereit zu legen.

Eines hochlöblichen Magistrats
gehorsamster

Elbing, den 25sten Julii 1851

Dr. M. Toeppen

¹ Die sog. Albert Kattenhöfersche Chronik umfaßte Abschriften oder Auszüge aus den wertvollsten Deutschordens- und Danziger Chroniken aus dem XV. und Anfang des XVI. Jahrhunderts. Max Toeppen, Geschichte der Preussischen Historiographie, Berlin 1853, S. 103; vergl. auch Scriptorum rerum Prussicarum, Bd. 4, Leipzig 1870, S. 361–362, wo T. Hirsch sie – irrtümlich – mit der Ebert-Ferber-Chronik identifiziert hat.

² Das sog. Ebert-Ferbers-Buch oder die Ferbersche Chronik umfaßte vor allem die Abschriften der wertvollsten Danziger Chroniken aus der zweiten Hälfte des XV. Jahrhunderts (mit der Chronik von Johannes Lindau an der Spitze) und dem Anfang des XVI. Jahrhunderts. Vergl. Toeppen (wie Anm. 1), S. 92–103; Scriptorum rerum Prussicarum, Bd. 5, S. 530.

³ Eigentlich Heinrich Ferdinand Neumann (1791–1869), Apotheker, Stadtrat und Liebhaber der Elbinger Stadtgeschichte. Seit 1826 betreute er bis 1868 das Stadtarchiv und sammelte selbst wertvolle Urkunden und Chroniken, welche er M. Toeppen zugänglich machte. Max Toeppen, Die Elbinger Geschichtsschreiber und Geschichtsforscher in kritischer Übersicht vorgeführt, in: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins 3, 1893, S. 188f.; Altpreussische Biographie, Bd. 2, Marburg 1967, S. 462.

2. 1852 April 10. Posen.

Dr. Max Toeppen, Gymnasiallehrer, an den Magistrat zu Elbing:

Bittet um Verlängerung der Ausleihe von zwei Chroniken aus dem Elbinger Stadtarchiv (Kattenhöfersche und Danziger Chronik) auf weitere 6 Monate, um die Arbeiten für die Geschichte der preussischen Historiographie zum Ende zu bringen.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4811, S. 217.

Einem hochlöblichen Magistrat

Bitte ich ganz gehorsamst gestatten zu wollen, daß ich die beiden aus dem städtischen Archive mir verabfolgten Chroniken (Kattenhöfersche Chronik und alte Danziger Chronik) noch auf weitere 6 Monate behalten darf. Es ist mir gelungen, die zum Entwurf einer preußischen Historiographie nothwendige Zahl von Manuscripten und alten Drucken aus verschiedenen Bibliotheken und Archiven in Königsberg, Elbing, Berlin etc. zusammenzubringen, und die Arbeit nähert sich der Vollendung¹. Da es sich aber

¹ Das Werk wurde schon im Jahr 1853 publiziert. Max Toeppen, Geschichte der Preussischen Historiographie von P. von Dusburg bis auf K. Schütz, Berlin 1853, S. 290.

wesentlich um die Aufgabe handelt, das Verhältniß der einzelnen Chroniken zu einander festzustellen, so kann ich nicht gut die eine entbehren, ehe ich auch mit den übrigen fertig bin. Ich wiederhole daher die obige Bitte ganz gehorsamst.

Eins der Resultate meiner Untersuchungen ist dieses, daß die beiden mir verabfolgten Chroniken einen höheren Werth haben, als man ihnen auf den ersten Blick zutraut.

Eines hochlöblichen Magistrats
gehorsamster

Posen, den 10ten April 1852

Dr. M. Toeppen
Gymnasiallehrer in Posen

3. 1860 Mai 29. Hohenstein/Ostpr.

Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:

Bittet um Ausleihe der Chroniken und Zinsbücher der Elbinger Komturei aus der Stadtbibliothek und aus dem Stadtarchiv nach Hohenstein. Er benötigt diese Handschriften für die Arbeiten zur Vorbereitung von „Scriptores rerum Prussicarum“. Versichert, dass die Ausleihe immer einen Band umfassen und nur auf kurze Zeit erfolgen wird.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4811, S. 274.

Einen hochlöblichen Magistrat,

Bitte ich ganz ergebenst genehmigen zu wollen, daß mir zum Behufe der Herausgabe der „Scriptores rerum Prussicarum“, an welchen ich mich auch betheilig habe, die auf die preußische Geschichte bezüglichen Chroniken der städtischen Bibliothek und des städtischen Archivs und die (zwei oder drei) Zinsbücher der Komthurei Elbing sowie das Verschreibungsbuch der Komthurei Elbing, welche sich ebenfalls im städtischen Archiv befinden, an meinen Wohnort nach Hohenstein verabfolgt werden dürfen.

Ich werde, von den Zinsbüchern abgesehen, selten oder nie in den Fall kommen, mehr als einen Band auf einmal zu erbitten und die verabreichten Manuscripte in der Regel nur kurze Zeit zu brauchen.

Ich erlaube mir noch die Bemerkung, daß ein hochlöblicher Magistrat schon früher einmal die Verabreichung einzelner Handschriften der städtischen Sammlungen an mich gestattet hat und daß meine gegenwärtige Wohnung in dem alten Schloße zu Hohenstein so sicher vor Feuersgefahr als nur möglich ist.

Hohenstein, den 29sten May 1860

Des hochlöblichen Magistrates
ergebenster

Dr. M. Toeppen
Gymnasial-Director

4. 1860 Juli 5. Hohenstein/Ostpr.

Dr. Max Toeppen an den Magistrat zu Elbing:

Bittet um Ausleihe von zwei Handschriften (Ebert-Ferber-Chronik und Zamehlsche Chronik) aus dem Elbinger Stadtarchiv nach Hohenstein; möchte dieselben am 12. Juli in Elbing persönlich abholen.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4811, S. 277.

Einem hochlöblichen Magistrat,

Bitte ich mit Bezug auf die Verfügung vom 18 Juni c. I, 2492 gehorsamst, mir die Benutzung

der dem Archiv gehörigen Ebert Ferberschen-Chronik und der der Bibliothek gehörigen Zamehlschen Chronik (1190–1195) an meinem Wohnorte zu gestatten. Die erstere ist von Herrn Professor Hirsch¹ in Danzig schon zurückgeschickt. Ich gedenke Donnerstag den 12ⁿ Juni [sic] selbst nach Elbing zu kommen, um mich wegen der Aushändigung beider Chroniken an Herrn Professor März² und Herrn Stadtrath Neumann zu wenden.

Hohenstein, den 5ⁿ Juli 1860

Des hochlöblichen Magistrats
gehorsamster

Dr. M. Toeppen

¹ Theodor Hirsch (1806–1881), in den Jahren 1833–1865 Gymnasialprofessor in Danzig, später Universitätsprofessor in Greifswald.

² August Merz (1796–1883), Gymnasialprofessor und Bibliothekar der Gymnasialbibliothek in Elbing.

5. 1860 Juli 19. Hohenstein/Ostpr.

Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:

Bestätigt, daß er die Ebert-Ferber-Chronik aus dem Elbinger Stadtarchiv erhalten hat.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4811, S. 278.

Dem hochlöblichen Magistrat,

Zeige ich hiedurch gehorsamst an, daß ich die der Conventshalle zu Elbing zugehörige Danziger Chronik E. Ferber's erhalten habe und nicht verfehlen werde, dieselbe in möglichst kurzer Zeit wieder abzuliefern.

Hohenstein, den 19ⁿ Juli 1860

Dr. M. Toeppen
Gymnasial-Director

6. 1869 Mai 22. Hohenstein/Ostpr.

*Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:
Bittet um Ausleihe von drei Handschriften aus dem Stadtarchiv für die Arbeiten am
letzten Band von „Scriptores rerum Prussicarum“.
Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 57.*

Einem hochlößlichen Magistrat,

Bitte ich gehorsamst, da ich nunmehr die Elbinger Chroniken für den letzten Band
der *Scriptores rerum Prussicarum* zu bearbeiten gedenke, folgende Archivalien:
Zamehl's Beschreibung und Geschichte der Stadt Elbing,
2 Bände fol.
Zamehl's Catalog der Elbinger Beamten, abgeschrieben von
G. Thomson, quarto (C. 45)
Elbinger Rechenbuch von 1404–1414¹ (im Conventsschranke)
mir zur Benutzung an meinem Wohnorte auf 3 Monate anvertrauen zu wollen.

Hohenstein in Ost-Preussen,
den 22sten May 1869

Dr. M. Toeppen
Gymnasial-Director

¹ Eigentlich hieß diese Quelle „Nyge rekenbuk van dem iare des Herren CCCC°IIII (usque ad
annum 1414 inclusive)“, ediert durch Markian Pelech, *Nowa księga rachunkowa Starego Miasta
Elbląga 1404–1414* [Neues Rechnungsbuch der Altstadt Elbing 1404–1414], Teil I–II, Thorn
1987–1989.

7. 1869 August 29. Hohenstein/Ostpr.

*Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:
Schickt vier Handschriften aus dem Elbinger Stadtarchiv zurück und fügt eine kleine
Schrift für dasselbe bei.
Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 61.*

Hohenstein, den 29. August 1869

Einem hochlößlichen Magistrat,

Ueberweise ich hiebei mit gehorsamsten Dank die mir anvertrauten Archivalien:
Liber notandorum
Liber civitatis
Dat nyge rekenbuk
Gottfr. Zamehl, De magistratibus etc. 1665.

Ich erlaube mir, noch eine kleine Schrift zum Andenken an den verstorbenen Stadt-
ältesten F. Neumann beizulegen mit der Bitte, dieselbe in dem städtischen Archive aufbe-
wahren lassen zu wollen¹.

Gehorsamst

Dr. M. Toeppen
Gymnasial-Director

¹ Es geht wohl um den Sonderdruck der Erinnerungen über Ferdinand Neumann, der am 6. V.
1869 in Elbing gestorben war. Max Toeppen, *Erinnerungen an F. Neumann*, in: *Altpreuussische
Monatsschrift* 6, 1869, S. 327–354. Sie waren in Hohenstein am 31. V. 1869 geschrieben, konnten
also bis Ende August 1869 gedruckt werden.

8. 1870 Oktober 1. Marienwerder.

*Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:
Übersendet für das Stadtarchiv sein Werk „Elbinger Antiquitäten“ [Heft 1].
Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 70.*

Einem hochlößlichen Magistrat
der Stadt Elbing,

Ueberweise ich hiebei ergebenst eine von mir so eben herausgegebene Schrift „Elbin-
ger Antiquitäten“ mit der Bitte, dieselbe in dem städtischen Archive zur Erinnerung
an den jungst verstorbenen Stadtältesten F. Neumann aufbewahren lassen zu wollen.

Marienwerder, 1. October 1870.

Ergebenst

Dr. M. Toeppen
Gymnasial-Director¹

¹ Das erste Heft der „Elbinger Antiquitäten“ wurde als Beilage zum Programm des Königlichen
Gymnasiums zu Marienwerder, 1870, gedruckt. Das zweite Heft erschien auch in dieser Serie
im Jahr 1871, das dritte im Jahr 1872. Auch das Heft 2 und 3 hat M. Toeppen dem Elbinger Magi-
strat aus Marienwerder zugesandt, und zwar mit den Schreiben von [1871 vor IX 29] – das Datum
des Briefes fehlt, es ist nur das Eingangsdatum in Elbing „30 IX 1871“ vorhanden – und von
22 VIII 1872. APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 72 und 87. – Diese drei Hefte wurden
auch als Sonderdrucke bei Bertling in Danzig in den Jahren 1871, 1872 und 1873 publiziert.

9. 1879 Januar 8. Marienwerder.

Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:

Bestätigt die Zusendung von drei Handschriften aus dem Stadtarchiv.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 199.

Marienwerder, 8. Januar 1879

Dem hochlöblichen Magistrat
der Stadt Elbing,

Sage ich meinen ergebensten Dank für die Uebermittlung folgender Handschriften:

Fol. Roule Elbingensia F. I (signirt H. 4)¹

Fol. Fridwaldiana (signirt F. 146)²

Quart. Fr. Zamehls Geschlechtsregister (signirt Q. 89)³.

Indem ich dieses Schreiben zugleich als Empfangschein zu betrachten bitte und mich auch verpflichte, die drei Bücher nach gemachtem Gebrauche baldigst wieder zurück gestellt,

des hochlöblichen Magistrats
ergebener Diener

M. Toeppen
Gymn. Dir.

¹ Die Quellenauszüge des Stadtsekretärs und Ratmanns von Elbing Jakob Roule vom XVIII. Jahrhundert, welche die Handels- und Seeprobleme Elbings betrafen. Elżbieta Morcinek, Inwentarz zbioru „Rękopisy elbląskie“ [Inventar der Sammlung „Elbinger Handschriften“], Warschau 1967, S. 29.

² Wohl die Auszüge der Schreiben, welche den Streit des Elbinger Bürgermeisters und königlichen Burggrafen Michael Friedwald (1525–1579) mit der Stadt Elbing in den Jahren 1558–1576 betrafen.

³ Eigentlich hieß das Werk des Elbinger Ratmanns Friedrich Zamehl (1590–1647) „Stammbuch oder Geschlechtsregister“. Vergl. Max Toeppen, Die Elbinger Geschichtsschreiber, S. 13, Anmerkung 1.

10. 1880 Februar 2. Marienwerder.

Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:

Sendet die von ihm ausgeliehenen drei Handschriften [aus dem Elbinger Stadtarchiv] zurück.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 200.

Marienwerder^a, 2 Februar 1880

Dem hochlöblichen Magistrat,

Uebersende ich hiebei die mir am 6 Januar c. I, 64 anvertrauten Handschriften¹:

^a Text etwas beschädigt.

¹ Vergl. oben Nr. 9, doch unter dem Datum „8 I 1879“.

Fridewaldiana

Roule Elbingensia

Zamehl, Genealogia

mit dem ergebensten Danken zurück.

Des hochlöblichen Magistrats
ergebensten

M. Toeppen
Gymn. Dir.

11. 1882 September 27. Elbing.

Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an den Magistrat zu Elbing:

Bittet um Ausleihe von drei Werken von Israel Hoppe aus dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek als Hilfe zur Herausgabe von „Fatum decennale Borussiae“.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 257.

Elbing, den 27. September 1882

Einem hochlöblichen Magistrat,

Bitte ich ergebenst zu genehmigen, daß mir zum Behufe der Herausgabe des Fatum decennale Borussiae von Israel Hoppe¹:

- 1) aus dem Archiv die beiden Handschriften dieser Chronik und der Typus reipublicae Elbingensis²
- 2) aus der Stadtbibliothek die Kriegskunst zu Fuß, zu Pferd und zu Schiff von demselben Verfasser³ zur Bearbeitung ^ain meiner Wohnung^a verabfolgt werden, und die betreffenden Herrn Beamten mit Anweisung dieserhalb zu versehen.

Eines hochlöblichen Magistrats
ergebenster Diener

Dr. M. Toeppen
Gymn. Dir.

^{a-a} unterstrichen

¹ Publiziert durch Max Toeppen unter dem Titel „Israel Hoppe, Geschichte des ersten schwedisch-polnischen Krieges in Preussen nebst Anhang“, Leipzig 1887.

² Es war die Zusammenstellung (in 3 Bänden) der historischen Nachrichten und Urkunden betr. die Stadtverhältnisse, beginnend mit dem Jahr 1630, Max Toeppen, Die Elbinger Geschichtsschreiber, S. 30.

³ Es war „ein theoretisch-praktisches Handbuch“. Ebd., S. 28.

12. 1892 Oktober 28. Elbing.

Dr. Max Toeppen, Gymnasialdirector, an [Heinrich] Elditt, Elbinger Oberbürgermeister:

Verzichtet aus gesundheitlichen Gründen auf die Leitung des städtischen Archivs.

Or.: APG, AE, Acta des Magistrats, 369, 2/4812, S. 354–355v.

Elbing, den 28. October 1892

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister,

Nachdem ich die Angelegenheiten des Archivs in Ihrem Auftrage einige Jahre lang geleitet habe, zwingt mich zunehmende Körperschwäche diese Thätigkeit aufzugeben. Indem ich Ihnen davon ausdrückliche Anzeige mache, erlaube ich mir noch die Bemerkung, daß ich die Archivschlüssel schon vor mehreren Tagen persönlich in Ihrem Hause abgegeben habe.

Eur Hochwohlgeboren
ergebener Diener

Dr. Toeppen
Gymn. Director / /

Herrn Oberbürgermeister Elditt, Hochwohlgeboren hieselbst¹.

¹ Heinrich Elditt, Oberbürgermeister der Stadt Elbing in den Jahren 1887–1909.

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 3550 Marburg (Lahn)

Einsendung von Manuskripten erbeten an
Dr. Stefan Hartmann oder Dr. Klaus Neitmann
Archivstr. 12–14, 1000 Berlin 33

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Druckert mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Forschungsrates

Herstellung: Karlheinz Stahringer, 3557 Ebsdorfergrund 6

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 29/1991

ISSN 0032-7972

Nr. 1/2

INHALT

Martin Armgart, Die Ausstellungsorte der Land- und Hochmeisterurkunden in Preußen
bis zum Jahre 1351, S. 1.

Die Ausstellungsorte der Land- und Hochmeisterurkunden in Preußen bis zum Jahre 1351

Von Martin Armgart

Obleich die Edition der mittelalterlichen Quellen des Preußenlandes, insbesondere der mittelalterlichen Urkunden im „Preußischen Urkundenbuch“¹, weit vorangeschritten ist und obleich Fragen aus dem Bereich der Urkundenlehre zu den sogenannten „klassischen Themen“ der Geschichtsforschung gehören, sind solche Fragen innerhalb der Forschungen zum Deutschen Orden in Preußen bislang kaum behandelt worden².

¹ Preussisches Urkundenbuch. Band 1 bis 6.1. Bearb. von Rudolf Philippi, Carl Peter Woelky, August Seraphim, Max Hein, Erich Maschke, Hans Koeppen und Klaus Conrad. Königsberg, Marburg 1882–1986. Im folgenden abgekürzt als „PrUB“.

² „Momentaufnahmen“ über das Urkundenwesen in der Amtszeit jeweils eines Hochmeisters gibt aufgrund seiner Arbeit am Preußischen Urkundenbuch Max Hein: Die Ordenskanzleien in Preußen 1310–1324. In: Altpreussische Forschungen 9. (1932) S. 9–21 und ders.: Das Urkundenwesen des Deutschordensstaates unter dem Hochmeister Dietrich von Altenburg (1335–1341). In: Altpreussische Forschungen 18. (1941) S. 1–21. Das Urkundenwesen eines kleinen preussischen Ausstellers behandelt Erich Weise: Das Urkundenwesen der Bischöfe von Samland. Diss. phil. Königsberg 1922, auch in Altpreussische Monatsschrift 59. (1922), S. 1–48 und S. 157–209 (hiernach zitiert). Eine Zusammenfassung der bisherigen Forschungen unter Berücksichtigung eigener Erkenntnisse gibt in polnischer Sprache Karol Górski: Dyplomatyka krzyżacka [= Das Urkundenwesen des Deutschen Ordens]. In ders.: Studia i szkice z dziejów państwa krzyżackiego [= Studien und Skizzen aus der Geschichte des Deutschen Ordens]. Allenstein 1986, S. 123–148. Verschiedene Einzelfragen behandeln Aufsätze von Kurt Forstreuter. Dazu kommen Arbeiten über einzelne Quellen. Ausführlicher dazu das Kapitel zur Forschungslage bei Martin Armgart: Beiträge zum Urkundenwesen des Deutschen Ordens in Preußen. Die Handfesten des preussischen Oberlandes bis 1410 und ihre Aussteller. Diss. phil. Bochum 1989, S. 14–16 (erscheint demnächst in den „Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz. Beihefte“, Bd. 2). Zu ergänzen ist dazu noch der Aufsatz von Klaus Neitmann: